

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1894.

SW

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 4. Juli 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgrößte Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 30 Pf. gültig für 2 festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlußstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für drei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Flucht in die Dunkelheit.

Eine solche Niederlage hat der preussische Militarismus noch nicht erlebt, wie er sich jetzt in Moabit geholt hat. Er gleicht völlig dem Bären in Reineke Fuchs, den es nach Honig gelüftet, und der seine Taten und seine dumme Schnauze recht tief in den gespaltenen Baumstamm steckte — das Volksmärchen verlegt die Szene an den Niederrhein, nach Holland, sie hätte ebensogut im heutigen Luxemburg spielen können — bis Reineke die Bolzen löste und der Bär gefangen sah. Sei, da kamen sie alle, die mit dem Untier noch eine kleine Rechnung von früher zu begleichen hatten: Küsteviel, der Bauer, und das ganze übrige Dorf, jeder mit einem kräftigen Prügel in der Hand. Es waren fast 1000 Mann, die hinzudrängten, und im Sintergrunde standen noch mehr, die die Hand zu erheben gegen das Raubtier. Statt Honig gab's Prügel. Bis sich dann endlich der Bär mit letzter Kraft losriß, heftig blutend an Schnauze und Taten, wälzte er sich in den vorbeischießenden Bach und schwamm langsam von dannen, begleitet von den kräftigen Blüthen des Volkes. Im Schutze eines Dickichts kroch er ans Land und verbarg sich. Wo die Dunkelheit ihre tiefsten Schatten warf. Ingrimmig aber fauchte er: In meinem Leben laß ich mich nicht wieder noch Honig gelüften!

Nach kurzer Verhandlung — einen ausführlichen Bericht bringen wir im Beiblatt — wurde gestern der Prozeß gegen die Genossen Luxemburg vertagt. Der Staatsanwalt teilte dem Bericht ein Schreiben des Kriegsministers mit, in dem Herr v. Falkenhayn die Staatsanwaltschaft von seinem Entschlusse unterrichtete, die Fälle der bisher mitgeteilten Militär-mißhandlungen, die noch nicht verurteilt sind, den Kriegsgerichten zur Verhandlung zu überweisen, und zwar werde er sich dabei auf die besonders schweren Fälle, die „Dramen“, beschränken. Im Anschluß hieran beantragte die Staatsanwaltschaft die Vertagung des Prozesses. Zunächst protestierte die Genossin Luxemburg gegen den durchsichtigen Versuch des Kriegsministers, nur die tödlich verlaufenen Fälle als Dramen hinzustellen. Nach ihrer, der Angeklagten, Ansicht sei bei der Wehrlosigkeit der Soldaten jede Mißhandlung ein Drama. Nach längeren scharfen Auseinandersetzungen zwischen Verteidigern und Staatsanwaltschaft trat das Gericht dem Antrag auf Vertagung bei. Die Verteidiger gaben dann eine Erklärung ab, von der Satz für Satz wie ein Pfeiffchen hieb sah.

Lagt uns in aller Ruhe die Tatsachen konstatieren. Zunächst, das ist unzweifelhaft, liegt hier ein Eingriff in ein gerichtliches Verfahren vor, wie es in gleicher Güte nicht einmal zu den Zeiten Friedrich Wilhelms IV. praktiziert wurde. Die Zeugen, die sich gemeldet hatten, um vor einem Zivilgericht über ihre militärischen Erlebnisse auszusagen, sie werden plötzlich eingekerkert, um vor einem Kriegsgericht gemahregelt zu werden. Gemahregelt? Nicht doch — welche garstige Entstellung! Sie sollen nur als freie deutsche Männer und als preussische Soldaten offen vor das Kriegsgericht hintreten und der Wahrheit die Ehre geben. Welche erhabene, schöne Aufgabe! Freilich, die Rosa beehrt, wie ihre Verteidiger sagen, diese Kriegsgerichte mit ihrem tiefsten Mißtrauen. Was weiß die davon! War die denn Soldat gewesen? Aber auch die Verteidiger selber erheben gegen den Kriegsminister den Vorwurf, daß er die Zeugen deshalb vor ein Kriegsgericht zerrt, nicht um sie dort zu vernehmen, sondern um sie dort zur Verantwortung zu ziehen. Und in der Tat werden die meisten Zeugen, wenn sie vor dem Kriegsgericht erscheinen, ein merkwürdig enges Gefühl am Stragen haben. Bewahrheitet sich das, was sie ausfagen, so heißt es: „Weshalb hast du Schweinehund das nicht gleich gemeldet? Jetzt, wo die polnische Jüdin und die dreidigen Sozialdemokraten unserem glorreichen Kriegsbeer eine anhängen wollen, da kannst du reden, was? Worte nur, Freundschaft, das werden wir dir schon beibringen.“ Kann er aber nicht alles beweisen, dann heißt es: „Das sind die sozialdemokratischen Zeugen! Der Kerl schwört jeden Meineid, den seine Partei von ihm verlangt.“ Wenn auch die direkte Bestrafung der Zeugen nicht angeht, weil sie der Militärjustiz nicht mehr unterstehen, so ist doch die ganze Situation völlig verschoben. Aus einer Vernehmung von Zeugen wird, wie die Verteidiger mit vollem Recht in ihrer Erklärung sagen, ein zur Verantwortung ziehen alter Soldaten.

Und diese Verhandlungen gehen noch dazu unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich. Dieser fast ständige Gebrauch, die Öffentlichkeit auszuschließen, wenn es sich um Offiziersverbrechen handelt, ist zwar oft genug im Reichstage gebrandmarkt worden, aber darauf hat die Militärjustiz noch immer gepfeiffen, und wir müssen damit rechnen, daß die Verhandlungen vor den Kriegsgerichten ebenfalls hinter verschlossenen Türen vor sich gehen. Denn gerade die öffentliche Verhandlung der Soldatenschindereien vor einem Zivilgericht sollte ja verhindert werden, deshalb der Eingriff in das schwebende Verfahren, deshalb die Flucht in die Dunkelheit der militärischen Zengerichte.

Der Kriegsminister hat der Sozialdemokratie im Reichstage den Vorwurf gemacht, es komme ihr gar nicht auf die Bekämpfung der Soldatenmißhandlungen, sondern auf die Verheerung der Mannschaften an. Wie ernst indessen die Heeresverwaltung die Bekämpfung der Mißhandlungen nimmt, das beweist drastisch ihr jetziges Verhalten. Was hat sie getan, um den Soldatenschindern das Handwerk zu legen?

Es sah ein dicker Wanzersch
 Auf einem Pfennig und spreizte sich!

So heißt's bei Heinrich Heine. Sie spreizte sich in der Tat unerträglich mit den zufälligen Zahlen ihrer Heeresstatistik, aus denen eine stete Abnahme der Soldatenschindereien klipp und klar hervorging. Und nun plötzlich, nachdem die Sozialdemokratie ihr Meinen gemacht hat, nachdem ihr bewiesen worden ist, was jeder Mann im deutschen Volke freilich schon vorher gemußt hat, daß ihre Statistik der reine Humbug ist, daß sie nicht weiß oder nicht wissen will, wie es in der preussischen Armee zugeht, daß nicht ein Zehntel, nicht ein Hundertstel der Soldatenschindereien jemals ans Tageslicht kommen, daß das sogenannte Beschwerderecht eine Karikatur ist, nicht das Papier wert, auf dem es gedruckt steht, jetzt, unter der sozialdemokratischen Peitsche beunruhigt sich die Heeresverwaltung auf ihre Kulturmission und will, wenn auch nicht die Dramen, wie sie sagt, so doch wenigstens die Tragödien — ja, was will sie damit? Will sie sie auflären? Sie will sie in die Dunkelkammer schleppen und dort verhandeln lassen. Ohne den sozialdemokratischen Vorstoß hätte die treffliche Heeresleitung nichts gemacht, als eben das Uebliche: hier ein Erläschchen, dort ein Bedauern, dann wieder die hierherliche Versicherung, daß man „voll und ganz“ und „ganz wahrhaftig“ die Soldatenschindereien bekämpft. Inzwischen aber knallen die Schüsse der Selbstmörder ruhig weiter. Sie sehen's nicht, sie hören's nicht.

Daß das Gericht sich dem Antrage des Staatsanwalts auf Vertagung angeschlossen und sich selber dadurch unter die Militärgerichte gestellt hat, ist für unsere zivile Justiz sehr charakteristisch. Was ging es das Gericht an, daß der Kriegsminister dem Staatsanwalt seinen Entschluß mitteilte, die Mißhandlungen vor den Kriegsgerichten zur Verhandlung zu bringen? Dazu war nach vielen Monaten, wenn die Tausende von Zeugen vernommen wären, immer noch Zeit. Herr v. Falkenhayn konnte ja, wenn er dann noch im Amte war, auf Grund des staatsanwaltschaftlichen Materials seine Kriegsgerichte vorgehen lassen. Wenn das Gericht den Wünschen des Staatsanwalts so rasch entsprach, so ist erst dadurch die Flucht des Herrn v. Falkenhayn aus der Hölle — die für ihn eine Hölle war — ins Dunkle gelungen. Noch am Donnerstag dachten Staatsanwalt wie Strohkammer nicht daran, am Freitag zu vertagen. Inzwischen ereignete sich etwas. Am Donnerstag hatte Herr v. Falkenhayn Vortrag beim Kaiser im Neuen Palais, und am Donnerstagabend hatte der Staatsanwalt die Mitteilung, daß Herr v. Falkenhayn entlassen worden sei, die Kriegsgerichte in Funktion treten zu lassen.

Was soll nun werden? Selbstverständlich ist der Prozeß auf den St. Nimmerleinstag vertagt, denn die Kriegsgerichte des Herrn v. Falkenhayn können mit dem besten Willen nicht durch dieses ungeheure Material sich rasch hindurcharbeiten. Und damit müssen auch alle sonstigen anhängigen Prozesse ähnlicher Art auf den 30. Februar vertagt werden. Es ist umgekehrt wie im Eulenburg-Prozeß. Dort mußte die Verhandlung vertagt werden, weil dem Angeklagten die Luft ausging, hier ging dem Ankläger die Luft aus.

Adieu, Herr v. Falkenhayn! Beehren Sie uns bald wieder!

Joseph Chamberlain.

London, 3. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Joseph Chamberlain ist heute noch im Alter von 78 Jahren gestorben — aber schon vor 8 Jahren hat ein Schlaganfall seine politische Wirksamkeit beendet.

Wir verlieren die Konserwativen ihren energischsten und populärsten Führer. Chamberlain, der als sozialpolitischer Radikaler begonnen hatte, und unter Gladstone Minister war, trennte sich im Jahre 1886 als Gegner der Selbstverwaltung Irlands von den Liberalen. Er und seine Gruppe vereinigte sich später mit den Konserwativen und schließlich wurde Chamberlain der Hauptvertreter des britischen Imperialismus. Zum Schrecken vieler eigener Parteifreunde begann er den Kampf gegen den Freihandel, um durch einen Schutzzoll das britische Reich mit seinen Kolonien zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zu vereinen. Chamberlains grandioser Plan scheiterte nicht zuletzt an der Unmöglichkeit, die britischen Arbeiter für das Schutzzollsystem zu gewinnen, und heute mag es seine eigene Partei nicht mehr, für diesen Plan einzutreten.

Chamberlain, der zuerst unter Salisbury, dann unter dem Kabinett Balfour Kolonialminister war, ist auch der Hauptverantwortliche für den Burenkrieg, der die Ausbeutung der Goldminen dem englischen Kapital sicherte und Südafrika dem englischen Herrschaftsgebiet einverleibte. Aber gerade der Burenkrieg brachte den Umwälzung. Die konserwative Regierung wurde gestürzt, und die Liberalen gelangten mit dem Ministerium Campbell Bannermans, dem mutigen und energischen Bekämpfer des Krieges, zur Herrschaft. Doch die imperialistischen Tendenzen erwiesen ihre Stärke und nach dem Tode Campbell Bannermans beherrschten sie auch die liberale Politik immer mehr, wenn auch in anderen Formen als sie der große Vertreter der imperialistischen Idee geplant hatte.

Die serbische Gefahr.

Aus Wien wird uns vom Mittwoch, den 1. Juli, geschrieben:

Selten ist bei einem Attentat, das sich gegen einen Mächtigen der Erde richtete, Ursprung, Grund und Zweck so deutlich gewesen, wie bei dem, dem der Thronfolger in den habsburgischen Ländern zum Opfer fiel: daß es nur der Todfeindschaft Serbiens wider Habsburg entspringt, liegt offen zutage. Es ist, mit einem Wort, ein Werk der serbischen Irredenta, die ihren Herd in Belgrad hat, mit Vorsatz und Plan daran arbeitet, die Stimmung der in Oesterreich lebenden Serben zur Siedehitze zu entflammen, und unter deren Mitteln Attentate ganz gewiß ihren Platz haben. Aus dieser Geistesrichtung, die mit Bewußtsein daran wirkt, die österreichischen Serben mit den Gefühlen leidenschaftlicher Abneigung gegen das Band mit Habsburg zu erfüllen, sind die früheren Attentate in Bosnien entspringen, und sie hat auch die Bombe und den Revolver an dem Blutsonntag gelenkt. Insofern der Thronfolger zu den stärksten Potenzen der habsburgischen Staatlichkeit gehörte und eine Energie darstellte, an der sich die serbisch-irredentische Bewegung vielleicht gebrochen hätte, hat die Mordtat ihr Ziel wohl auch erreicht; Oesterreich-Ungarn scheint nun schwächer als es war, da jener ausgeprägte Wille noch lebendig war. Der Ursprung des Attentats liegt also offen zutage. Was aber nicht so einfach zu beantworten ist, ist die Frage, worin die letzte Ursache dieses serbischen Hasses liegt, und wie der Gefahr, die daraus nicht bloß für Oesterreich-Ungarn, sondern für ganz Europa aufflammt, begegnet werden könnte.

Die österreichisch-ungarische Politik liegt ganz im Bann der Furcht und Abneigung gegen Serbien. Selbst die Zollpolitik, wiewgleich sie natürlich auch ihre wirtschaftlichen Ursachen hat, die in der eigennütigen Begehrlichkeit der Großagrarien liegen, stammt in letzter Hinsicht aus der Abneigung gegen Serbien, dem man einen ökonomischen Vorteil nicht gönnen mag. Auf dieses Konto gehört auch die Gründung des „selbständigen“ Albanien, die von Oesterreich selbstverständlich nicht aus der Begeisterung für die christlichen Albanesen betrieben wurde, sondern ausschließlich zu dem Zwecke, um Serbien den Zugang zum Meere zu sperren. Der verdächtige Eifer, mit dem der Völkplaz Bulgarien zu dem zweiten Balkankrieg verleitet hat, ist nur aus der Hoffnung zu erklären, daß sich die bulgarische Tapferkeit nach den Türken auch an den Serben erproben werde. Daß all das den Haß gegen Oesterreich in Serbien mehrte und bis zur Besinnungslosigkeit steigerte, bedarf keiner umständlichen Darlegung. Aber die ganze Wahrheit ist es dennoch nicht. In Wahrheit wird das Verhältnis zwischen Serbien und Oesterreich — nicht das der offiziellen Politik, sondern das der Volksstimmung — dadurch bestimmt, daß ein sehr beträchtlicher Teil der serbischen Bevölkerung unter „Habsburgs Joch“ steht, das Faktum der schwarzgelben Großmacht also der serbischen Nationalidee, die natürlich die Vereinigung aller Serben zu einem Staate ist, im Wege steht. Neben steht es ja auch mit dem Verhältnis Rumänien zur Großmacht, nur daß dieses erstens durch eine langjährige Tradition von der hakerfüllten Schärfe frei ist, und weil zweitens Rumänien immer auch die Furcht vor Rußland kennt. Ohne Zweifel könnte eine vernünftige Politik in Oesterreich manche Stachel beseitigen und es zu einem leid-

lichen Verhältnis mit Serbien bringen; aber ob sie den letzten Kern der serbischen Irredenta erreichen könnte, ist recht fraglich. Die leidenschaftliche Empörung, die in Serbien nach der Annexion ausbrach, zeigt wohl, daß die Serben die Großmacht im Osten darum hassen, weil sie ihnen Bosnien und die Herzegowina, und vielleicht auch andere Gebiete, wo in Oesterreich-Ungarn Serben wohnen, vorenthält, und die Erfüllung des Dranges nach nationaler Einigung und Einheit hindert.

In diesem Zusammenhang ist dieses Verhältnis des Hasses zwischen Serbien und Oesterreich eine schwere Gefahr für ganz Europa. Was die große Militärmacht dazu führt, auf den serbischen Nachbar mit einem Gefühl von Furcht zu blicken, ist die Tatsache, daß Serbien so leicht ein Exponent Rußlands, ein Werkzeug des Panславismus werden kann. Es wird wohl eine Ueberschätzung sein, der sich Serbien hingibt, wenn es vermeint, daß Rußland in jedem Falle seine schützende Hand über die „slowischen“ Brüder halten müßte; aber daß ein Krieg, in den Oesterreich verwickelt wird, auch ein Krieg mit Rußland würde, der dann ganz Europa erschüttern müßte, ist nicht zu bezweifeln. Und überdies kann Rußland durch das serbische Werkzeug über Oesterreich-Ungarn jene schwere Verunruhigung breiten, die zu immer wahnsinnigeren Rüstungen treibt und schon dadurch die Gefahren für ganz Europa mehrt; in dem Verhältnis Serbiens zu Oesterreich steckt also eine Quelle ständiger Unruhe, ständiger Gefahren. Ohne Zweifel ist es ein groteskes Mißverhältnis, daß der Appetit Serbiens nach Bosnien die ganze europäische Zivilisation in Erschütterung bringt und daß ganz Europa unter dem Drange der Serben nach nationaler Einheit erzittert; aber die Mordtat von Sarajewo zwingt alle, der Tatsache ins Auge zu blicken und verdeutlicht die Schwere dieser Bedrohung des Friedens in Europa.

Es ist natürlich auch nicht überraschend, daß sich Serbiens Anspruch, der aus der Tiefe des nationalen Bewußtseins zu kommen scheint, dem Betrachter sozusagen als der ethischere darstellt; ethischer als die Unversöhnlichkeit des habsburgischen Imperiums, in dem die Annexionsländer überdies als ein zweifelloses Anhängsel erscheinen. Indessen ist mit einer solchen Wertung nichts getan; denn daß die Großmacht nicht friedlich zur Liquidation ihres serbischen Hab und Gutes schreiten werde, daß diese nur in einem Weltkriege erzwungen werden könnte, ist selbstverständlich; gegen die eberne Gewalt der Tatsache kommt man hier mit den Nichtmächten der „nationalen Gerechtigkeit“ nicht aus. Die Existenz Oesterreichs zwingt noch andere Nationen als bloß die Serben zur Resignation; und die Erhaltung des Friedens, von der die Möglichkeit alles demokratischen Fortschrittes abhängt, nimmt es als ethisches Gut mit der Berechtigung des serbischen Expansionsbedürfnisses immerhin noch auf. Auch wäre zu erwägen, wie stark damit die Stoß- und Siegeskraft des Panславismus gesteigert würde; so glatt lassen sich die großserbischen Wünsche in die europäische Staatenordnung nicht einfügen, als es scheint, wenn als berechtigter Drang lediglich und ausschließlich der serbische nach nationalstaatlicher Einheit eingestellt wird.

Die Geringschätzung, der Oesterreich-Ungarn in der demokratischen Ideologie verfallen ist, verführt dazu, daß die Untersuchung gemeinhin nicht bis zum Ende geht, und bei der „brutalen Unterdrückungspolitik“ Oesterreichs stehen bleibt; aber die Untersuchung, der es um die Wahrheit zu tun ist, muß auch den letzten Schritt machen und feststellen, daß in den großserbischen Ansprüchen, in der großserbischen Irredenta, ein erheblicher Teil der Kriegsgefahr liegt, von der Europa sich bedroht fühlt.

Dieser Gefahr kann nur begegnet werden, wenn erstens Oesterreich mit mehr Verstand regiert wird, als es bisher gezeigt hat, also ein Verhältnis der vielen Nationen, die ein unerbittliches Schicksal hier zum Zusammenleben zwingt, herbeigeführt wird, bei dem sie alle die Bürgerschaft ihrer nationalen Entfaltung haben und die Möglichkeit ihrer nationalen Entwicklung finden; daß von dem Traume des „Bundes der freien Völker“ in Oesterreich-Ungarn ebensoviel realisiert wird, als in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung möglich ist. Wie wertvoll die Sozialdemokratie in Habsburgs Landen an dieser Umformung arbeitet, weiß die Internationale; ein Stück auf diesem Wege ist ohne Zweifel auch schon erreicht worden. Aber dadurch erwidert auch wieder der gesamten Internationale die Pflicht, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß sie die Erhaltung des Weltfriedens den großserbischen Aspirationen nicht zu opfern gedenkt und die serbische Unruhigkeitspolitik ebenso verdammt wie die schwarzgelbe Unterdrückungspolitik.

Antiserbische Demonstrationen in Wien.

Wien, 3. Juli. Die Demonstrationen vor der serbischen Gesandtschaft dauerten bis in die frühen Morgenstunden. Eine nach vielen Tausenden zählende Volksmenge forderte unter ohrenbetäubendem Lärm die Entfernung der von dem Balkon des Gesandtschaftspalais herabhängende auf halbmaße gehetzte serbische Fahne. Es kam zu wiederholten Zusammenstößen mit den in ungewöhnlich großer Zahl aufgetretenen Wachmännern zu Pferde und zu Fuß. Die Demonstranten wehrten sich gegen die Attacken der Wachleute, indem sie sie mit Steinen und Holzstücken bewarfen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Das Haus des Gesandten steht unausgesetzt unter Bewachung eines starken Polizeiaufgebots. Die Versuche der Manifestanten, auch vor die russische Botschaft zu ziehen und zu demonstrieren, konnten rechtzeitig von der Polizei verhindert werden.

Antideutsche Demonstrationen in Galizien.

Wien, 3. Juli. Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet aus Stanislaw, daß dort gestern antideutsche Demonstrationen stattgefunden haben. Eine tausendköpfige Menge warf Steine gegen die Wohnung des Pfarrers Jöckler, des Führers der Deutschen in Galizien, und zertrümmerte die meisten Fenster Scheiben im Pfarrhaus, in der evangelischen Schule und den unter Leitung des Pfarrers stehenden Wohltätigkeitsanstalten; auch die evangelische Kirche blieb nicht verschont. Ferner wurde das Geschäft eines deutschen Kaufmanns verölt. Die Polizei verhaftete mehrere Unruhestifter. Die Demonstration soll eine Rache für das den Polen in Bielitz angeblich zugefügte Unrecht sein.

Wandlungen des englischen Liberalismus.

London, 1. Juli. (Fig. Ver.)

Das bemerkenswerteste Ereignis in der inneren Politik Englands der letzten Zeit ist die Kapitulation der liberalen Regierung vor ihren reichen Anhängern in der Frage des Budgets. Das vor einigen Wochen mit lauten Trompetenschlägen angekündigte Budget des Schatzkanzlers, in dem die höheren Einkommen neu belastet, die Extracommunesteuern und die Erbschaftsteuern erhöht wurden und dessen Kern die höheren Staatszuschüsse für die bedrängten Gemeinden waren, ist unter dem Ansturm der „liberalen Millionäre“, wie man die liberalen Gegner des Budgets genannt hat, schließlich in die Brüche gegangen. Nach einem verwickelten Manöver gelang es diesen Herren, die Regierung dazu zu bringen, die erhöhten Staatszuschüsse für die Gemeinden fallen zu lassen und die Einkommensteuer der reichsten Leute herabzusetzen. Bemerkenswert an dem Ereignis war ferner auch die Tatsache, daß das Haupt der Fronde der reiche liberale Reeder Holt war, der sich im vorigen Jahre als Vorsitzender eines Ausschusses, der den am länglichsten entlohnten Postbeamten die so nötige Gehaltsaufbesserung aberkannte, einen wenig beneidenswerten Auftrieb. Man wird sich erinnern, daß die englischen Postbeamten zu Weihnachten in den Streik zu treten drohten, weil sie die lächerlichen Zugeständnisse des holländischen Ausschusses als eine Beleidigung und Verhöhnung empfanden. Es sind Leute von dem Kaliber des Reeders Holt, die gegen die Regierung ihre Macht beweisen haben und sich jetzt ansetzen, die Lloyd-Georgsche Finanzpolitik, die sich als das wirksamste Mittel zur Durchführung der liberalen Reformen erwiesen hat, dauernd zu „überwachen“. Somit kann man annehmen, daß der rechte Flügel der liberalen Partei, an dessen Spitze der Premierminister steht, die Führung wieder übernommen hat.

In den letzten Jahren haben viele scheinbar das Bestehen eines rechten Flügels des Liberalismus vergessen. Die englischen Rechtsliberalen verpörrten keine Lust, sich unnötigerweise bemerkbar zu machen; sie zogen es vor, sich mit ihren Freunden von der Linken in der Popularität des Schatzkanzlers zu sonnen. Nur wenn Fragen des Imperialismus und des Rüstungswesens auf der Tagesordnung erschienen, verlangten sie ihr volles Pfund Fleisch und überließen den Linksliberalen die komische Rolle des bürgerlichen Friedensapostels, der schließlich unter Wehklagen dem Klingelbeutel des Kriegsgottes dennoch seinen Tribut zollt. Nun regen sie sich auch wieder in der inneren Politik. Sie sind zur Ansicht gekommen, daß man mit der Sozialreform, die die vergangene Regierungsepoke des englischen Liberalismus charakterisiert, ein Ende machen muß; die Sache wird ihnen zu kostspielig. Ursprünglich war die liberale Sozialreform ein Kind der Furcht, die beide bürgerliche Parteien Englands empfanden, als nach den Wahlen des Jahres 1906 plötzlich eine ansehnliche Arbeiterpartei auf dem Platze erschien. In späteren Jahren wurde sie weiter betriebs, weil die Liberalen zur Aufrechterhaltung des Freihandelsystems und zur Durchführung langerstrebter liberaler Reformen die Unterstützung der Arbeiterschaft nötig hatte. Aber die Sozialreform, soll sie etwas taugen, kostet Geld. Die Kosten durch indirekte Steuern decken, ging unter den herrschenden Verhältnissen nicht an; die Finanzwirtschaft des englischen Staates läßt auch eine derartige Aufbringung der Mittel schwerlich zu. Man schlug daher den natürlichsten Weg ein, der zu den Geldstrahlen der Reichen führte. Den Kapitalisten der liberalen Partei machte man mit der Aussicht, daß der Grundbesitz in Zukunft stärker zu den Steuerleistungen herangezogen werden würde, Hoffnung und die durch das Budget des Jahres 1909 angeordnete Anlegung eines allgemeinen Katasters schien diese Hoffnung auch zu rechtfertigen. Zum Gelingen der liberalen Sozialreform trug auch nicht wenig die gute Geschäftslage der letzten Jahre bei, in denen die Unternehmer gewaltige Gewinne einheimsteten und nicht gut über die Profiteure klagen konnten, die von ihrem Lische fielen. Der Schatzkanzler konnte, ohne auf großen Widerstand zu stoßen, die Steuerreformvorschlüsse unserer englischen Genossen zur Anwendung bringen; die Erbschaftsteuern erhöhen, einen Unterschied zwischen verdienten und unerdienten Einkommen machen und die höchsten Einkommen besonders belasten. Doch diese Methode, die Steuerstränge anzuspinnen, muß in einer Partei, die wie die liberale Partei Englands aus den großen Geldbeuteln reicher Leute unterhalten wird, bald Unstimmigkeiten erzeugen. Daher die Revolte, die von dem reichen Reeder angeführt wird. Diese Leute hegen wie ihre Klaffengenosse im konservativen Lager die Ansicht, daß die ständige Erhöhung der Einkommensteuer die finanzielle Sicherheit des Landes untergräbt. Sie weisen darauf hin, daß die englische Einkommensteuer ursprünglich eine Kriegsteuer war, und meinen, man dürfe diese Steuer in Friedenszeiten nicht zu hoch ansetzen, wenn man im Kriege nicht mittel- und ratlos dastehen wolle. Mit diesem pfiffigen, patriotisch klingenden Argument suchen sie zu beweisen, daß es die Pflicht jedes rechtschaffenen Schatzkanzlers sein müsse, die Einkommensteuer recht niedrig zu halten, damit die Finanzkraft des Landes in Kriegszeiten nicht so schnell erschöpft werde.

Die Revolte der „liberalen Millionäre“ kann nicht als eine vorübergehende Erscheinung angesehen werden. Sie kommt zu einer Zeit, da sich der wirtschaftliche Niedergang schon empfindlich bemerkbar macht. Mit den Ueberschüssen, die sich aus der glänzenden Konjunktur der letzten Jahre ergaben, wird der Schatzkanzler in der nächsten Zukunft nicht zu rechnen haben, und um das halb vollendete Werk der liberalen sozialen Reformen vollenden zu können, wird er an seinen reichen Parteifreunden die schmerzhaftesten Operationen vornehmen müssen. Man spricht deshalb schon von einer neuen Sezession im liberalen Lager, die der ähnlich wäre, die vor fast dreißig Jahren unter der Führung Joseph Chamberlains stattfand. Daß diese Idee von den Konservativen fleißig genährt wird, versteht sich von selbst. Die Konservativen umschwärmen die Rechtsliberalen und versuchen ihnen begreiflich zu machen, daß die Regierung die heiligsten Grundsätze Gladstones in bezug auf das Finanzwesen schändlich verraten habe. Das brünstige Werben erhöht wiederum die Wichtigkeit und den Einfluß der Fronde in der liberalen Partei, die in eine unhaltbare Position gerät, aus der sie sich, wie manche meinen, recht bald durch eine Parlamentsauflösung zu retten versuchen wird. Doch was auch eintreten mag, der Arbeiterpartei kann diese Entwicklung und Klärung nur willkommen sein. Schon jetzt läßt sich voraussagen, daß die Regierung infolge ihrer Kapitulation vor den „liberalen Millionären“ mehrere Siege verlieren wird.

Politische Uebersicht.

Der Waffenstreikprozess.

Die Justiz ist mit den Schlappen, die sie sich in den letzten Prozessen geholt hat, nicht zufrieden, sie sucht nach weiteren „Siegen“. Gestern ist als Angeklagter im Waffenstreikprozess neben der Genossin Luxemburg Genosse Kurt Rosenfeld vernommen worden. Auch ihm wird

die Annahme der Resolution Luxemburg und des Antrages Adolf Hoffmann zur Last gelegt und darin ein Vergehen gegen § 110 des Strafgesetzbuchs erblickt. Der Strafanklagsteller gibt zwar zu, daß eine unmittelbare Aufforderung zum Waffenstreik nicht vorliege, will aber die Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle damit begründen, daß der Waffenstreik — nach polizeilichem Schema — ohne Gewaltakte und Umsturz nun einmal nicht denkbar sei. Verantwortlich vernommen und angeklagt sollen alle Genossen werden, die für die Resolution Luxemburg oder den Antrag Hoffmann gestimmt haben. Der zu erwartende Prozess wird, falls die Staatsanwaltschaft den Verweisungsantrag bis zum Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens treiben wird, einen schönen Anlaß bieten, der polizeilichen Vorstellung vom Waffenstreik die Wahrheit und die sozialdemokratische Auffassung in ihrem ganzen Umfange entgegenzustellen.

Der Sammlungsillusionist.

Herr v. Jedlik versteht aus allen Blüten Honig zu saugen. In eine Besprechung des Artikels Heines knüpft er folgende Schlussfolgerung:

„Zeugen nun urteilsfähige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei selbst, daß die Sammlung der bürgerlichen Parteien die denkbar schwerste Gefahr für die Entwicklung der Sozialdemokratie enthält, so sollte die gemeinsame Ueberzeugung sich unter dem Eindruck dieser Kundgebung in die Tat umsetzen. Der Zeitpunkt für die praktische Durchführung des Sammlungsgebändens ist daher gekommen. In unbenuzt vorübergehen zu lassen, wäre einer der verhängnisvollsten politischen Fehler und belastet diejenigen, welche daran die Schuld tragen, mit einer überaus schweren Verantwortung gegenüber dem Vaterland.“

Herr v. Jedlik irrt. Die Sammlung der bürgerlichen würde eine solche „Sammlung“ der proletarischen Kräfte zur Folge haben, daß letzten Endes die Sammlungsminister eine sehr unangenehme Enttäuschung erfahren würden.

Der offenerzige Nautikus.

Erst in den letzten Tagen hat der englische Minister des Auswärtigen, Sir Edward Grey, auf eine Anfrage im Parlament erklärt, er sei ganz überrascht zu hören, daß man im Jahre 1911 nicht vor der Entscheidung über Krieg oder Frieden gestanden haben solle. Wohl habe es damals viele Sorgen und schwere Tage gegeben, um die verfahrenen Rarokoffache wieder ins Lot zu bringen und um zu einer dauerhaften Regelung zu gelangen, aber eine unmittelbare Kriegsgefahr hat zu keiner Zeit bestanden.

Demgegenüber ist es von Interesse, daß der — vielleicht nicht amtliche, aber in amtlichen Zimmern hergestellte und unter amtlichen Aufsicht gedruckte — soeben erschienene neue „Nautikus“ (Organ für Deutschlands Seeinteressen) auf Seite 300 ausdrücklich feststellt: „1911 standen wir nicht vor der Entscheidung“. Der Gegenjah zwischen beiden Äußerungen, der englischen und der deutschen, läßt sich nur durch die Annahme aus der Welt schaffen — das ist eine Folgerung zwingender Logik —, daß im Jahre 1911 die leitenden Kreise Deutschlands einen Augenblick lang in den Tod ernstlich daran gedacht haben, die Rarokoffache durch das Schwert, das heißt durch einen Krieg mit Frankreich und England (wogzu natürlich Rußland getreten wäre) einer gewaltsamen Lösung entgegenzuführen. Erst im letzten Augenblick muß die bessere Einsicht gesiegt haben. Ueber diese bedrohliche Stimmung der deutschen Regierung scheint man bis zum heutigen Tage nicht genügend unterrichtet gewesen zu sein. Erst der jüngste „Nautikus“ bringt uns darüber eine auch jetzt noch interessante Klarheit.

Der Kaiser und die Werftarbeiter.

Beim Stapellauf des neuesten Riesendampfers der Hamburg-Amerika-Linie haben sich auf der Werk von Blohm u. Böhmer verschiedene Dinge zugetragen. Patriotische Gemüter, die darüber auf die tiefste empört sind, haben erst nachträglich genügend Hoffnung gefunden, die Vorgänge zu schildern. Wie es kam, darüber geben freilich die Berichte der Augenzeugen auseinander. In norddeutschen und mitteldeutschen Zeitungen ist zunächst mitgeteilt worden, der Kaiser habe beim Gang zur Taufflanze die Arbeiter, die sich an ihn herandrängten, keines Blickes würdigt. Andere Augenzeugen haben darauf erwidert, dieses Verhalten des Kaisers sei die Antwort darauf gewesen, daß die Arbeiter, als er an ihnen vorübergeht, die Hände in den Hosentaschen und die Mäue auf dem Kopf behielten. Das habe auf den Kaiser ersichtlich einen peinlichen Eindruck gemocht; er habe sich ostentativ von den Arbeitern ab- und den Senatoren, Direktoren und Beamten zugewendet, die ihn mit dem Zylinder in der Hand und mit tiefem Wackeln empfingen.

Ungefähr so mag sich der Vorfall wirklich abgespielt haben. Die Werftarbeiter haben im „Hamburger Echo“ sich dahin geäußert, daß der Kaiserbesuch in der Tat ihnen keine Freude bereite. Sie verlieren durch die damit verbundenen Feierlichkeiten nur Arbeitsverdienst und werden beim Stapellauf des aus ihren Händen hervorgegangenen Schiffes in den Hintergrund gedrängt. Der Gedanke an die vielen auf der Werk verunglückten Kameraden, für die nur unzureichend gesorgt sei, stimme sie auch nicht heiterer, zumal wenn sie sich bekannter Äußerungen Wilhelms II. dabei erinnern. Es lag also Grund genug zu jener stummen Demonstration vor, an der übrigens auch dann nichts auszugehen wäre, wenn sie lediglich der allgemeinen Stellung der Arbeiterschaft zur Monarchie hätte Ausdruck geben sollen.

Das Ende des Schwindels.

Drei Tage lang wimmelte die Scharfmacherpresse von Anspielungen und Andeutungen über die Bestimmung und die Motive der Attentäter von Sarajewo, die die Ermordung des österreichischen Thronfolgers mit der Sozialdemokratie in Zusammenhang bringen sollten. Diese Angaben stammten zum Teil aus serbischen Quellen, die ein Interesse daran hatten, die nationallistischen Motive der Attentate zu verschleiern. Jetzt macht die „Bölnische Volkszeitung“ dem eingangs erwähnten Schwindel, an dem sie sich zunächst selber beteiligt hatte, ein Ende. Das Zentrumblatt schreibt in Nr. 590 u. a.:

„Nun darf man sich auch weiter nicht betrunken lassen durch die allzu oft auftretende Kennzeichnung des Wortes als eine sozialdemokratische oder anarchistische Tat. Der Doppelmord ist ein nationalistisches Verbrechen, gerichtet gegen Oesterreich, gegen das Germanentum. Es ist ein großserbisches, ein panlawisches Verbrechen. Die „Italia“ spricht von einem duplo attentato panslawista, der halbamtliche „Zeit Pariser“ hält es für erwiesen, daß der Doppelmord eine Frucht der Verschwörung der großserbischen Partei ist, derjenigen, die Bosnien für Serbien verlangt. Die „Daily Mail“ bezeichnet die Ermordeten als Opfer einer slowischen Verschwörung.“

Außerordentlich bemerkenswert ist auch, was die gleichfalls ultramontane „Augsburger Postzeitung“

(Nr. 294) aus Anlaß des Doppelmordes von Sarajewo schrieb:

Wenn man die Jugend fanatisiert mit wilden Vorstellungen von sogenannten Erbfeinden und den gesunden Grundsatzen der Völkerverständigung und Wehrfähigkeit der Nation nicht zum Herrn, sondern zum Sklaven des schrankenlosen nationalitätlichen Egoismus und Fanatismus macht, dann züchtet man indirekt das politische Nordubertum, das in Sarajewo wieder einen Jüngling zum Herold eines Volkstraums, zum verächtlichen Mörder machte. Der Geist, der diesen Mörder zum traurigsten Verbrecher machte, grassiert in allen Nationen. Er zeigt sich oft genug in der rücksichtslosen politischen Brutalität, die das Unrecht kurzerhand zum Recht stempelt, wenn die sogenannte Staatsmaschine es verlangt.

Weniger erbaulich ist ein in anderen Zentrumsblättern erschienener, aus einer Berliner Korrespondenz (Erzberger?) stammender Artikel, der zwar ebenfalls das Attentat auf großherzige Worte zurückführt, zum Schluß aber (s. B. in der Dortmunder „Tremonia“ Nr. 177) schreibt:

Natürlich leugnet man in Belgrad jede Mitschuld ab, aber das Attentat war offenbar ein Belgrader Ereignis. Es kann eine Auseinandersetzung mit dem rücksichtslosen Nachbarn Serbien nötig werden, und die könnte auf Rußland zurückzuführen. Angesichts dieser Möglichkeit ist es gut, wenn recht eindringlich bekundet wird, daß Deutschland auf jeden Fall zu Oesterreich steht.

Hier wird also Deutschland schon von vornherein „auf jeden Fall“ festgelegt, wenn Oesterreich beabsichtigen sollte, Zummheiten zu machen.

Ostpreussische Wahlen.

Vom Wahlkampf in Labiau - Wehlau erzählt die ostpreussische liberale Presse, daß man in der Stadt Labiau versucht hätte, die Labiauer Stadtverordnetenversammlung gegen den Bürgermeister Wagner aufzusplittern, um auf diese Weise seine Kandidatur unmöglich zu machen. Den Konservativen Drahtziehern sei jedes Mittel recht gewesen, um eine Mehrheit der Stadtverordneten zur Unterstützung für eine Demonstration gegen das Stadtoberhaupt zu gewinnen. So habe man die Frau eines Stadtverordneten bearbeitet, um seine Unterschrift zu erlangen, und einem anderen habe man einzureden versucht, daß er an den städtischen Arbeiten zu wenig verdient habe. Die Mehrzahl der Stadtverordneten hätte sich nicht einsagen lassen, aber es hätten sich doch Stadtverordnete dazu hergegeben, ihr Amt im konservativen Parteinteresse zu mißbrauchen. Die Konservativen schwiegen sich hierüber aus, und in diesem Schweigen liege ein Eingeständnis des verwerflichen Versuches.

Die Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten.

Das Statistische Amt veröffentlicht eine Darstellung der Finanzen des Reiches und der deutschen Bundesstaaten, enthaltend Uebersichten über die Ausgaben, die Einnahmen, die wichtigeren Bestandteile der Staatsvermögen sowie der Schulden. Die Rechnung bezieht sich durchweg für die Voranschläge auf das Rechnungsjahr 1913, für die Staatsrechnungen auf das Jahr 1911.

Insgesamt betragen die Staatsausgaben nach den Voranschlägen der Bundesstaaten 6743 Millionen Mark (darunter außerordentliche 278), für das Reich 4120 (darunter außerordentliche 119), zusammen in Reich und Bundesstaaten 10863 (darunter außerordentliche 397).

Die Staatseinnahmen belaufen sich in den Bundesstaaten auf 6718 Millionen Mark, im Reich auf 4120, zusammen in Reich und Bundesstaaten 10838 (darunter außerordentliche aus Grundbesitz, Anleihen und sonstige Staatsfonds 230 bzw. 119).

Unter den Ausgaben und Einnahmen der Bundesstaaten stehen diejenigen der Erwerbsanstalten mit 3391 bzw. 4463 Millionen Mark an erster Stelle. Der Hauptanteil entfällt auf die Staatsbahnen mit 2459 bzw. 3271. Der Rest verteilt sich auf Postämter, Forsten, Bergwerke, Staatsdampfschiffahrt, Post, Telegraph und die sonstigen Staatsbetriebe.

Die ordentlichen Ausgaben und Einnahmen der Erwerbsanstalten des Reichs (662 bzw. 1049) entfallen hauptsächlich auf Post und Telegraph (730 bzw. 861) und die Eisenbahnen (122 bzw. 174).

Die wichtigsten Einnahmequellen bilden Steuern und Zölle. Die Bundesstaaten erheben an direkten Steuern 853, Aufwandssteuern 118, Verkehrssteuern 116 und Erbschaftssteuern 23, zusammen 1110 Millionen Mark.

Das Reich bezieht aus Zöllen 880, aus Aufwandsteuern 703, aus Verkehrssteuern 279, aus der Erbschaftsteuer 47 und aus dem Wehrbeitrag 417, zusammen 2326 Millionen Mark.

Zahlenmäßige Nachweise über das Staatsvermögen der einzelnen Bundesstaaten konnten nur in bezug auf wichtige Bestandteile erbracht werden. Neben Uebersichten früherer Rechnungsjahre, verfügbarem Staatskapitalvermögen usw. führen die Bundesstaaten an Domänen ein Areal von 760 347 Hektar, an Wäldern 5 094 664 Hektar. Die Staatsbahnen repräsentieren eine Länge von 56 135 Kilometern (im Reich 1807) und ein Anlagekapital von 17 355 (im Reich 848) Millionen Mark.

Die fundierten Staatsschulden beziffern sich zu Beginn des Rechnungsjahres 1913 für die Bundesstaaten auf 15 502 (darunter Preußen 8267, Bayern 2298), für das Reich auf 4677 Millionen Mark. Die schwebenden Schulden betragen insgesamt 915 Millionen Mark; sie entfallen in der Hauptsache auf das Reich (220) und Preußen (635).

Amnestieerlaß für Anhalt.

Der Herzog von Anhalt hat gelegentlich des Jubiläums seiner Silberhochzeit eine Amnestie erlassen. Danach werden alle Personen, die bis zum 1. Juli wegen Verleumdung des Herzogs oder des herzoglichen Hauses, Verleumdung öffentlicher Beamten oder Behörden, wegen Forst- oder Felddiebstahls und wegen Uebertretung rechtskräftig verurteilt worden sind, begnadigt. Ebenso sollen alle noch schwebenden Verfahren wegen Verleumdung des Herzogs oder des herzoglichen Hauses niedergelegt werden.

Der Amnestieerlaß sieht weiter Erlaß der Strafe vor für sonstige Vergehen, wegen der Freiheitsstrafen bis zu sechs Wochen oder Geldstrafen bis 150 M. erlitten sind.

Soldatenmißhandlungen und kein Ende!

Das Kriegsgericht der 2. Division in Augsburg hatte sich am Mittwoch wieder mit einem traurigen Fall von Soldatenmißhandlungen zu befassen. Angeklagt war der Unteroffizier Franz Lauchner der 1. Eskadron des bayerischen 4. Chevauliegers-Regiments, weil er einem Soldaten, der dem Auftrage des Herrn Unteroffiziers, seine Reistiefel zu putzen, nicht nachgekommen war, diese an den Kopf warf. Durch die an den Stiefeln befindlichen Sporen erlitt der Soldat beratliche Verletzungen am Kopf, daß er fünf Tage ärztlich behandelt werden mußte. Der Unteroffizier behauptete zu seiner Verteidigung, daß er die Stiefel ziellos weggeworfen und nur „wegen zufälliger“ den Mann getroffen habe; diese Ausrede wurde aber durch mehrere Zeugen widerlegt.

Unteroffizier Lauchner kam billig weg, er erhielt — zehn Tage Mittelarrest. — Eine sehr milde Strafe, die keineswegs geeignet ist, den Soldatenmißhandlungen ein Ende zu machen.

Der albanische Aufstand.

Die Lage in Durazzo.

Durazzo, 3. Juli. Der gestrige Tag ist ruhig verlaufen. Da in der nächsten Umgebung der Stadt und in der Stadt selbst Diebstähle und Einbrüche vorgekommen sind, ist der Sicherheitsdienst verstärkt worden. Prenk Shtaba beabsichtigt, in den nächsten Tagen in Durazzo einzutreffen, um dem Fürsten seine Vereinnahmung auszusprechen, abermals gegen die Aufständischen vorzurücken. Seine Mannschaften sollen sich bei Alessio wieder sammeln. Der vor drei Wochen auf seiner Reise im Inneren Albaniens von Aufständischen bei Elbasan gefangen genommene englische Journalist Dell vom Londoner „Daily Citizen“ wurde gestern von den Rebellen untergebracht von Schial nach Durazzo gebracht. Sicherer Nachrichten zufolge sind im Rebellenlager Zwistigkeiten ausgebrochen und etwa 1000 Teilnehmer der Aufstandsbewegung aus Albanien daraufhin heimgekehrt. Dienstag soll sich infolge von Uneinigkeit unter den Rebellen ein Kampf entspannen haben, wobei 15 von ihnen getötet wurden. Ahmed Bei Rati befindet sich noch immer in Krupa.

Abreise der Fürstin.

Wien, 3. Juli. Die „Neue Freie Presse“ läßt sich aus Durazzo melden, daß die Fürstin von Albanien sich mit ihren Kindern infolge der kritischen Lage nach Rumänien begeben werde.

Der mexikanische Konflikt.

Das Friedensprotokoll von Niagara Falls.

Das Friedensprotokoll von Niagara Falls, zu dessen Unterzeichnung Guertia seine Delegierten am 1. Juli ermächtigte, hat zum Inhalt die Organisierung einer neuen provisorischen Bundesregierung von Mexiko.

Diese neue Regierung soll aus einem Uebereinkommen zwischen den Vertretern der politischen Parteien Mexikos hervorgehen. Sie soll, sobald sie sich in der Landeshauptstadt Mexiko organisiert hat, die Anerkennung der Vereinigten Staaten und der drei Vermittlerstaaten Argentinien, Brasilien und Chile erhalten und zur Union wie zu den A.-B.-C.-Staaten sofort in normale diplomatische Beziehungen treten. Die Vereinigten Staaten verzichten auf eine Kriegsschadigung und wollen auch sonst keine Genugtuung verlangen. Ausländer, die sich in dem Bürgerkrieg kompromittiert haben, sollen Amnestie erhalten. Zur Erledigung von Entschädigungsforderungen von Ausländern, die aus militärischen Maßnahmen sich begründen, sollen internationale Kommissionen vorgelesen werden.

Nebenprotokolle zum Friedensprotokoll besagen, daß Guertia zurücktritt und daß Vera Cruz tatsächlich bis auf weiteres von den Amerikanern besetzt bleibt. Es besteht aber bei den Unterzeichnern des Friedensprotokolls Einverständnis dahin, daß rechtlich der Friedensschluß die Räumung von Vera Cruz und den Abzug der amerikanischen Kriegsschiffe ohne weiteres als Folge einschließt. Diese Auffassung wird auch durch die drei Vermittlerstaaten gewährleistet.

Der zögernde Carranza.

Niagara Falls, 3. Juli. Einige der Friedensvermittler haben bereits gestern den Ort verlassen, andere reisen heute ab. Der Zeitpunkt der nächsten Zusammenkunft hängt von Carranza ab, der überlegt, ob er der Aufforderung Folge leisten soll. Vertreter zu entsenden, die sich mit den Delegierten Guertias über den Nachfolger Guertias einigen sollen.

Bulgarien.

Der rumänisch-bulgarische Grenzzwischenfall.

Sofia, 3. Juli. Die bulgarische Telegraphenagentur teilt mit, daß vorgestern vormittag drei rumänische Soldaten mit vier Arbeitern an der Grenze auf bulgarischer Seite Holz zu fällen begannen. Als zwei bulgarische Soldaten sie aufforderten, diese Arbeit einzustellen, antworteten die Rumänen mit Schimpfworten und einer von ihnen suchte einem Bulgaren sein Gewehr zu entreißen, während ein anderer den zweiten Bulgaren zu erschließen drohte. Die Bulgaren setzten sich zur Wehr und erschossen die beiden Angreifer. Die Leichen befanden sich noch auf bulgarischem Gebiete. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Amerika.

Das Nachspiel zu den Colorado-Meuteleien.

New York, Ende Juni. (Eig. Ver.) Der Tragödie der Bergarbeiter-Massaker im Rodefeller-Staate Colorado ist die übliche Justizfarce gefolgt: Der Milizleutnant A. E. Linderfeld ist Mitte Juni als erster der im Zusammenhang mit der militärischen Nordbrennerei im Ludlow-Distrikt vor das Kriegsgericht zitierten Milizoffiziere des Nordes an dem griechischen Streikführer Louis Tikas schuldig befunden und — wegen „unsoldatischer Führung“ mit dem Verlust seines Offiziersranges „bestraft“ worden. Eine andere Strafe kann den Nordbuben jetzt auch vor keinem bürgerlichen Gericht mehr treffen, da das Gesetz einen zweiten Prozeß in gleicher Sache in diesem Falle nicht zuläßt. Tikas, dem auch von bürgerlicher Seite das Zeugnis eines allgemein geachteten, durchaus besonnenen Mannes ausgesprochen wurde, hatte sich an dem verhängnisvollen Morgen, als die Miliz die Zellkolonie der Streikenden zu beschließen begann, mit einer weißen Fahne in der Hand in das Hauptquartier der Soldateska gemagt, um diese darauf aufmerksam zu machen, daß sie Frauen und Kinder gefährde — die Männer hatten um jene Zeit das Lager nämlich fast sämtlich verlassen, um an einer Versammlung in einem Nachbarort teilzunehmen. Der mutige Arbeiterführer wurde von den Milizoffizieren sofort für arretiert erklärt, und während die Nordbrenner kaltblütig ihre Blutarbeit fortsetzten und mehr als 30 Frauen und Kinder in den Ruinen des von der Miliz in Brand gesetzten Zelllagers elend zugrunde gingen, wurde Tikas ein Opfer der feigen Nordgier des Leutnants Linderfeld, der den Wehrlosen von hinten mittels seines Gewehrlahens erschlug. Der Wörder machte aus seiner Tot gar kein Hehl und bekannte sich vor dem Kriegsgericht ohne weiteres als schuldig, wofür er doch genau, daß ihm dort kein Haar gekrümmt werden würde. Den Verlust seines Leutnantsranges wird dieser Bluthund um so leichter verschmerzen, als er sich ja nach wie vor als wohlbesoldeter Beamter der Baldwin-Feld-Telegraphen-Agentur (in deren Interesse er nach Ausbruch des Streiks erst der Miliz beigetreten war) den Interessen des Rodefeller-Kapitals nützlich erweisen kann. Nach dem Myster des follen Linderfeld wird das „Kriegsgericht“ der coloradischen Milizbanditen zweifellos auch die Fälle sämtlicher anderen des Nordes, der Brandstiftung und des Diebstahls beschuldigten Offiziere, zwangig an der Zahl, „aufarbeiten“. Der Uebung ganzer Speck ist offenbar, die uniformierte Wöberbande vor den bürgerlichen Gerichten zu schützen und sie tatsächlich so gut wie straffrei ausgehen zu lassen, um dafür die verhassten

Gewerkschaftler massenweise an den Galgen zu bringen. Nicht weniger als 100 Gewerkschaftsbeamten und Gewerkschaftsmitglieder sind von der Anklagejury des Nordes und der Verurteilung zum Tode angeklagt worden, darunter Genosse John A. Lawson, der dem Landesvorstand der United Mine Workers angehört, sowie W. T. Hildley, Sekretär der coloradischen Staats-Organisation der Federation of Labor, der Gewerkschafts-Schmelzer Ed. A. Doyle und zahlreiche lokale Gewerkschaftsbeamte. Die bürgerliche Presse Amerikas hat die Massenverhaftungen und die beschuldigte Massenprozessierung totgeschwiegen, ebenso wie den Fall Linderfeld, Vorgänge, die über die infamen Anschläge der „Justiz“ in dem fernwestlichen Rodefeller-Staate keinen Zweifel mehr aufkommen lassen. Leider verhält sich auch die American Federation of Labor, deren stärkster Zweigverband hier im Feuer steht, bisher noch völlig untätig.

Letzte Nachrichten.

Serbische Pressstimmen über das Attentat.

Wien, 3. Juli. Das Wiener A. S. Telegr.-Bureau meldet aus Belgrad: Die „Samouprava“ schreibt: Wir beurteilen aufrichtig das furchtbare Attentat in Sarajewo. Wir beurteilen ebenso den Bandalismus, dessen Opfer das serbische Volk in Bosnien ist. Es darf nicht vergessen werden, daß überreife Kombinationen über die Urheber des Verbrechens, besonders unter den gegenwärtigen Verhältnissen, größeren Schaden hervorrufen, als man im ersten Augenblick annehmen kann.

Das Blatt wendet sich gegen den von österreichisch-ungarischen Blättern geäußerten Verdacht, daß Serbien in das Sarajewer Verbrechen verwickelt sei, und wendet sich auch gegen die Drohung einzelner Blätter. Die „Samouprava“ sagt: Uebereilte Verdächtigungen berühren uns nicht und über Drohungen gehen wir hinweg. Erst wenn gegen uns positive Anklagen vorgebracht werden, werden wir Zeit zur Aussprache haben. Das Sarajewer Ereignis kann nicht gewaltsam zu einem Streitobjekt zwischen uns und Oesterreich-Ungarn gemacht werden, weil über das Ereignis auch die übrige zivilisierte Welt urteilen wird. Gerade hat in Serbien die Ueberzeugung genügend Wurzel gefaßt, daß Serbien wegen seiner zahlreichen wichtigen Interessen in guten Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn stehen und sich jeden Schritt enthalten muß, der allgemeine Verurteilung bei allen Völkern erfährt.

Die rohe, durch nichts gerechtfertigte Mißhandlung der unschuldigen Serben Bosniens betrachten wir als einen schweren politischen Fehler. Gegenwärtig sind wir geneigt zu glauben, daß dies die Frucht der engen Auffassungen der niederen behördlichen Organe in diesen Ländern ist, welche die Schuld an dem Attentat von sich abzuwälzen bestrebt sind. Wir glauben aber an den Verstand Wiens und erwarten, daß man ruhig und energisch diesem Bahnstirn entgegengetreten wird, der den Brand inneren Hasses in Bosnien schürt. Unser aufrichtigster Wunsch ist, daß die Verhältnisse Bosniens möglichst bald zur normalen Ordnung zurückkehren. Die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien, die auf dem Wege einer gesunden Normaleinstellung schon soweit fortgeschritten waren, werden durch unbedachte, journalistische Verdächtigungen nicht beeinträchtigt werden können.

Die jugradifalen, nationalistischen und fortschrittlichen Blätter sehen die heutige Presskampagne wegen der Ereignisse in Bosnien fort; sie schreiben, man wolle in Wien den ersten Augenblick des Schmerzes gegen das serbische Volk ausnutzen.

Kein Urlaub für bosnische Truppen.

Budapest, 3. Juli. Verschiedene Blätter berichten heute, daß der den in Bosnien stationierten Truppen gewährte Ernteurlaub wieder zurückgezogen wurde, weil es unter den gegenwärtigen Umständen den Soldaten nicht gestattet werden könnte, Bosnien zu verlassen. Die ungarischen Randblätter, für die bereits große Vorbereitungen getroffen worden sind, und im Bezirk Stein am Anger haltfinden sollten, werden nach einer Meldung der „Zeit“ ebenfalls unterbleiben.

Die französische Einkommensteuer vom Senat angenommen.

Paris, 3. Juli. Der Senat hat mit 230 gegen 54 Stimmen den Artikel 7 des Finanzgesetzes, in welchem im Prinzip eine allgemeine Steuer auf das Einkommen vorgelesen ist, angenommen.

Serbisches Wahlkompromiß.

Belgrad, 3. Juli. Zwischen der jugradifalen, der nationalistischen und der fortschrittlichen Partei ist ein Uebereinkommen erzielt worden, durch welches sich alle drei oppositionellen Parteien verpflichten, für die bevorstehenden Wahlen gemeinsame Kandidatenlisten aufzustellen. In oppositionellen Kreisen ist man der Meinung, daß infolge des zustande gekommenen Kompromisses das Kabinett Paschitsch eine Niederlage bei den Wahlen erleiden werde.

Großfeuer in der Nähe Hamburgs.

Hamburg, 3. Juli. Heute nachmittag brach in Kirchwarder nord bei einem Gemüsehauer ein Feuer aus, das sich bei der Dürre, dem Winde und dem Wassermangel sehr schnell ausbreitete. In zwei Stunden standen fünfzehn Gebäude in Flammen und noch ist der Gewalt des Feuers nicht Einhalt getan. Zahlreiche Gebäude befinden sich in Gefahr. Bis her sind 3 Automobilsprizen der Hamburger Feuerwehr und alle Spritzen der Umgegend tätig.

Furchtbares Unwetter in Nürnberg.

Nürnberg, 3. Juli. Abends zwischen 7 und 8 Uhr hat sich über Nürnberg und Umgebung ein furchtbares Unwetter entladen. Der angerichtete Schaden dürfte seiner Größe wegen vorläufig unübersehbar sein. Ein Hagelschlag, der durchschnittlich Schloffen von Haselnußgröße, teilweise solche von Walnußgröße brachte, ging zwanzig Minuten ununterbrochen nieder. Das Rauschen des Hagels überdünnte, einer Brandung gleichend, eine Viertelstunde lang den Donner. Die öffentlichen Anlagen, die Gärtnereien und die Häuser der Umgebung sind verunstaltet. Nürnberg herrlicher Blütenhimmel an den Feiern, auf dem in diesem Jahre besondere Sorgfalt verwendet war, ist vernichtet. Stellenweise haben die Wassermassen das Straßensystem aufgerissen.

Bergarbeiterstreik in Frankreich.

St. Etienne, 3. Juli. Alle Gruben im Bezirk von Saint Etienne liegen heute still. In den meisten Kohlengruben des umliegenden Bezirks ist die Streikforderung zu spät eingetroffen, weshalb die Bergleute dort noch arbeiten. In den Kohlengruben in Nordfrankreich sind die streikenden Förderleute heute früh wieder eingefahren, um die Anordnungen des am Sonnabend tagenden Kongresses abzuwarten.

Schlussverkauf der Saison-Restbestände zu beispiellos billigen Preisen

Dauer nur noch bis 10. Juli

Alle Waren werden zu herabgesetzten Preisen verkauft. Daraus einige Beispiele:

Herren-Kleidung

- Große Posten Sakko-Anzüge, I- und II-reihig 11.75 16.50 22.— 32.50 45.— 54.—
- Große Posten Cutaway und Westen, marrocco 24.50 27.— 30.— 36.— 41.— 45.—
- Große Posten Gehrock- und Smoking-Anzüge 36.— 45.— 50.— 54.— 59.— 63.—
- Große Posten Ulster und Paletots 19.— 24.50 30.— 32.50 45.— 54.—

Herren-Sport-Kleidung

- Große Posten Sport-Anzüge, Faltenoppe und Hose 16.50 22.— 24.50 27.— 30.— 32.50
- Ein Posten Manchester-Touristen-Anzüge 16.50 22.— 32.50
- Ein Posten Touristen- und Radfahrer-Hosen 2.70 4.00 5.50 6.50 7.25 8.25
- Ein Posten Manchester-Kletterer-Hosen 6.— 6.50 7.25 10.80
- Große Posten Gummi-Mäntel, englische u. deutsche Fabrikate 11.25 21.— 24.50 27.— 32.50
- Ein Posten Gummi-Pelerinen 6.75 9.50 11.25

Jünglings-Kleidung

- Große Posten Sakko-Anzüge I- und II-reihig 10.50 15.50 19.— 25.50 27.— 32.—
- Große Posten Ulster und Paletots für junge Herren 12.25 16.50 21.— 24.50 31.— 36.—
- Große Posten Einsegnungs- und Prüfungs-Anzüge 9.50 10.80 16.50 20.— 23.— 27.—
- Ein Posten Pfdfinder-Anzüge 4.75 u. 5.50

Aus unserer feinen Maßschneiderei

- Serie I: Sakko-Anzug nach Maß 61.—
- Serie II: Sakko-Anzug nach Maß 72.—
- Serie III: Cutaway-Anzug nach Maß 69.—
- Serie IV: Beinkleid nach Maß 14.50
- Serie V: Beinkleid nach Maß 17.50

Hosen

- Große Posten Herren-Hosen, vornehme Streifen 4.10 5.50 7.25 9.50 12.55 16.50 18.50
- Große Posten Jünglings-Hosen, schöne Muster 5.40 4.75 5.50 6.55 7.25 8.25 9.50
- Große Posten Schüler-Hosen zum Teil aus Resten 1.75 2.25 2.70 3.60
- Große Posten Leibchen-Hosen aus Resten 65 Pf. 1.35 1.75 2.70

Loden-Kleidung

- Große Posten Pelerinen I. Herren u. Damen, grau od. oliv Strichlod. 6.75 10.— 13.50 15.— 19.— 23.—
- Große Posten Pelerinen für Knaben und Mädchen 4.10 4.25 5.50 6.50 8.25 9.— 10.—
- Große Posten Bozener Mäntel für Herren, oliv und grau 11.25 16.50 19.— 22.— 24.50
- Große Posten Lodenjoppen für Herren 2.70 4.10 4.50 5.50 5.25 10.30
- Große Posten Stoff-Havelocks für Herren 6.25 10.50 13.50 16.50

Wasch- und Lüster-Kleidung

- Große Posten Waschjoppen für Herren 85 Pf. 2.— 2.70 3.40 4.10 5.50
- Große Posten Lüsterjackets für Herren 2.70 3.60 5.— 6.50 8.25 10.80
- Große Posten bastfarbene Anzüge für Herren 11.25 13.50 16.50 22.— 24.50
- Große Posten Wasch- und Tennis-Hosen für Herren 2.25 2.50 3.20 6.50 9.— 10.80
- Große Posten Herren-Westen 90 Pf. 2.— 2.70 4.10 6.50 8.25
- Große Posten Tropen-Anzüge weiß und khaki 5.— 7.— 7.25 9.—

Große Posten

Livreen und Chauffeur-Kleidung
Äußerst günstige Gelegenheit zur Einkleidung der Diener, Hausdiener, Chauffeurs, Kutscher, Portiers, Grooms, Kassenboten usw. usw.

Knaben-Kleidung

- Große Posten Stoff-Anzüge, Sport- und Blusenformen 4.10 4.50 6.75 7.25 9.— 10.80
- Große Posten Pyjads, blau, mit Abzeichen 3.60 6.75 8.10 11.25
- Große Posten Ulster und Paletots 7.25 9.— 10.50 13.50 15.50

Knaben-Wasch-Anzüge

Große Posten zu ungewöhnlich billigen Preisen in den neuesten Formen, darunter Schlupfer und Knieer Fasnacs 75 Pf. 1.75 2.50 3.60 5.50 6.25

Sport-Artikel

- Ein Posten Schliffstoff-Gamaschen 2.70
- Ein Posten Loden-Wickel-Gamaschen 2.25
- Ein Posten Leder-Gamaschen, ältere Formen 3.50
- Ein Posten Flieger-Kombinationen 10.80 16.50
- Ein Posten Staub- und Reisemäntel 3.20 4.10 8.25
- Bergstöcke, Ledergürtel, Sweater, Ruderer-Jächer, Stutzen usw.

Herren-Artikel

- Ein Posten Strohhüte 10 Pf. 25 Pf. 50 Pf. 80 Pf.
- Ein Posten Panamahüte 5.25
- Ein Posten Kragen, 4-fach, in 4 Formen 40 Pf.
- Ein Posten Manschetten, Paar 25 Pf.
- Ein Posten Servietten 20 Pf.
- Ein Posten Krawatten 10 Pf.
- Ein Posten Selbstbinder, wenig geölt 25 Pf.
- Ein Posten Hüte, schwarz, steil 1.55
- Ein Posten Mützen 25 Pf. 50 Pf. 75 Pf.
- Ein Posten Knaben-Mützen 10 Pf.
- Ein Posten Schirme, 2 Jahre Garantie 3.55
- Ein Posten Schirme, rein Glaseweide, 1000 Tage Garantie 5.25

Berufskleidung für alle Gewerke

Große Posten engl. Lederhosen und Joppen, Monteur-Hosen und Jacken, Maler-, Mochaniker- und Setzer-Kittel, Maschinistenhosen und Joppen, Friseur-Jacken und Kittel, Koch-, Kellner- u. Kantinen-Kleidung, Kleidung für Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Dormittagstunden zum Kauf empfohlen! Auswahl-Einstellungen werden nicht gemacht!

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung
Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Gegen. 1997 Schöneberg, Hauptstr. 10

Prompter Versand nach außerhalb! Bei Wiederverkäufen werden ob. Angebote nicht abgegeben!

Der Haupt-Katalog Nr. 49 (Neuzeit Moden) kostenfrei. — Während des Saison-Ausverkaufs sind die Katalogpreise herabgesetzt!

Paul und Frida Schiller
Eridel Schiller
Charlottenburg, Juli 1914

Unserm lieben Freund und Genossen
Paul Kube
zum heutigen Geburtstag
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Clique von Röntgenal.

Todes-Anzeigen

Verband der Sattler u. Portefeuillier
Erbsverwaltung Berlin.
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, dass unser Mitglied, der Wittwe Hanser

Paul Görgens
Berthold F. Cobour
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Sallen-Straßenhofes, Neufeld, Hermannstraße, aus statt.
136/20 Die Erbsverwaltung.

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein d. Schmiehe u. verwandten Gewerbe Deutschlands.
Berlin 13.
Den Mitgliedern zur Nachricht, dass am 30. Juni unser Mitglied, Frau

Lina Rothermund
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sallen-Straßenhofes, Neufeld, Hermannstraße, aus statt.
137/4 Die Erbsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Kollege, der Geschäftsdienster
Otto Stengel
am 2. Juli im Alter von 58 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Sallen-Straßenhofes, Hermannstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
66/7 Die Bezirksverwaltung.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands.
Zweigverein Berlin und Vororte.
Am 30. Juni starb plötzlich unser Kollege
Erich Pohlmann.
Die Beerdigung findet am Montag, den 6. Juli, nachmittags 5 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
Paul Viere.
287/3

Franz Bankowski
lagen mir allen Beteiligten, besonders dem Herrn Redner unsern herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
Für die Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Genossen, Freunden und Bekannten, sowie dem Genossen Paul Kaiser für seine trostreichen Worte, dem Gelangverein und dem weiblichen Personal der Firma Köhler Günther meinen herzlichsten Dank.
Bernhard Rowald
13384 Tüfter Str. 27.
Radfahrertarten Wandertarten
hält stets vorräthig
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Pankow.
Folgende Satzungsänderung hat die Genehmigung des Oberverwaltungsamts erhalten und tritt mit dem heutigen Tage in Kraft:
Am § 62 Absatz 1 der Satzung werden die Worte „der Dienstbote infolge von Krankheit erwerbsunfähig wird und“ gestrichen.
Berlin-Pankow, den 3. Juli 1914.
Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Pankow.
F. T. Ubig, Schriftführer.

Monats-Garderobe!
Unübertrefflich billiger Verkauf von hohen Herrschaft, Kavaliere, Reisenden abonniert Herrenmoden, sehr wenig getragen, erstklass. Verarb. von nur echten Stoff., teils von Hochschneidern und auf Seide, speziell für starke Herren.
Adolf Rosenberg, Berlin, Büchelerstr. 61, 1 Tr., nahe Hallesch. Tor

Westman
Köhrenstrasse 37a (Kolonnaden) Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstrasse)
Dir. Verbindungen mit fast allen Straßen- u. Hochbahnlinien.
Die letzten 2 Tage des Saison-Ausverkaufs reserviere ich für den Reisebedarf:
Serie I: 9.50 Lodenpelerinen (wasserd.) Alpakaämte, Sportjack., Kostüme in engl. Charakt.
Serie II: 13.— Lodenmäntel, Staubmäntel, Reisekostüme, Frotteekostüme, Ulster, Mussolinikleider, Gummilamamäntel
Serie III: 20.— Beste Lodenkostüme, Seid- und Kollene-Konfektion, echt engl. Gummimäntel m. Etikett, Frauenmäntel in allen Weiten u. Längen, blaue Kammergarnkostüme, weiße Flauschmäntel
Serie IV: 35.— Seidenplüschmäntel, weisse Ulster, seidene Kostüme, seidene Kleider, seidene s. bis 118 englische Gummimäntel
Ganz besondere Golegenheitskäufe!
Echt englische Seal-Plüschmäntel für M. 90.— (sonst bis 125.—)
Ganz lange echte Fellemäntel für M. 125.— (sonst bis 225.—)
Sonntag 8-10 geöffnet

Bequem
Einkäufe auf Teilzahlung
KREDIT-FEDER
Brunnen-Strasse 1
Frankfurter Allee 89
Kottbuser Damm 103
Charlottenbg.: Scharrestr. 5
Zu enorm billigen Preisen empfehle zur Reise:
Anzüge, Paletots, Gummi-Mäntel
Damen-Popelin-, Phantasie- u. seid. Mäntel, Kostümröcke, Blusen, Backsch- u. Kindergarderobe
Damenhüte und Wäsche
Schuhwaren für Herren, Damen u. Kinder
Anzahlung | Inserat 5 Mark
nach Uebereinkunft | mitbringen, Wert 5 Mark

Für die Fahrt zur Bugra
Soeben erschien:
Pharus-Plan der Bugra
Preis 20 Pf.
Pharus-Plan von Leipzig
mit illustriertem Führer — Preis 25 Pf.
Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69 (Laden)

Gewerkschaftliches. Auf dem Siechenbett!

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften sind die ältesten Gewerkschaften in Deutschland, aber auch die bedeutungslosesten. Auf dem von Frische und Schweiger einberufenen Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongress in Berlin am 26. September 1868 wurde die Grundlage für eine Anzahl von Gewerkschaften gelegt...

Hauhandwerker 1200 (1150), Frauen und Mädchen 701 (668), Bildhauer 313 (317), Bäcker und Konditoren 200 (300), Stellner 506 (688), Eisenbahner Birttemberg 8000 (8000), Eisenbahner Breslau 1100 (1300), Drauer 254 (2484), Keschläger 31 (30), Küfer 52 (54), Maschinisten Hamburg 107 (0), Bäcker Danzig 50 (0).

Ueber die Massenverhältnisse der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften läßt sich wenig sagen, da die in dieser Beziehung veröffentlichten Zahlen irreführend sind. Die meisten Gewerkschaften haben eigene Kranken- und Begräbniskassen, die nicht nur gesondert verwaltet werden, sondern deren Mitgliederbestand mit dem des Gewerkschafts auch durchaus nicht identisch ist.

Der offizielle Kommentar zur Abrechnung sagt u. a.: „Die aufgeführten Zahlen lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß die Arbeiter in den Deutschen Gewerkschaften eine Organisation finden, auf die sie in allen Notlagen des Lebens mit Sicherheit rechnen können.“

Das klingt wie Ironie; denn die Mitgliederziffern zeigen, daß die Arbeiter zu den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften durchaus kein Vertrauen haben. Deren Führer haben nicht den Mut, es offen eingestehen; aber tatsächlich sind sie die Vertreter einer Organisationsform, die keine Existenzberechtigung mehr hat und langsam im Absterben begriffen ist.

Berlin und Umgegend. Zum Streik der Kraftdroschkenfürher.

Am Freitag tagte eine überfüllte Versammlung. Jeder besprach die Situation und führte aus, daß die Stimmung, die unter den Anwesenden herrsche, eine erheuliche und gute sei und auch gar kein Grund zur Klammerei vorliege. Den Wunsch äußerten die Streikenden, alle Chauffeure aus den Betrieben zu ziehen, habe die Organisation aus bestimmten Gründen nicht ausgeführt.

Dem entspricht auch die Tatsache, daß die Unternehmer den gefälligen Schiedsgericht ablehnten und eine neue, erheblich verschlechterte Arbeitsordnung in Tarifform den Chauffeuren vorgelegt haben. Unter diesen Umständen müßte der Kampf weitergehen.

Wage zurückgewiesen werden. Das Gegenteil ist der Fall. Im übrigen legte er allen Anwesenden dringend ans Herz, sich in keiner Weise provozieren zu lassen. Was den Abschluß eines Tarifes betrifft, so ist bis jetzt für 1400 Chauffeure in 150 Betrieben ein Tarif abgeschlossen. Am Streik beteiligt sind noch über 1800, 3000 sind nicht am Streik beteiligt, da sie in tarifierten Betrieben stehen.

Orthmann gab im Auftrage der Ortsverwaltung die Erklärung ab, daß auf Grund des Verhaltens der Unternehmer der Kampf in verschärfter Form fortgesetzt werden muß und alles getan wird, um durch besondere Unterstützung die Arbeitswilligen aus den Betrieben zu ziehen. Gegen eine Ertraunterstützung an die Streikenden hat die Organisation nichts einzusetzen, die faktisch zugehenden Sätze werden hierdurch nicht beeinflusst.

Achtung, Dachdecker! Bei der Firma Puhlemann, Berlin, Müllerstr. 14, ist es am 3. Juli zur Arbeitseinstellung gekommen. Die Firma Puhlemann hat zurzeit größere Arbeiten auszuführen in Staaten und in Hennigsdorf. In dieser Werkstelle beruhten schon seit längerer Zeit erhebliche Mängel. Die Hilfsarbeiter wurden zur Verrichtung von Dachdeckerarbeiten herangezogen, weil sie billiger sind. Es sollten Leberstunden gearbeitet werden, ohne daß der übliche Zuschlag bezahlt wurde.

Aus dem Fleischergerwerbe. In Weizensee ist das falsche Gerücht verbreitet, als hätte die Firma Fischer den Tarifvertrag der Organisation anerkannt. Dies trifft nicht zu. Die Firma Fischer, Berliner Allee 236, bleibt nach wie vor gesperrt. Desgleichen sind die Firmen: Schildmann, Lothringen Str. 44, Taubenheim, Berliner Allee 229, Jessen, Berliner Allee 223, Schreiber, Berliner Allee 34, und Rinke, Streustr. 122, wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages für organisierte Fleischergehilfen gesperrt.

Deutsches Reich.

Die Wallerarbeiten in Forst (Saxh) streikten seit dem 1. Juli. Die Tuchfabrikanten wiesen die überaus bescheidenen Forderungen der Waller ab, obgleich in mehreren Sitzungen des Fabrikantenvereins ein Entgegenkommen in Aussicht gestellt wurde. Die Waller fordern 25 M. Wochenlohn für die Arbeit an den Schönlöhern und 24 M. für Arbeiten an den Waschmaschinen.

Lohnkampf im Handelsgewerbe. Die Firma Johann Volz, Manufakturwaren auf Teilzahlung in Düsseldorf, Pionierstr. 17, befindet sich in Differenzen mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen. Es ist zwischen beiden ein Tarifvertrag für die Reisenden und Kassierer vereinbart worden. Nach dem Schluß der Verhandlungen weigerte sich jedoch der Firmeninhaber, den Vertrag anzuerkennen und zu unterschreiben. Die Angelegten der Firma haben darauf ihre Kündigung eingereicht. Die Firma ist gesperrt.

Kleines Feuilleton.

Studenten wollen... In den bürgerlichen Blättern veröffentlicht eine Studentengruppe einen Aufruf, der die Gründung eines „Studentenbundes für künstlerische Volkserziehung“ ankündigt. Die Publikation, die in sehr jugendlichen, starken Tönen gehalten ist, verheißt „künstlerisch-wissenschaftliche Vorträge, studentische Rezitations- und Autoren-Abende und schließlich hochgemut: „Wir wollen alten Scholarengeist betätigen, in die Kaulen der Gemeindeschulen, in die Turnhöfe der Soldaten, in die Fabriken, in die Wauerhöfe, in die Krankenhäuser, in die Hilfsorganismen, in das Gefängnis, in das Zuchthaus vordringen.“

An sich ist es ja sehr nett, daß die jungen Leute einen Teil ihrer freien Zeit, die ja selbst beim eifrigsten Studium nicht allzu knapp bemessen ist, für eine solche Betätigung verwenden wollen. Aber es spricht doch aus dem ganzen Aufruf eine Ueberhebung über die „ungelehrten“ Berufe, die man gerade bei akademischen Jugend von heute ganz nachdrücklich vermeiden muß.

Die Lebensversicherung der Fürsten. Die Fürstendynastie gilt im allgemeinen als unsicherer Beruf. Betriebsunfälle mannigfaltiger Art sind an der Tagesordnung. Aber man sollte meinen, die Einkommensquellen von Fürsten wären vor Hunger und Not einigermaßen sicher, so daß es einer Lebensversicherung bei geträubten Häuptern eigentlich nicht bedürfte.

Die Lebensversicherung der Fürsten. Die Fürstendynastie gilt im allgemeinen als unsicherer Beruf. Betriebsunfälle mannigfaltiger Art sind an der Tagesordnung. Aber man sollte meinen, die Einkommensquellen von Fürsten wären vor Hunger und Not einigermaßen sicher, so daß es einer Lebensversicherung bei geträubten Häuptern eigentlich nicht bedürfte.

man hielt ihn wohl für allzu vogelfrei, ebenso wie die Versicherungsanträge des Fürsten Wied von allen Gesellschaften abgelehnt wurden. Bedenkliche Kunden sind auch die russischen Großfürsten, denn während alle anderen fürstlichen Versicherungsnehmer bloß die gewöhnlichen Prämien zahlen, müssen die Großfürsten einen Zuschlag leisten, von wegen des erhöhten Risikos, „da die Versicherungssummen, wie die Wiener „Zeit“ sich jetzt ausdrückt, auch in Fällen eines unnatürlichen Todes ausgezahlt werden“. Die drei Kaiser sind nicht versichert, dafür gehören sie ja auch zu den reichsten Leuten der Welt.

Musik.

Wagners „Ring“ für das Kartell der freien Volksbühnen. Vierter Tag: „Götterdämmerung“. An Dürftigkeit und Erhabenheit wußte man der Götterdämmerung kaum etwas in der Weltliteratur an die Seite zu stellen. In dramatischer wie musikalischer Hinsicht enthält sie nicht bloß genug Stoff für mehrere Opern der alten Art, sondern auch mehr Handlung als alle übrigen Dramen Wagners.

Ohne Striche, wie nur noch in Wahrheit, ist das grandiose Werk nun hier vorgestern erstmalig zur Vorführung gekommen, aber im Publikum hat sich keinerlei Ermüdung gezeigt. Es war dankbar für die Darbietung des ganzen Werkes, das man merkwürdigerweise meist um drei seiner poetisch wie musikalisch eigenartigsten Szenen: — die der Nornen, die „Symphonie in G-moll“, die Unterredung Alberichs mit seinem Sohne Hagen und Waltrautes Besuch bei Brunnhilde — verfürzt. Hingegen wird man mit der Dekoration und Regie nicht in allen Teilen einverstanden sein.

Die Aufführung selbst vollzog sich in sichtbar aufsteigender Kurve bis zum grandiosen Abschluß der Trilogie. Im Mittelpunkt des Interesses standen vom ersten Auftreten an: Wimi Föndgen, die ihrer großföndgen Gestalt der Brunnhilde stimmliche Kraftausdauer bis zur letzten Note dieser Rolle beigestellt, und Wolfgang von Schwind. Diejenige Hagen dürfte, wenn man abseht von einigen Seitenzweigen ins Böwiewichtliche, so leicht kein anderer zuvorkommen. Sein Paß hat Metall und massive Tragkraft; die Darstellung hat Macht. Den Siegfried gab, an Stelle des erkrankten Georg Schmieter, Kammerlänger Goly vom

Deutschen Opernhaus. Er macht eine schöne Lohengrin-Erscheinung und versteht seinen sämigenamen nur freilich eher lyrisch gefärbten als dramatischen Tenor vortrefflich zu gebrauchen. Allein für den Elegieist reicht er nicht aus. Von Hermann Kant als Gunther ist ähnliches zu sagen. Ludwig Wiedemann (Alberich), Elsa Lyon (Waltraute) und Hanna v. Granfeldt (Gutrune) konnten genügen; desgleichen die Nornen (Else Deggell, die Rheintöchter (Suzanne Videmann) sowie der Wotan- und Vegetationsgötter. Das Orchester unter seinem vorzüglichen Dirigenten E. von Reznicek hat seinen großen Anteil am ungewöhnlichen Gelingen. Praktisch metallig erklang der Trauermarsch, anderer Feinheiten nicht zu gedenken. Würdig in erlerter Befehung ist der Ring zum Abschluß gekommen. e. k.

Notizen.

25 Jahre Freie Volksbühne. Die Freie Volksbühne gibt ein Werkchen heraus. In einem Rückblick behandelt Conrad Schmidt ihre 25jährige Tätigkeit. Die neuen Aufgaben, die sich die Volksbühne gestellt hat; die Fliese der Kunst und der bildenden Kunst werden von Alfred Guttman und Kay Zeri gewürdigt. Oskar Kaufmann, der Richter der werdenden Volksbühne am Bülowplatz, schildert den neuen Bau, bei dem Inneres und Äußeres eine ausdrucksvolle Einheit bilden werden.

Ein blinder Blindenerzieher. J. Campbell, der blinde Direktor der Normalschule für Blinde in Norwich (England) ist gestorben. Campbell hatte als vierjähriger Knabe sein Augenlicht verloren. Musikalisch reich veranlagt, wurde er Musiklehrer, schließlich sogar Musikdirektor. Er widmete sich dann der Blindenerziehung, studierte alle Einrichtungen dieser Art in Europa und ließ sich 1871 in London nieder, wo er zwei Jahre später die königliche Normalschule und Musikschule für Blinde gründete, die er durch 40 Jahre geleitet hat. Sie galt als Musteranstalt für die Blindenerziehung.

Der neue Museumsdirektor. Als Nachfolger Tidahis ist an die Spitze der bayerischen staatlichen Galerien der bisherige Direktor der Wiener modernen Galerie Dr. Dornshoefler nach München berufen worden. Ein blinder Blindenerzieher. J. Campbell, der blinde Direktor der Normalschule für Blinde in Norwich (England) ist gestorben. Campbell hatte als vierjähriger Knabe sein Augenlicht verloren. Musikalisch reich veranlagt, wurde er Musiklehrer, schließlich sogar Musikdirektor. Er widmete sich dann der Blindenerziehung, studierte alle Einrichtungen dieser Art in Europa und ließ sich 1871 in London nieder, wo er zwei Jahre später die königliche Normalschule und Musikschule für Blinde gründete, die er durch 40 Jahre geleitet hat. Sie galt als Musteranstalt für die Blindenerziehung.

Der achte Verbandstag des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter

tagte seit Sonntag in Mainz. Aus den Verhandlungen ist die heftige Kritik, die an den Polizeibehörden wegen Verletzung der Streikposten geübt wurde, erwähnenswert. In diesem Sinne wurde folgende Entschliessung gefasst:

„Ingeachtet der neuerlichen Bestrebungen verschiedener Kreise, das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter dadurch unmöglich zu machen, daß durch Polizeiverordnungen das Streikpostenflehen einfach verboten wird, sieht sich der achte Verbandstag der christlichen Holzarbeiter Deutschlands veranlaßt, hiergegen entschieden Einspruch zu erheben. Der Verbandstag ist der Meinung, daß, so gut es den Arbeitgebern ungeschädlich möglich ist, durch Verhängung von Sperren, durch Herausgabe von schwarzen Listen und sonstige Maßnahmen zu ihren Gunsten wirtschaftliche Kämpfe zu führen, auch den Arbeitern möglich sein muß, durch Streikposten den nach Streikorten reisenden Kollegen Aufklärung zu geben.“

Der Verbandstag protestiert vor allem dagegen, daß jede Polizeibehörde ohne weiteres in der Lage sein soll, das Streikpostenflehen zu verbieten, was als Ausnahmestraf gegen die Arbeiter angesehen werden muß.“

Die christlichen Arbeiter sollten auch mit den politischen Vertretern ihrer Idee und mit ihrer Presse einmal ein ernstes Wort reden, die durch Terrorismusthätigkeiten und die Aufbauschung gewiß unangenehmer, aber doch menschlich vielfach verständlicher Zwischenfälle bei Lohnbewegungen den Scharfmachern Material für ihre Geschrei nach dem Schußmann gegen streikende Arbeiter liefern.“

Bei der Firma M. u. S. Levi, Württembergische Schuhfabrik in Hainbach bei Göppingen, sind wegen Lohnregelungen und Lohnabzügen ernste Differenzen ausgebrochen. Zugang ist streng ferngehalten.

Ausland.

Die belgische Gewerkschaftsbewegung.

Brüssel, 8. Juli. (Fig. Ver.)

Am 26. Juli findet in Brüssel der Kongress der belgischen Gewerkschaften statt. Der eben ausgegebene Bericht verzeichnet im wesentlichen die bereits anlässlich des letzten Kongresses der Arbeiterpartei (Ostern 1914) hier mitgeteilten Fakten. Der Tätigkeitsbericht für 1913 verzeichnet 126 745 angeglichene Mitglieder gegen 116 052 des vergangenen Berichtsjahres. Man sieht, trotz der unvermeidlichen Rückwirkungen des Generalstreiks und den noch immer andauernden Wirkungen der Krise ist gleichwohl ein bemerkenswerter Fortschritt zu machen.

Auch der letzte Bericht weist wieder auf eine Festigung der Organisation im Sinne der Zentralisierung. Die Zahl der Zentralverbände hat sich wieder vermehrt, so um die der Transportarbeiter, der Viehhändler, der Textilarbeiter. Manche Zusammenschlüsse wurden ermöglicht, andere wieder, so im Baugewerbe und in der Bekleidungsindustrie, sind vorläufig gescheitert. Auch auf die Einigung unter den beiden Organisationen der Diamantarbeiter in Antwerpen wurde bereits verwiesen. Die nicht umfangreichen Grenzstreitigkeiten wurden fast durchwegs in befriedigender Weise durch Vermittlung der Gewerkschaftskommission geregelt.

Im Berichtsjahre haben zwei größere Streiks stattgefunden: der der Gutsmacher und der Wagenbauer. Für die letzteren kamen durch Sammlung eine Unterstützungssumme von 167 763 Frank zusammen.

Das einmal monatlich erscheinende „Korrespondenzblatt“ der Kommission hat die Zeitsperiode noch nicht überwunden. Das Interesse für das Gewerkschaftsblatt läßt leider noch zu wünschen übrig.

Der Julikongress wird u. a. auch über die Revision der Statuten der Kommission zu beraten haben.

Luxus und Elend im Hotel.

Eng beisammen wohnen im modernen Hotel Komfort, ausgedehnter Luxus neben den primitivsten Lebensbedingungen. Aus dem behaglichen Gefühl gelangen die Fremden über prächtige Treppen oder mit dem Fahrstuhl in ihre elegant ausgestatteten Salons und Schlafzimmer. Ohne seinen Wohnraum verlassen zu müssen, ist der mühsige Weltbummler heute in der Lage, telefonische Verbindung nach Paris und London sich zu beschaffen. Auf demselben Wege bestellt er sich sein Frühstück ins Haus, sein Reisegepäck wird ins Hotel expediert und hier besomert er auch sein Häkelt, pardon, „Nachtjchein“ für Eisenbahn und Ozeandampfer. Ein Heer von Köchen, Kellnern und sonstigen Angestellten sorgt für sein leibliches Wohl, feilscht bereit, seinen Wünschen dienlich zu sein. Heberall Licht, Glanz, Behaglichkeit.

Und nun die Reversoite! Hoch oben unter dem Dach oder im Keller oder unter der Treppe in feuchten, dunkeln, schmutzigen Höhlen — da hausen die Angestellten. Diese Köcher studen sie auf, um nach 15—18stündiger schwerer Arbeit ihre müden Knochen für einige Stunden anszurücken.

Luxus, Pracht, Verschwendung auf der einen Seite, Not und Entbehrung, kranke Ausbeutung auf der andern — das ist die Signatur im modernen Hotelbetrieb. Eine vom Verband der Gastwirtschaftsgehilfen soeben herausgegebene Broschüre zeigt dies von neuem. Sie enthält das Ergebnis von Erhebungen, die der Verband unter den Hotelbedienten veranstaltet hat.

Die Hotelbedienten, das sind jene fleißigen Leute, die gewöhnlich auf den Namen „Friedrich“ hören und die Dich in später Nachtstunde in das Hotel einlassen, dieselben, die sich bemühen, Dich in frühester Morgenstunde aus den Federn zu holen, damit Du rechtzeitig zur Bahn kommst; die Leute, die tagsüber zentnerschwere Koffer schleppen, bohren, wäschen, putzen. Die wenigsten Hotelbesucher machen sich darüber Gedanken, was diese Menschen, die eine zum Teil widerwärtige und doch so mühsliche Arbeit leisten, wohl für ein Leben führen. Das oben bezeichnete Proschürchen gewährt einen Einblick in die sozialen Verhältnisse dieser Arbeitergruppe.

Die Umfrage erstreckt sich auf 700 Hotels mit 1807 Hotelbedienten; auf sie beschränken sich die Erhebungen deshalb, weil diese Gruppe noch heute von den geringen Vorteilen der Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1902 ausgeschlossen sind. Diese bezieht sich nur auf die gelehrten Kellner und Köche. Das traurige Kapitel ist wohl das von der Arbeitszeit. 178 der Befragten hatten das Glück, „nur“ unter 100 Stunden pro Woche arbeiten zu müssen. Es sind das 9,5 Prozent, die im günstigsten Falle 84 (also 12 Stunden pro Tag) bis 98 Stunden tätig sind. Die Mehrzahl, nämlich 767 oder 42 Prozent, haben eine wöchentliche Arbeitszeit bis zu 112 Stunden; 400 (22,5 Prozent) 110 Stunden. Mit 17 Stunden pro Tag ist die Höchststufe aber noch nicht erreicht, denn 297 oder 17 Prozent müssen bis 126 Stunden, 134 oder 8 Prozent gar über 126 Stunden wöchentlich oder 18 Stunden pro Tag schaffen.

Die wiedergegebenen, geradezu aufreizend wirkenden Zahlen weisen noch nicht einmal das ganze Elend auf, dem die Hotelbedienten in Bezug auf die Arbeitszeit ausgesetzt sind. 423 der Befragten müssen nämlich auch noch Nachtwachen verrichten. In den meisten Betrieben mit nur einem Hotelbedienten hat dieser jede Nacht die nach Schluß des Restaurants heimkehrenden Hotelgäste hereinzulassen, in größeren geschieht dies abwechselnd. Dieser „Nachtdienst“ wird zu einer wahren Tortur. Der abgetandete Körper, hingestreckt auf eine eckige Bank in der „Portierloge“, meist ein dunkles, fensterloses Loch, heißt Ruhe, tiefen Schlaf; die Angst, das Glockenzeichen eines heimkehrenden Gastes zu überhören und diesen zu verärgern, läßt ihn zu einem frühen, erquickenden Schlaf nicht kommen.

Einen vollen Ruhetag in jeder Woche halte nicht ein einziger der Befragten zur Verfügung. Nur 46 oder 2,5 Prozent

haben drei freie Tage pro Monat. Die Mehrzahl, nämlich 707 (44 Prozent) haben je zwei halbe Tage im Monat zu ihrer Verfügung; 300 oder 12 Prozent haben überhaupt keinen Ruhetag, dazu kommen 36 oder 2 Prozent als „unbestimmt“. Unter den Begriff „Halber Ruhetag“ ist in der Statistik alles mögliche einbezogen, so z. B. die in den Antworten sehr häufig wiederkehrende Bezeichnung: „Von nachmittags 2 bis abends 12, 11 oder gar 10 Uhr.“ Für die meisten der Hotelbedienten ist unter diesen Umständen der Ruhetag weiter nichts als ein bloßer Schlaftag, an dem sich die müden Glieder einmal ohne Störung ausruhen können. Die Mehrzahl hat vorher Nachtwache gemacht, denn sogar diejenigen Hotelbedienten in großen Betrieben, in denen ein Nachtportier angestellt ist, haben doch in der Regel den Tag vor ihrem Ausgang neben jenem Nachtdienst verrichten müssen. Wo bleibt da die Zeit für die Familie, Zeit für Erholung und Fortbildung? Das, was an Menschheit in einem solchen Körper vorhanden ist, muß bei solchem Raubbau verkrüppeln, gänzlich untergehen.

Nun sollte man meinen, daß diese unmenschliche Schinderei wenigstens gut entlohnt würde. Weil gefehlt! In beinahe der Hälfte der Betriebe, in 388, wird überhaupt kein Lohn gezahlt, während in 91 weiteren Betrieben mit 242 Beschäftigten, auch wieder mehr als die Hälfte davon, und zwar 136, ganz ohne Lohn arbeiten, so daß rund zwei Drittel, genau 1183 von 1807 Beschäftigten, keinerlei Lohn erhalten. Das übrig bleibende Drittel erhält Löhne von 5, 10, 15 und 20 M., nur ein geringer Teil (etwa 200) darüber hinaus, bis zu 45 M. Nun dürfen aber die Hotelbedienten den erhaltenen Lohn gar nicht einmal behalten. Der Rest fällt restlos in die Taschen der Unternehmer zurück. Die gesamte Lohnsumme der 1807 befragten Hotelbedienten beträgt nämlich 13 455 M., die Abgaben dieser an die Unternehmer belaufen sich auf 13 309 M. Diese Abgaben bestehen in der Bezahlung des ersten Hotelbedienten an die „Bize“ (das sind die zweiten, dritten usw. Hausdiener), Nachtportiers usw. Dazu kommen aber noch eine andere Gruppe von Abgaben für Uniform, Gepäckswagen, Wischzeug, Schuhwerk, Stallmiete usw. im Betrage von 18 000 M. pro Jahr. Alle diese Ausgaben müssen die Hotelbedienten neben ihren persönlichen Bedürfnissen aus dem Trinkgeld herauswirtschaften. Dabei ist es den Hotelbedienten in den meisten der Betriebe aus das strengste unterlag, für ihre Tätigkeit für den Gast von diesem etwas zu fordern. Nur in 134 Betrieben mit 248 Beschäftigten ist ein Tarif für Stiefel- und Kleiderreinigung festgesetzt und in 155 Betrieben mit 333 Beschäftigten ein solcher für Gepäcksbeförderung.

Außer den Löhnen, die, wie gezeigt, nur nominelle sind, erhalten die Hotelbedienten in der Regel Naturalleistungen in Gestalt von Kost und Logis. Die statistische Bewertung solcher Naturalleistungen ist nicht leicht, immerhin kann durch die Erhebungen soviel als sicher festgestellt erachtet werden, daß günstigenfalls zwei Drittel der beschäftigten Hotelbedienten „gute“ oder „genügende“ Kost erhalten. Ein großer Teil jedoch muß, um sich nur satt essen zu können, einen Teil seines Trinkgeldes opfern.

Ein gleich betrübendes Bild zeigt sich bei der Betrachtung der Schlafräume. Für 728 (40 Prozent) der Befragten wird das Logis als „genügend“ bezeichnet. Der Rest ist „schlecht“ und „sehr schlecht“ oder es heißt: „kein Logis“. Aus den beigefügten Bemerkungen erhellt man erst so recht, wie unzulänglich die „Wohnungen“ dieser Angestellten sind: Erhält Licht durch Lichtschacht oder Treppenhof oder hat überhaupt kein Fenster; das Logis ist feucht, kalt, schmutzig. Aus 13 Betrieben mit 23 Beschäftigten endlich wird berichtet, daß das Logis des Hotelbedienten gleichzeitig als Ruh- und Arbeitsraum bezogen, als Aufbewahrungsort für Besen, Beschrift, Müll und Küchenabfälle dient; die Inneneinrichtung betriebliger „Logis“ besteht zuweilen aus einem Bett, einem Waschbecken und — wenn es hoch kommt — einem Stuhl.

Das sind geradezu grauenhafte Zustände, die hier ans Licht gezogen werden. Die Regierung und der deutsche Reichstag werden nicht umhin können, endlich dem gewerkschaftlichen Hilfspersonal wenigstens die geringen Vorteile der Bundesratsverordnung zuzumuten zu lassen.

Die jugendlichen Arbeiter und das Kino.

Die „Hochwacht“ veröffentlicht in ihrer Nr. 8 einen sehr beachtenswerten Aufsatz von Fräulein Dr. E. Altenloh, Heidelberg über diese Frage. So viel Gutes auch das Kinoschauspiel leistet für die Jugend, namentlich im Unterricht, so wenig kann man bis heute davon merken. Im Gegenteil: diese an sich bedeutungsvolle Erziehungsmittel hat schon Unheil genug angerichtet. Doch lassen wir Dr. Altenloh selbst sprechen.

Die jugendlichen Arbeiter werden in ihrer Stellung zum Kino in drei Gruppen eingeteilt. Die erste Gruppe, in sozialer Hinsicht diejenigen, die nicht an eine bestimmte Berufsgruppe gebunden sind, bei welchen die Wahl eines Berufes mehr dem Zufall überlassen bleibt, ist die, für welche das Kinoschauspiel in seiner vorliegenden Form alles bedeutet. Die selbst in ihrem Stammland eine gelegentlich gebotene Naturalaufnahme ablehnen. Sie lieben die Märkte, die am meisten gepfefferte Kost, „Sensationsdramen“ der größten Aufmachung, am liebsten noch mit stark sinnlicher Tendenz, das ist ihre gewöhnliche geistige Kost. Es sind die, welche in jeglicher Hinsicht vollständig nach fröhlich sind.

Was die Verfasserin hier ausführt, wird niemand, der auch nur einen Blick in die Höhle der großstädtischen Straßenszene geworfen hat, ernstlich bestreiten wollen. Die Verheerungen, die solche Kinos unter der Jugend in sittlicher Beziehung angerichtet haben, können wohl kaum festgestellt werden. Aber es muß doch auch darauf hingewiesen werden, daß die sittliche Verwahrlosung, von der die Verfasserin des oben genannten Aufsatzes spricht, durchaus nicht nur in den Arbeitervierteln zu Hause ist. Wer sich das manchmal sehr auffallende Benehmen der Bourgeoisjugend beiderlei Geschlechts in Berlin WW einmal hat ansehen können, der bekommt gewiß nicht den besten Eindruck von diesen doch weit besser erzogenen Herren und Damen dieser Gegend.

Die gleichaltrigen jungen Leute der anderen Gruppen sind, so meint Dr. Altenloh wohl nicht mit Unrecht, im Verhältnis zur ersten Gruppe geradezu naiv. Dieser ersten gefällt doch auch mal eine harmlose Burleske, die aber von der letzteren kaum angesehen wird. Diesen ist das Kino der Zentralpunkt aller ihrer Interessen. Bei einzelnen Berufsgruppen dieser geht das so weit, daß fast die Hälfte der jugendlichen Angehörigen in mindestens einmal wöchentlich ein Kino besuchen. Bei solchen jungen Leuten wird es der proletarischen Jugendbewegung sehr schwer gemacht, etwas zu erreichen. Aber keine Schwierigkeit darf man abklären, doch immer wieder zu versuchen, den einen oder den anderen unserer Bewegung zuzuführen.

Daß junge Arbeiter, die längere Zeit durch eine solche „Erziehungsanstalt“ hindurchgegangen sind, für die Erziehungsanstalt Schillers, das Theater, nichts übrig haben, ist verständlich. Den Wollenstein, den Tell kennen sie nur, soweit sie in der Schule davon gehört hatten. Bei einigen wenigen waren Ausnahmen zu beobachten. So hatten ein paar hier und da mal eine Operette gehört. Ob aber ausgerechnet eine Operette ein besseres Erziehungsmittel ist, wäre noch sehr zu bezweifeln. Der 15jährige Sohn einer Hamburger Witwe hatte die Jungfrau von Orléans, den Freischütz und andere Dramen und Opern gesehen und gehört. Ja er hatte sogar nach den Aufführungen von Dr. Altenloh bei Andören des Tanzläufers sein härtestes Erlebnis gehabt. Die übrigen Befragten zeigten aber für solch höhere Dinge keinerlei Verständnis. Es war ihnen eben durch das Kino erzieht worden. Denn an und für sich hat die Jugend (und davon macht die Arbeiterjugend keine Ausnahme) ein starkes Interesse für gute dramatische Darbietungen. Das beweisen alle Veranstaltungen, die in den letzten Jahren für die Jugend der größeren Städte getroffen worden sind. Man sieht also auch hier schon, wieviel das Kino schon heute verdorben hat an guten Anlagen und Reimen.

Bei diesem Stande der Dinge gewinnt das Kino einen ganz bestimmten starken Einfluß auf das Gemüt und die ganze Lebensauffassung seiner Zöglinge. Ihre sittliche Auffassung des Lebens ist schließlich nicht mehr allzu weit entfernt von der des Apachenkellers. Das Selbstentum des Verbrecherkellers wird für diese dauerndwertigen jungen Geschöpfe zum Inbegriff des Heldentums überhaupt.

Nicht ganz so schlimm steht es nun mit der zweiten Gruppe. Diese nennt Dr. Altenloh die der charakteristisch proletarischen jungen Leute. Nach ihren Feststellungen sehen sie sich hauptsächlich aus jungen Metallarbeitern zusammen. Wenn auch bei ihnen sich manchmal ähnliche Reigungen wie bei der ersten Gruppe zeigen, so sind das nach Ansicht der Verfasserin nur Kinderkrankheiten, die bald verschwinden. Zwar riecht es auch aus ihren Antworten nach Blut und Leiden, jedoch haben sie doch schon für etwas anderes Interesse. Die älteren Jahrgänge gehen auch gern, wie sich aus den eingelaufenen Antworten ergab, zu spielen, d. h. mit ihren Liebsten ins Kino. Charakteristisch ist die Antwort eines 15jährigen Schlosserlehrlings, der angab, er besuche fast alles, was sich ihm biete. Montags gehe er ins Kino, Dienstags bleibe er zu Hause. Mittwochs geht's ins Theater, Freitags zum Turnen und Sonntags geht er mit seinem Nachbarmädchen in den Wald spazieren. Diesen kleinen Burlesken haben Mozarts Opern, Schillers Oedipus und Richard Wagners Tondramen am besten gefallen. Oft hat er das (Kannheimer) Hof- und das Nationaltheater besucht.

Aber auch „Die kessche Susanne“ und „Die moderne Eva“ im Kinoschauspiel haben ihm ganz gut gefallen.

Wieder andere besuchen zwar auch häufig das Theater, aber am besten gefällt ihnen doch ihr „Kienstopp“.

Eine dritte, kleinbürgerliche Gruppe wird durch junge Bureaugehilfen und Mechaniker repräsentiert. Diese soll sich von der letzteren ganz besonders dadurch unterscheiden, daß ihre Angehörigen nicht entfernt so nach sind wie jene. Von diesen hat ein sehr großer Prozentanteil überhaupt nichts gesehen. Und zwar sind es 27 Prozent gegen 3 Prozent der Metallarbeiter, soweit sie befragt wurden. Das Kino wird von dieser Gruppe nur wenig besucht. Ein großer Teil interessiert sich sehr für Kriegs- und überhaupt historische Dramen. Das hängt wohl mit ihrer im ganzen mehr patriotischen Erziehung zusammen.

Im ganzen zeigt die Arbeit von Dr. Altenloh wieder einmal deutlich, daß die Kinos in ihrer heutigen Form eine schwere Gefahr sind für den jungen Nachwuchs des Volkes, und daß alles getan werden muß, dieser Gefahr entgegenzuwirken. Die freie Jugendbewegung hat hier noch ein weites Feld, das sie mit aller Kraft beackern wird.

Aus der Partei.

Aus dem Zuchthaus entlassen

wurde am Freitag früh das erste Opfer des Waldenburger „Mein- und-prozesses“, der Geschäftsführer Max Weichelt von der „Schlesischen Bergwacht“. Genosse Weichelt hatte von den beiden Verurteilten die niedrigste Strafe, nämlich ein Jahr Zuchthaus erhalten. Der Prozeß erregte bekanntlich vor einem Jahre deshalb das größte Aufsehen, weil in der Verhandlung nachgewiesen wurde, daß die ganze ungeheuerliche Staatsaktion auf Betreiben des konservativen Zeitungsdirektors Lippold zustande gekommen war, der sich zu diesem Zweck als Werkzeug den ehemaligen „Bergwacht“-Expedienten Köhler ausuchte und diesen veranlaßte, gegen einzelne Genossen der Geschäftsleitung eine Anzeige wegen Meineids zu erstatten. Köhler handelte ohne Zweifel aus Mache für die erfolgte Entlassung und Lippold wurde von der Sucht getrieben, das verhasste sozialdemokratische Konkurrenzblatt in der bürgerlichen Geschäftswelt bloßzustellen. Der „Mein- und“ sollte darin bestanden haben, daß die Verurteilten unter ihrem Jugeneid bestritten, ein bestimmtes, früher unter Anklage stehendes Wahlsflugblatt gesehen zu haben. In Wirklichkeit haben sie das nicht bestritten, sondern nur erklärt, daß sie sich des Segens nicht erinnern. — Genosse Weichelt hat die Strafe verhältnismäßig gut überstanden und gesundheitslich keinen Schaden erlitten. Er wurde an der Zuchthauspforte von einer stattlichen Anzahl Genossen begrüßt und als Ehrenmann so aufgenommen, wie er vor einem Jahr hineingegangen ist.

Die Entwidlung der D. S. P.

Aus London wird uns geschrieben: Der vor kurzem gefasste Beschluß der Mitglieder der British Socialist Party, sich der Arbeiterpartei anzuschließen, um die sozialistische Einigung in Großbritannien zu erwirken, hatte die Befürchtung erweckt, daß sich viele Zweigvereine, die gegen den Anschluß an die Arbeiterpartei gestimmt hatten, dem Willen der Mehrheit nicht fügen würden. Man rechnete daher mit beträchtlichen Abspaltungen von der D. S. P. Abspaltungen sind auch eingetreten, aber lange nicht in dem Maße, wie die Bestimmten fürchteten. Im ganzen haben sich 11 Mitgliedschaften, die von einem Zusammenarbeiten mit der Arbeiterpartei durchaus nichts wissen wollen, von der D. S. P. losgesagt, um nun einzeln dahingewandert. Die elf Mitgliedschaften hatten zusammen nur 250 Mitglieder. Doch seit dem Austritt der 11 Sektionen hat die D. S. P. zehn neue Mitgliedschaften mit 330 Mitgliedern ins Leben gerufen, so daß der Verlust schon wieder mehr als gut gemacht worden ist. Vom 7. bis zum 14. Juni hielt die Partei eine rote Woche ab. Die Resultate dieser Agitationswoche sind noch nicht vollständig gesammelt; aber es läßt sich schon heute feststellen, daß die D. S. P. einen großen Mitgliederzuwachs erfahren hat. Manche Sektionen haben die Zahl ihrer Mitglieder um mehr als 80 Prozent vermehrt. Das Parteiorgan „Justice“ erfreut sich eines ständig zunehmenden Leserkreises.

Was den Anschluß der D. S. P. an die Arbeiterpartei anlangt, so scheint sich dieser nicht so glatt zu vollziehen, wie man angenommen berechtigt war. Die D. S. P. wandte sich nach dem Beschluß der Mehrheit ihrer Mitglieder an die Arbeiterpartei mit dem Ersuchen um Aufnahme. Der Vorstand der Arbeiterpartei hat nun in seiner letzten Sitzung entschieden, daß der Parteitag der Arbeiterpartei, der im Januar des nächsten Jahres stattfindet, über die Aufnahme der D. S. P. beschließen müsse. Bis jetzt hat sich der Vorstand der Arbeiterpartei die Aufnahme der statutarisch zur Aufnahme berechtigten Organisationen bewerkstelligt. Nur einmal zuvor, als die Bergarbeiterföderation aufgenommen werden wollte, wurde die Entscheidung ebenfalls dem Parteitag überlassen. Öffentlich wird diese Verzögerung keine nachteiligen Wirkungen für die sozialistische Einigung in Großbritannien haben und nicht die Bemühungen fördern, die zurzeit gemacht werden, um einen gemeinschaftlichen sozialistischen Not ins Leben zu führen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Verkehrsprozeß.

Vor der Bremer Strafkammer hatten sich am Mittwoch der Redakteur unseres Bremerhavener Parteiblattes, Genosse Jesse, und der Schlosser Dene wegen angeblicher Verleumdung eines Sekretärs beim Wasserbauamt in Bremerhaven zu verantworten. Das Schöffengericht zu Bremerhaven hatte Genossen Jesse zu 130 M., Dene zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um die Kritikierung verschiedener auf dem Wasserbauamt vorgeschalteter Mitglieder, die ein mit Namen genannter Sekretär verurteilt haben sollte. Die Beschuldigungen wurden schon vor dem Schöffengericht als erwiesen angesehen, aber die genannten Mitglieder fielen nicht dem genannten Sekretär zur Last. Die Strafkammer sprach den Arbeiter Dene frei, da er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Genosse Jesse wurde die Strafe auf 75 M. ermäßigt.

Kinder-Ferienspiele der Stadt Berlin.

Die Schulen haben ihre Pforten geschlossen. Die Ferien haben ihren Anfang genommen. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Eltern ist in der Lage, Ferien zu machen. Die besitzende Klasse reißt in Süden, ins Gebirge, und sucht Erholung von den Strapazen des Großstadtlebens. Die Arbeiterklasse muß fröhen, Ferien sind die Zeiten der Arbeitslosigkeit. Soweit die Angehörigen von Arbeitern machen können, so geschieht es vielfach, daß die Frauen und Kinder zu Verwandten aufs Land fahren. Aber der größte Teil der Kinder bleibt hier. Für viele Eltern bedeutet der Schulurlaub oft eine Sorge mehr. Die Kinder sind sich vielfach selbst überlassen und das ist nicht gut. Die Stadt Berlin hat deshalb Ferienspiele eingerichtet, an denen die Kinder teilnehmen können. Zu diesem Zwecke stehen Schulhöfe und Außenspielplätze zur Verfügung.

Folgende Schulhöfe und Spielplätze sind von 9-12 Uhr und von 3-7 Uhr zu Spielzwecken geöffnet: 1. Am Urban (Spielplatz), 2. Bremer Str. 22/23 (Spielplatz), 3. Paul-Geist-Str. (Spielplatz), 4. Wasserstr. 81 (112. und 120. Gemeindefschule), 5. Heidenberger Str. 131/132 (145. und 151. Gemeindefschule), 6. Bromberger Str. 13/14 (87./98. Gemeindefschule), 7. Blumenstr. 77 (Hilfsschule), 8. Ederstr. 16 (258. und 271. Gemeindefschule), 9. Danziger Str. 23 (162./197. Gemeindefschule), 10. Kastanienallee 82 (15./171. Gemeindefschule), 11. Straßunder Str. 54 und Bernauer Str. 89/90 (61./148. und 33. Gemeindefschule), 12. Auguststr. 67/68 (45. Gemeindefschule), 13. Pfingststr. 12 (111./188. Gemeindefschule), 14. Außenplatz-Str. 5/7 (19./168. Gemeindefschule), 15. Lukowstr. 115 (168./182. Gemeindefschule).

Die Außenspielplätze.

Neben den Bewegungsspielen auf den Berliner Schulhöfen und Berliner Spielplätzen sind

sechs Außenspielplätze

eingerichtet und zwar in Blankenfelde I und II, in Wartenberg, im Plänterwald (Tropen), in Busch und im Grunewald bei Eichkamp. Der bedeutendste Spielplatz in der Buchheide ist bis heute leider noch nicht fertig. Die Sammelstellen für diese Außenspielplätze sind folgende Schulhöfe:

- I. für Blankenfelde I: 1. Reibelstr. 31/32, 2. Prenzlauer Allee 297/298, 3. Christburger Str. 14, 4. Senefelderstr. 6/7, 5. Greifenhagen Str. 26, 6. Sonnenburger Str. 21, 7. Driefener Str. 29;
- II. für Blankenfelde II: 1. Gipsstr. 23a, 2. Straßunder Straße 54, 3. Christianastr. 39/30, 4. Feinweg-Allee 8, 5. Stephanstraße 27, 6. Müllerstr. 168/169, 7. Oberberger Str. 57/50;
- III. für Busch: 1. Reibelstr. 31, 2. Gartenstr. 107a, 3. Aderstraße 67, 4. Müllerstr. 48, 5. Schulstr. 99/100, 6. Putzuser Str. 23, 7. Rankstr. 29/29;
- IV. für Hohenbuchhäuser Wartenberg: 1. Marlowstraße 49, 2. Wemeler Str. 25, 3. Große Frankfurter Str. 23, 4. Strahmannstr. 6, 5. Petersburger Str. 3, 6. Diwaer Str. 19, 7. Högstr. 34/35;
- V. für Plänterwald: 1. Alle Jakobstr. 127, 2. Schmidstraße 38, 3. Reiger Str. 17/18, 4. Reichenberger Str. 131/132, 5. Brangelstr. 128, 6. Schlefische Str. 4, 7. Roglerstr. 4;
- VI. für Grunewald: 1. Bremer Str. 19/17, 2. Waldener Straße 20/21, 3. Zornstr. 86, 4. Vedeystr. 29, 5. Derflingerstraße 18a, 6. Kalmstr. 15, 7. Greifenaustr. 7.

Die Kinder haben sich an den Spielplätzen bis spätestens 7 1/2 Uhr auf einem der vorstehend aufgeführten Sammelhöfe einzufinden. Jedes Kind hat 20 Pf. als Beitrag zur Fahrt nach dem Außenspielplatz und etwas Bekleidung mitzubringen. Die über 10 Jahre alten Kinder, die nach dem unter III aufgeführten Spielplatz Busch hinausbesiedelt werden wollen, haben als Fahrtbeitrag 30 Pf. zu entrichten. Wenn mehrere Kinder derselben Familie diesen Außenspielplatz besuchen, ist der Oberleiter ermächtigt, 30 Pf., 20 Pf. und 10 Pf. Fahrtbeitrag zu nehmen. Bei den übrigen Außenspielplätzen soll das dritte und weitere Kind derselben Familie unentgeltlich hinausgeführt werden. Alle Kinder erhalten unentgeltlich auf den Außenspielplätzen mittags Suppe, dann einen halben Liter Milch und nachmittags Kaffee und zwei Schnitten.

Freitagen sollen in der Regel solchen Kindern gewährt werden, die freie Mittagsspeisung vom Magistrat erhalten, und ferner bei wirklich vorhandener Bedürftigkeit durch Arbeitslosigkeit, vor allem Waisen, Soldatensöhne, Pflegekinder und Kinder von Eheverlassenen. Anträge sind an die Schulleiter zu richten. Wo das nicht geschehen ist, müssen sich die Eltern noch nachträglich bei den Sammelstellen an die Spielleiter wenden.

Die Kinder dürfen Feinzeug, Glas oder Porzellan in keinem Falle mitbringen. Umkleekäben sind am praktischen, weil sie unangelegentlich sind. Auf den Außenspielplätzen können sich die Kinder nach Herzenslust tummeln. Frei von jedem lästigen Schulzwang geben sich die Kinder ungebunden dem Spiel und der Erholung hin und nach verhältnismäßig kurzer Zeit sind die bisherigen Blödsichtiger in bräunlich gefärbte Kinder verwandelt.

Die Teilnahme der Kinder an den städtischen Ferienspielen kann im Interesse der Kinder nur bestens empfohlen werden. Nur mühte der Magistrat bei der Ausgabe der Freikarten recht freigebig sein, freigebiger, als er bisher immer war.

Die Organisation der städtischen Ferienspiele wird in diesem Jahre die alte sein, dagegen treten aus hygienischen Gründen eine ganze Anzahl von baulichen und sonstigen Veränderungen ein. Die einschneidendste Maßregel betrifft die beiden Spielplätze in Blankenfelde neben dem städtischen Schulgarten. Hier war vor mehreren Jahren ein Kieselstein zum Baden für die Schulkinder freigegeben. Die Badefreizeit wurde aber aufgehoben, nachdem sich ergeben hatte, daß das Leitungswasser nicht völlig bakterienfrei war. Diese Einschränkung hatte, da die Ferienkinder naturgemäß für das Baden auf dem Spielplatz sehr eingenommen waren, einen Rückgang in der Besucherzahl auf den beiden Blankenfelder Spielplätzen zur Folge. Es blieb aber noch zum Plänterwald bei dem einen der beiden Spielplätze durchziehende Kieselgraben. Nachdem im vorigen Jahre zwei Anaben, die an den Ferienspielen in Blankenfelde teilnahmen, an Typhus erkrankt sind, ist auch der Kieselgraben durch Drahtumzäunung der Badebemüpfung entzogen worden. Ob die beiden Typhusfälle wirklich mit dem Kieselgraben in ursächlichem Zusammenhang stehen, konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Von dieser notwendigen Einschränkung mögen sich aber die Eltern nicht abhalten lassen, ihre Kinder nach Blankenfelde zu senden, zumal gute Trinkwasserleitungen vorhanden sind. Es ist eine eigene Wasserleitung für die Küche mit zahlreichen Zapfhähnen auf beiden Spielplätzen geschaffen worden, außerdem auf dem einen Platz ein neuer Unterflurraum.

Die Milch wird auf sämtlichen städtischen Ferienspielplätzen nur noch abgekocht verabfolgt. Wünschenswert ist es, die Kinder jeden Tag anzuhalten, daß sie im Döhlgenuß vorsichtig sind, wenigstens nicht unmittelbar hinterher große Mengen Wasser trinken. In Busch wird fortan auf der „Kammertweje“ gespielt, weil der bisherige ideale Spielplatz für städtische Baulen gebraucht wurde. Auf dem Spielplatz im Trentower Plänterwald und auch anderweit sind die Abortanlagen erweitert worden. Der etwas frei liegende Spielplatz in Wartenberg hat eine Drahtumzäunung erhalten, damit die Kinder in ihren Spielen nicht durch ungebildetes Publikum gestört werden. An dem langjährigen Brauch, am letzten Spieltage die Spielplätze auch den Angehörigen der Kinder freizugeben, wird nichts geändert.

Parteiangelegenheiten.

Neuaufl. Alle ausgeliehenen Bücher sind bis zum 10. Juli an die Bibliothek zurückzugeben.
 Reinickendorf-Nr. 2. Heute abend von 7 Uhr ab findet im 2. Kommunalwahlbezirk (Reinickendorf-Mitte, 1.-5. Wahlvereinsbezirk) eine Flugblattverbreitung statt.
 Lichtenberg, 5. Abteilung. Morgen Sonntag: Besichtigung des Krematoriums in Wannschulenkamp. Treffpunkt: Restaurant Krumer, Jungstr. 72, morgens 8 Uhr.
 Tempelhof-Mariendorf. Sonntag, den 5. Juli 1914, nachmittags 1 Uhr, auf dem Sportplatz, Friedrich-Karl-Str. in Tempelhof: Öffentliche Volksversammlung unter freiem Himmel. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Denkmalschutz und Klassenjustiz.“ Referent: Dr. Preisfeld, Berlin. 2. Wer vergiftet die öffentliche Meinung in Tempelhof und Mariendorf? Freie Aussprache.
 Die Wanderung der Jugendaktion fällt wegen der morgen stattfindenden Versammlung unter freiem Himmel aus.

Berliner Nachrichten.

Zwei Klosetts.

Was ist ein „anständiger Mensch“? Schwer zu sagen. Aber fest steht, daß keiner ein „anständiger Mensch“ ist, der nicht in einer „anständigen“ Gegend wohnt. „Anständige Gegend“ aber ist, wenn keine Proletarier da wohnen. Also wer ein „anständiger Mensch“ sein will, der muß vor allem — nicht etwa bloß eine gute und gesunde und schöne Wohnung haben. Das genügt nicht. Solche Wohnungen können ja zuweilen auch in Proletarierquartieren vorkommen. Sondern der „anständige Mensch“ muß vor allem auf eine „anständige“ Lage seiner Wohnung bedacht sein. Mag die Wohnung auch verhältnismäßig klein und unbehaglich sein, mag sie tausend Mängel haben — darauf kommt es nicht an. Die Gegend ist alles. Es gibt Straßen, die sehr nett liegen, sehr schöne Wohnungen haben, aber — man kann hier einfach nicht wohnen. Denn man müßte sich vor seinen Bekannten schämen, die doch auch „anständige Menschen“ sind. Also mietet man lieber in einer „anständigen“ Straße eine beschränktere Wohnung, natürlich mit allem Komfort. Hauptsache ist die feine Gegend. Hauptsache, daß kein Prolet in der Nähe wohnt. An der besseren Welt stößt man sich nicht, denn die geht anständig, will sagen elegant gekleidet und benimmt sich un-auffällig.

Aber schließlich sind gerade die fanatisch anständigen Menschen nicht gerade reich. Sie sind vorzugsweise Beamte, Leute mit gutem Einkommen, das aber doch keine allzugroßen Sprünge erlaubt. Die Kunst besteht für diese Leute darin, den Anschein zu erwecken, als wären sie doch reich. Daher die Wohnung in „anständiger Gegend“. Daher der „Komfort“. Lieber ein oder zwei Zimmer weniger, aber dafür Komfort, Heizung, Warmwasser — das ist ein vernünftiger Komfort, gegen den niemand etwas einwenden kann. Es gibt aber auch einen anderen.

Wenn sehr reiche Leute sich Wohnungen mit mehreren Badezimmern nehmen, ist das nur natürlich. Oder auch mit mehreren Klosetts. Denn warum nicht? Aber das Klosett ist seit einigen Jahren der Gradmesser der Anständigkeit geworden. „Anständige Leute“ haben zwei, sie haben womöglich drei Klosetts. Denn sie haben herausgefunden, daß ein „anständiger Mensch“ unmöglich mit den Dienstmoten dasselbe Klosett benutzen kann. Und so gehört es zum guten Ton, mehrere Klosetts zu haben. Es gibt zahlreiche Wohnungen von fünf und sogar von vier Zimmern, natürlich nur in den anständigsten Gegenden, die sich zweier Klosetts rühmen. In den Wohnungsanzeigen wird das neben der Aussicht oder der Warmwasserbereitung ausdrücklich hervorgehoben: zwei Klosetts!

Verrückte Welt. Es kann auf diese Weise vorkommen, daß ein Amtsdirektor oder Hauptmann mit vier- oder fünfzähliger Familie eine solche Wohnung innehat. Er muß ja repräsentieren. Denn der Lohus ist gewissermaßen ein Repräsentationsraum geworden — wenn er doppelt vorhanden ist. Da aber die anständige Wohnung mit zwei Klosetts so viel verschlingt, kann man sich nur ein Dienstmädchen leisten. Für dieses ist das Dienstmotenklosett da. Und so begibt es sich, daß die fünf oder sechs Mitglieder der Herrschaft samt ihren Besuchern sich auf dem Herrschaftsklosett drängen müssen, während der Dienstmote in einsamer Pracht auf seinem separaten heimlichen Gemache thronet.

So schlägt sich die Ueberkultur der allzu Anständigen selber ins Gesicht. Lieber dem Dienstmoten, dem Aschenbrödel, auf das sonst keinerlei Rücksicht genommen wird, einen solchen Vorteil einräumen, als daß man sich so gemein macht, mit ihm dasselbe Klosett zu benutzen.

Die nächste Stufe der Entwicklung dürfte sein, daß alle Dienstmoten eines Hauses zusammen ein separates Klosett bekommen. Diese Neuerung führt dann vielleicht einen neuen Haustypus heraus. Vielleicht, indem man ein fahrbares Klosett in einem besonderen Fahrstuhl unterbringt, das dann nach Bedarf von Etage zu Etage steigt oder fällt.

Blöß damit nicht jeder Dienstmote in Luxus eines persönlichen Lokus schwelgen kann und sich über die Herrschaft erheben dünkt.

Besichtigung gekündigter Räume durch Mietslustige.

Jeder Mieter, dessen Räume gekündigt sind, ist verpflichtet, zu gewissen Tageszeiten Mietslustigen die Besichtigung zu gestatten.

Häufig sind im Mietvertrag Zeiten festgelegt. Diese sind maßgebend, auch wenn sie sich auf Sonn- und gesetzliche Feiertage beziehen. Enthält der Mietvertrag dahingehende Bestimmungen nicht, so muß der Mieter zu „angemessenen“

Zeiten die Besichtigung gestatten. Das Kammergericht hat für Berlin die Stunden von 11 bis 1 und 3 bis 6 und Sonntags von 11 bis 1 als übliche Zeit angesehen, während das Landgericht I Berlin, offenbar sehr weit gehend, als angemessene Besichtigungszeit die Stunden von 10 bis 6 Uhr bezeichnet, dabei nur die gesetzlichen Feiertage, nicht aber die Sonntage, ausgenommen. Eine gesetzliche Verpflichtung, die Besichtigung auch an Sonntagen zu gestatten, wird man nicht annehmen können bei Beachtung der auch hier Anwendung findenden Vorschrift des § 193 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach Leistungen an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen nicht bewirkt zu werden brauchen.

Im allgemeinen raten wir schon im Interesse der Wohnungsuchenden, die sich die Zeit abstehlen müssen, auch zu wenig gelegenen Zeiten die Besichtigung zu gestatten.

Zu während der üblichen oder vertraglichen Besichtigung niemand in der Wohnung anwesend, so ist der Wohnungsschlüssel beim Vermieter, Verwalter oder — wovon dem Wirt oder Verwalter Kenntnis zu geben ist — bei Nachbarn abzugeben. Bezeichnet der Vertrag die Stelle, wo der Schlüssel zu hinterlegen ist, so ist das maßgebend.

Hingewiesen sei darauf, daß derjenige, der die Schlüssel entgegennimmt, beim Abhandeln von Gegenständen aus der Wohnung haftbar ist.

Dem Wirt oder seinem Beauftragten wird man auch dann, wenn im Mietvertrag darüber nichts bestimmt ist, das Recht zugestehen müssen, bei der Besichtigung zugegen zu sein.

Erfundigen sich die Mietslustigen nach Mängeln in der Wohnung, so ist der Wohnungsinhaber berechtigt, wahrheitsgemäße Auskunft zu erteilen. Hier ist Vorsicht am Platze, da der Wohnungsinhaber in einem Schadenersatzprozeß für seine Angaben beweispflichtig ist.

Ruinen in Berlin.

Eine Schandwüchsigkeit gibt es in Berlin. Wer sich an ihrem Anblick erfreuen will, muß nach der Kleinen Markusstraße gehen. In diesem verlorenen Winkel, der sonst nicht gerade mit Reizen gesegnet ist, bietet sich dem Auge des Wanderers ein für Berlin ganz ungewöhnliches Stadtbild. Da kann man Ruinen sehen, wirkliche und wahrhaftige Ruinen, vor denen jeder Fremde überrascht stehen bleibt.

Da findet die Marität auf den Grundstücken Nr. 24 und Nr. 25. Ein Trümmerhaus präsentiert sich dir, das dich zunächst vermuten läßt, daß hier der Feind ein paar Häuser zusammengebrochen hat. Von dem Haus Nr. 25 stehen noch die Mauern des unteren Stockwerks, die schmale Straßenfront samt den Resten der Giebelmauern und der die einzelnen Räume abgrenzenden Wände, so daß man den Grundriß noch erkennt. Der Dachstuhl des Häuschens ist abgetrieben, auch die Decke über den Zimmern fehlt, und des Himmels Scheusen können ungehemmt ihren Segen in sie hineingießen. Durch die Fensterlöcher schneit der Wind über das zerbrochene Mauerwerk, aus dem alles, was nicht Stein war, herausgerissen wurde. Treppen, Türen, Türpfosten, Fenster, Fensterrahmen, Ofen, Tapeten — alles ist verschwunden. Auf dem Nachbargrundstück Nr. 24 sieht es noch toller aus. Von dem Häuschchen, das hier stand, ist nicht viel mehr als ein hochgestürmter Stein- und Schutthaufen übriggeblieben. Erhalten hatten sich noch die Mauern des Erdgeschosses, aber allmählich stürzten sie in sich zusammen, zum Teil unter der nachteiligen Wirkung von Bewohnern der Straße.

Für die Straßenjugend, die schulpflichtige und auch die nicht mehr schulpflichtige, ist das Trümmerfeld der beiden Grundstücke ein bester Tummelplatz. Der Zutritt steht jedem frei, weil sonderbarerweise kein Zaun diese Abbruchstätte umgibt. Abgebrochen wurden die beiden Häuschchen gegen Ende des Winters, aber die Grundmauern blieben stehen — und seit Monaten kümmert sich kein Mensch mehr um die Ruinen. Jeder, der Lust hat, kann in und auf ihnen umherklettern. Kinder aus der Nachbarschaft tun das Tag für Tag, junge Burschen und auch erwachsene Männer finden sich in den Abendstunden ein. Das Treiben, das sich da manchmal abspielt, ist nicht ganz uninteressant für die Besucher der Ruinen und auch für die Bewohner dieser kleinen und engen Straße. Ganze und halbe Mauerreste und Steinbrocken kleineren Formats, die in dem Schutt unterliegen, bieten sich als willkommene Wurfschiffe dar. Als Zielscheibe dienen nur die Mauerreste der Ruinen, sondern auch die Giebelwände der angrenzenden Häuser, sogar Hof und Gärten eines Nachbargrundstückes. Wer auf Bürgersteig oder Damm der Kleinen Markusstraße verweilt oder vorübergeht, der sehe sich vor, daß ihm nicht ein Stein an den Kopf fliegt.

Bewohner der Straße, denen für den Reiz dieser Ruinen und für die Romantik des darin sich abspielenden Treibens das Verständnis fehlt, kagen über Verschwendung und Selbsttötung. Es ist ihnen unbegreiflich, warum die Besitzer der Grundstücke, wenn sie diese einweisen nicht wiederbebauen wollen oder können, nicht zur Beseitigung der Mauerreste oder mindestens zur Aufstellung eines Zaunes genötigt werden. Die angrenzenden Grundstücke Nr. 23 und 24 liegen gleichfalls, und zwar schon seit etwa vier Jahren, ungebaut da, aber hier sind die alten Häuser vollständig abgebrochen worden und ein fester Zaun hält Unbefugte von den Grundstücken und den auf ihnen lagernden Schuttresten ab.

Wie es auf den Grundstücken Nr. 24 und Nr. 25 aussieht, ist der Polizei nicht unbekannt. Die Beamten des Reviers wissen es, und auch das Polizeipräsidium soll bereits durch eine Besondere davon Kenntnis erhalten haben. Gelegentlich ist gegen zu weit gehende Ungehörigkeiten eingeschritten worden, aber auf die Beseitigung oder Beseitigung der Ruinen wird noch immer gezwört. Trant hier die Polizei, die in vielen anderen Dingen so forsch vorgehen versteht, sich keine Nachbetrugnis zu? Läßt sich's mit dem sonstigen Polizeibegriff öffentlicher „Ordnung“ und „Sicherheit“ vereinen, daß inmitten eines seit Jahrzehnten voll bebauten und stark bevölkerten Stadtteils an einer engen Straße ein solches Trümmerhaus offen daliegt?

Wir sind neugierig, wie lange diese Schandwüchsigkeit von Berlin O. noch erhalten bleiben wird. Der Ansehensverlust, den wir empfehlen wir, sich die Ruinen der Kleinen Markusstraße nicht entgehen zu lassen. Sie verdienen, im Bilde verewigt zu werden, damit alle Welt sehen kann, was in Berlin möglich ist.

Stadtrat Steinborn und die Fleischer.

Und wird gekündigt: Seit einiger Zeit beschäftigt sich Herr Stadtrat Steinborn-Wilmersdorf mit den Fleischereien. Er kommt dabei zu denselben Schlüssen, die in unserer Presse schon wiederholt dargelegt wurden, indem er nachweist, daß die jetzige Organisation des Detailverkaufs in ungesunden Verhältnissen sich befindet, er behauptet, daß es zu viele „selbständiger“ Erzeugnisse gibt, und daß

die Konkurrenz sich nur durch bessere Ladenausstattung und durch Sorgfältigkeit durchsetzen kann.

Alle diese Behauptungen treffen den Nagel auf den Kopf, tatsächlich gibt es zu viele solcher Scheinexistenzen, die um den zweifelhaften Titel „selbständig“ mitunter ein Leben zu führen gegnungen sind, mit dem viele unserer Proletarier nicht tauschen. Den Vorteil an diesen zweifelhaften, selbständigen Zwittermexistenzen haben aber die größeren Unternehmer im Fleischergewerbe. Je größer der Umsatz in einem Geschäft ist, desto geringer sind, auf den Umsatz berechnet, die Regiekosten.

Herr Steinborn kommt nun zu dem Schluss, den Fleischermeistern zu empfehlen, selbst zu Reformen zu greifen und eine planmäßige Organisation des Fleischkonsums zu schaffen. Er schreibt dabei wörtlich: Die Fleischversorgung bleibt auf diese Weise in den Händen der Fleischer, wenn auch vielleicht hierbei manch Kleine, jetzt selbständige, aber schwierige Einzelexistenz mit einer sichern, fest bezahlten Beschäftigung wird tauschen müssen. Diese Empfehlung dürfte Herr Steinborn wohl tauben Ohren predigen. Die Fleischermeister, die jeden Lehrling und Gesellen des Gewerbes es bis zum Ueberdruß erzählen, daß fast noch jeder Fleischergehilfe selbständig werden kann, die Leute, die solche Märchen jetzt noch als bare Münze hinnehmen, sollen auf einmal begreifen, daß zuviel selbständige Existenzen vorhanden sind. Die Fleischerinnungen, welche durch ihre Redenrichtungen einen gewaltigen Einfluß auf die Fleischermeister ausüben können, sollen ihren Mitgliedern das Gegenteil sagen von dem, was sie früher mit Eifer erstrebt haben.

Dieses Verlangen, Herr Stadtrat, ist zu viel. Wohl ist der Eifer angebracht, mit dem hier die Fleischpreise beobachtet werden. Es ist auch notwendig, daß die Kommunen den Schlächtern merken lassen, daß eine Ueberverteilung der Konsumenten stattfindet, und den Innungen deutlich gesagt wird, ihr Müht mit den Preisen herabgehen, was ihr jetzt treibt, ist Fleischwucher.

Bisher haben aber alle diese Warnungen an die Fleischermeister fast nirgends etwas genutzt, im Gegenteil, gehöhnt haben die Innungen über das Vorgehen der Stadtverwaltungen. Die Fleischermeister haben an sich gar kein allzu großes Interesse an niedrigen Fleischpreisen.

„Wir sind die Herren der Situation,“ so rufen die Innungsmäcker. „Wir machen, was uns beliebt!“

An den hohen Fleischpreisen haben allerdings nur eine beschränkte Anzahl von Fleischermeistern wirklichen Vorteil, in den kleineren und mittleren Geschäften müssen die Inhaber infolge der Regiekosten bestimmte Preise verlangen, um existieren zu können, in diesen Betrieben dürfte der Verdienst nicht ein allzu großer sein, obwohl er auch dort infolge der gefallenen Viehpreise in der letzten Zeit außerordentlich gestiegen ist. Den Hauptverdienst aber haben die größeren Geschäfte, dort verringern sich prozentual die Unkosten, und so ergibt sich ein Ueberfluß. Wohl könnten diese Art Schlächtereien daher wesentlich billiger verkaufen, aber sie können es nicht, weil die Innungssolidarität solches nicht zuläßt. Hierbei ist auch noch zu beachten, daß vielfach die Inhaber größerer Geschäfte fahrende Personen der Innung sind.

Die Empfehlung des Herrn Steinborn, die Schlächtermeister sollten selbst Hand ans Werk legen, um Reformen und dadurch eine Verbilligung des Fleischpreises herbeizuführen, dürfte der Anforderung gleichkommen, als wenn man einem Menschen, der sich sonst ganz wohl fühlt, einen Stein gibt mit der Aufforderung: Hier hänge dich! Beides unterbleibt.

Um zu geordneten Verhältnissen in der Fleischversorgung zu gelangen, müssen ganz andere Maßnahmen ergriffen werden. Entweder es müssen die Konsumenten selbst Hand ans Werk legen,

oder die Kommunen müßten großzügiger Weise die Fleischversorgung ohne Rücksicht auf das Vornehm und Schreiten der Fleischerinnungen organisieren.

Die V. E. W. und die Stadt.

Der Magistrat teilt mit: „In der Presse ist die Annahme verbreitet, daß die heutige Veröffentlichung über Verhandlungen zwischen der Stadt Berlin und den Berliner Elektrizitätswerken im Einvernehmen mit dem Magistrat der Stadt Berlin erfolgt sei. Wir stellen fest, daß diese Annahme nicht zutrifft.“

Wichtiger als diese Feststellung ist, daß der Magistrat endlich mit seinen Beratungen zu Ende kommt und einen klaren Beschluß faßt, der die Interessen der Berliner Bevölkerung wahrnimmt. Ein solcher Beschluß muß aber dahin gehen, die Stadt aus den Händen der V. E. W. zu befreien und sich ihr nicht dienstbar zu machen, wie das auch aus der von den V. E. W. veröffentlichten Denkschrift hervorgeht. Gerade der Inhalt dieses Vertrages der gemeinschaftlichen Unternehmung zeigt aufs Klarste, welche wenig beneidenswerte Rolle der Stadt Berlin zugeschrieben ist. Sollte man es wirklich für möglich halten, daß im Magistrat sich Leute finden, welche die Stadt in ein solch unwürdiges Vasallenverhältnis zu der privaten Erwerbsgesellschaft bringen wollen, wie hier beabsichtigt wird.

Sollten wirklich Magistratsmitglieder vorhanden sein, die dieses unwürdige Verhältnis gar nicht empfinden?

Sollte es wirklich schon soweit sein, daß die Interessenten Rathenaus den Magistrat vollständig beherrschen?

In die Baugrube der Untergrundbahn gestürzt.

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern Abend in der zehnten Stunde in der Chausseestraße. Vor dem Hause Nr. 112 befindet sich die Baugrube der Untergrundbahn. Ein sechsjähriger Knabe lief hinter einer elektrischen Straßenbahn her und beachtete nicht, daß der Straßendam an dieser Stelle vollkommen aufgerissen ist. Kopfüber stürzte er in den mehrere Meter tiefen Bauschacht. In schwer verletztem Zustande wurde der Unglückliche nach der nächsten Unfallstation gebracht.

Bereits vor einigen Tagen ist an derselben Stelle ein gleicher Unglücksfall passiert, bei dem ein Familienvater seinen Tod fand. Angesichts dieser Tatsache muß die Frage aufgeworfen werden, ob denn seitens der Bauleitung alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen sind, um ein Abstürzen für ahnungslose Passanten an dieser gefährlichen Stelle zu vermeiden.

Ein schwerer Unfall hat sich gestern auf dem Grundstück der städtischen Gasanstalt in der Hauptstraße in Lichtenberg ereignet. Dort war der Arbeiter Richard Albrecht aus der Urbanstr. 28 auf einem Kran mit dem Beladen und Transportieren von Kohlen beschäftigt. Wöglisch riß ein Drahtseil der Kranvorrichtung und infolge der heftigen Erschütterung stürzte A. kopfüber in den Trichter. Der Arbeiter erlitt schwere Kopfwunden und wurde in sehr bedenklichem Zustande nach dem neuen Rummelsburger Krankenhaus geschafft.

Ein großer Brand kam gestern nachmittag gegen 5 Uhr am Elisabethufer 28/29 in der Maschinenfabrik von A. Benede u. Co. zum Ausbruch und bedrohte auch den Dachstuhl des Fabrikgebäudes. Der Lösungsangriff war anfangs sehr schwierig, da die Hitze geradezu unerträglich war. Der ausgedehnte Fabriksaal brannte vollkommen aus, so daß der Schaden bedeutend ist. Auch zahlreiche Maschinen wurden zerstört. Ueber die Ursache des umfangreichen Brandes konnte nichts Bestimmtes ermittelt werden. Die in der Fabrik beim Ausbruch des Brandes noch anwesenden Arbeiter konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Verflehpt

worden ist wahrscheinlich die 16 Jahre alte M. E. aus der Pflegerstraße in Neukölln, die am 27. v. M. nachmittags von Hause weggegangen und bisher nicht wieder zurückgekehrt ist. Das Mädchen ist 1,67 Meter groß, hat blondes Haar, blaue Augen und eine blasser Gesichtsfarbe und trug ein blau und rotes Kleid, schwarze Schuhe und Strümpfe und weiße Wäsche.

Umleitung in der Leipziger Straße. Die Straßenbahn muß wegen Betonierung der Gleisanlagen den Betrieb in der Leipziger Straße zwischen der Charlotten- und Mauerstraße in den Nächten zwischen dem 6. und 11. sowie 13. und 18. Juli von 2 bis 6 Uhr sperren. In Frage kommen nur die Linien 6, 9, 67, 69, 71, 74, 77 und 78, die dann über Mauer-, Kanonier-, Französische und Charlottenstraße sowie umgekehrt gehen.

Warnung vor einem Schwindler. Die Familie A. in Neukölln, Zietenstraße, hatte bei der „Vollstürforge“ am 20. April mehrere Anträge abgeschlossen, mit dem Versicherungsbeginn ab 15. Juni 1914. Am 2. Juni erschien nun ein angeblicher Vertreter der Vollstürforge bei Frau A. und forderte die Beiträge für Mai 1914. Aus Unkenntnis zahlte Frau A. 2 M. gegen Ausfertigung eines gewöhnlichen Quittungsformulars, welches mit dem Namen Guppferich unterzeichnet ist.

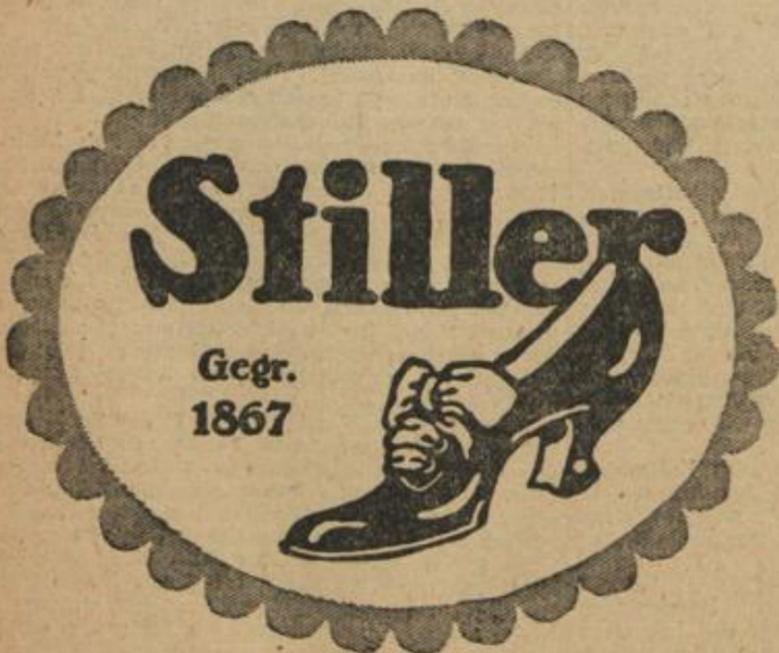
Die Rechnungsstelle 1 Berlin der „Vollstürforge“ bittet uns, mitzutheilen, daß Versicherungsbeiträge für die „Vollstürforge“ nur gegen Ausfertigung von Prämien- bzw. Sparmarken mit dem Ausdruck „Vollstürforge“ gezahlt werden sollen. Sich vorstellende Vertreter der „Vollstürforge“ ohne diesen Ausweis sind Schwindler; man weise dieselben stets die Thür, bezw. man lasse sie durch die Polizei feststellen.

Das große Ferienprogramm der Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“ bietet auch in diesem Jahre eine reiche Auswahl billiger Dampferausflüge in die schönsten Gegenden unserer Mark und zwar verkehren die Dampfschiffe wie folgt: Ab Jannowitzbrücke jeden Tag um 9 und 2 Uhr, mit Ausnahme von Sonnabend und Sonntag nachmittag, nach den Müggelbergen und nach Woltersdorfer Schleuse, jeden Sonntag außer Sonnabend nach Freibad Grünau und Neue Mühle. Jeden Montag, Mittwoch und Freitag 2 Uhr 15 nachmittags nach Raasdorf, jeden Montag und Donnerstag 2 Uhr 15 nachmittags nach Müggelheim, jeden Dienstag und Freitag nachmittags 2 Uhr 15 nach Strampenburg. Jeden Dienstag und Freitag 8 Uhr vormittags nach Teupitz und ferner jeden Montag und Donnerstag 8 Uhr 30 vormittags ab Jannowitzbrücke Gesellschaftsfahrt nach Teupitz.

Ab Weidendammer Brücke täglich 9 Uhr vormittags nach Potsdam, jeden Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag bis Werder, Sonnabend bis Jerichow. Ab Potsdam jeden Montag und Donnerstag, 8 Uhr nachmittags, Rundfahrt um die Insel Potsdam, jeden Dienstag und Freitag, 2 Uhr nachmittags, nach Rhöden und Paretz, jeden Mittwoch, 3 Uhr nachmittags, nach Paretz und Glinde, jeden Freitag, 2 Uhr nachmittags, nach Paretz und Glinde. Neu eingeführt ist die Fahrt jeden Donnerstag, 8.30 Uhr vormittags, ab Weidendammer Brücke nach Lehnhäuser (Oranienburg), dortbin finden auch noch folgende Fahrten statt: Ab Spandau, Triftstraße, und Tegel jeden Dienstag, vormittags 9 Uhr, jeden Donnerstag, vormittags 10.15 Uhr, jeden Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, nachmittags 2 Uhr.

Kleine Nachrichten. Einen Selbstmordversuch unternahm gestern nachmittag der 62-jährige Kellner Otto Vorchardt aus der Steinmetzstraße. Vor den Augen zahlreicher Passanten sprang er an der Potsdamer Brücke in den Landwehrkanal, konnte aber den Fluten noch lebend entzogen werden. Aus bei ihm vorgefundenen Briefen ging hervor, daß B. den Selbstmordversuch wegen eines unheilvollen Leidens verübte. — Beim Baden im sogenannten Bann in Wilmersdorf erkrankt gestern nachmittag der elfjährige Sohn des Polizeibeamten Eisner aus der Achener Straße in Wilmersdorf. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Wahrscheinlich ist der Knabe im Wasser von einem Herzschlage getroffen worden.

Saison-Ausverkauf der alten Stiller-Firma



**Der ungewöhnlich große Erfolg
unserer ersten Ausverkaufs-Woche**

findet seine Erklärung darin, daß wir in diesem Jahre tatsächlich so große Vorteile bieten, wie noch nie zuvor. Jeder Käufer wird sich überzeugt haben, daß der Einkauf von Schuhwaren bei der alten Stiller-Firma diesmal über alles Erwarten günstig war.

**Die zweite Woche unseres Ausverkaufes
wird diese wirklich seltenen Vorteile dem kaufenden Publikum
weiter bieten, weil die Preise ganz sensationell billig sind.**

Dorortnachrichten.

Neufölln.

Selbstmordversuch eines Zwölfjährigen. Der Gemeindeführer Walter Sch. aus der Kaiser Friedrichstraße hatte am Freitag voriger Woche ohne Wissen seiner Eltern die Schule verläßt. Gestern schrieb nun der Rektor an die Eltern und ersuchte um Auskunft über die Ursache des Fehlens. Als Frau Sch. daraufhin ihrem Sohn Vorhaltungen machte, leugnete dieser, gefehlt zu haben. Diese Unaufrichtigkeit des sonst gutgearteten Jungen erregte die Mutter so, daß sie ihm ein paar leichte Schläge versetzte. Damit hielt die Frau den Vorfall für erledigt. Sie sagte dem Anaben, daß sie dem Vater keine Mitteilung machen werde. Der Junge scheint aber doch wohl noch weitere Strafen gefürchtet zu haben. Er sagte zu seinem neunjährigen Bruder, daß er aus dem Fenster springen oder sich sonst das Leben nehmen wolle. Während sich die Mutter im Nebenzimmer befand, nahm der Anabe den Revolver seines Vaters, entschloß sich und schoß sich vor den Augen des Bruders, der ihn vergeblich davon abzuhalten versuchte, eine Kugel in die rechte Schläfe. Schwerverletzt wurde er ins Krankenhaus gebracht.

Schnepberg.

Mitgliederversammlung. Die letzte Versammlung des Wahlvereins nahm die Berichte der Kreis- und Verbandsgeneralsversammlung entgegen. Berichterstatter waren die Genossen Lippert und Anobloch. Der erstere ging eingehend auf die Verhandlungen der Kreisgeneralsversammlung ein und hob hervor, daß die Frage der Reorganisation mit im Vordergrund der Diskussion gestanden habe. Medner verwies dann auf den Bericht der Reorganisationskommission, betreffend Vorschlagsangelegenheit und wünscht, daß in den Zahlungen einander darüber diskutiert werden möge. Genosse Lippert bemerkt zum Schlußbericht, daß die Fortschritte, die im Kreise gemacht worden seien, wohl lediglich auf die Hausfesterung zurückgeführt werden können. Genosse Anobloch gibt dann noch einen ausführlichen Bericht von der Verbandsgeneralsversammlung, wobei er die beratenen Anträge behandelt, besonders die Einführung des Wochenabonnements für den „Vorwärts“. Beide Berichte wurden mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde unter anderem der Reichstagsaktion für ihr Verhalten volle Sympathie ausgedrückt. Ein Antrag des Genossen Kerner, eine Teilerhebung zugunsten der Opfer der Charlottenburger Denkmalsangelegenheit zu veranstalten, wurde zurückgestellt für eine in nächster Zeit geplante größere Aktion. Genossin Lazar verweist noch besonders auf die Veranstaltung der Ferienspiele. Entgegen früherer Gepflogenheit wird die Milch in diesem Jahre im Halbe verteilt, infolgedessen müssen alle Kinder 1/2 Liter Trinkgefäß mitbringen. Da die bisher aufgetragenen Mittel für die Ferienspiele nur sehr minimal sind, so mögen die Parteigenossen dafür wirken, daß auf den Eltern besser gesammelt wird als bisher. Zum Schluß machte noch Genosse Treuss auf das am 12. Juli stattfindende Stiftungsfest aufmerksam.

Tempelhof.

Aus der Gemeindevorstellung. In der letzten Sitzung wurde zunächst in den neuen Ortsteil belegene Straße 36a Zellingerstraße benannt. — In der Germania-Edelringbahnstraße soll die Regenwasserkanalisation eine Umänderung erfahren. Zugleich soll eine Aenderung des Straßenganges der Ringbahnstraße nach der Germaniastraße vorgenommen werden. Die Kosten dafür sollen dem Fonds für den Ausbau alter Ortstraßen entnommen werden. Die Vorlage des Gemeindevorstandes, den Uebergang der Ringbahnstraße in die Berliner Straße zu asphaltieren, wird an die Baukommission verwiesen, da es sich um ein Interesse der Fuhrwerke handelt, das nicht durch den Asphaltbelag zu beeinträchtigen ist. — Beschlossen wird, die Viehweidenbeiträge auf die Gemeindefälle zu übernehmen, soweit die einzelnen Beiträge 1 M. nicht übersteigen. Dieser Beschluß wurde damit begründet, daß 350 M. aufzubringen sind, die sich auf circa 150 Viehhaltungseinkommen verteilen. Die Eingehung der Beiträge unter 1 M. würde aber mehr Kosten verursachen, als der einzuziehende Betrag ausmacht. Die Bewilligung von Mitteln zur Errichtung zweier Oberlehrerstellen für das Gymnasium auf dem Tempelhofer Feld wurde beschlossen. Der Bürgermeister teilte weiter mit, daß die Genehmigung des Kultusministers für das Gymnasium bereits eingegangen sei. Vom Minister werden die Bedingungen gestellt, daß die Schule ohne staatliche Zuschüsse erhalten werden müsse, ferner daß eine Turnhalle zu errichten sei und die Lehrer den staatlich angestellten gleichzustellen seien. Außerdem soll für diese Schule ein Anatorium gewählt werden. Die Wahl der Oberlehrer wird dem Anatorium für das Realgymnasium übertragen. Genosse Müller gab zu der Bewilligung der Oberlehrerstellen die folgende Erklärung ab: In Konsequenz unserer Haltung bei der Beratung über die Errichtung des Gymnasiums leben wir auch die Bewilligung der Oberlehrerstellen ab. Da kein Geld für die Errichtung von Volksschulen auf dem Tempelhofer Feld und im Industrieviertel übrig sei, können auch die sog. Vertreter nicht für diese Forderung stimmen. Besonders interessant war noch die Mitteilung des Bürgermeisters, daß in den drei unteren Klassen des Gymnasiums bis zur Errichtung der Elisabethschule auch Mädchen unterrichtet werden sollen. Darüber muß man sich wundern, denn als unsere Parteigenossen bei der letzten Ortsberatung verlangten, daß für das Industrieviertel eine Volksschule gebaut werde und sie auf den Einwand, die Kinderzahl reiche für eine neue Schule noch nicht aus, den Vorschlag machten, Anaben und Mädchen gemeinsam zu unterrichten, erklärte der Bürgermeister, er würde nie zugeben, daß Anaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet würden.

Demnach meint man doch die gemeinschaftliche Erziehung der verschiedenen Geschlechter zu akzeptieren. Oder handelt man hier wieder, weil es höherer Schüler sind, nach dem Grundsatz: Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht daselbe?

Treptow-Baumschulweg.

Die Gemeindevorstellung hatte in ihrer Sitzung vom 30. Juni eine recht inhaltsreiche Tagesordnung zu erledigen. Zunächst wurde mitgeteilt, daß Gemeindevorstand Kommerzienrat Graep und Schöffe Ende ihre Ämter niedergelegt haben. Des ferneren ist die Frage einer Anleihe zur Offenlegung der Befestigung der dortigen Bedürfnisanstalt vom Gericht abgewiesen worden. — Der Antrag unserer Genossen auf Beteiligung an der Charlottenburger Petition an den Landtag auf Befestigung des Hausbesitzerprivilegs und der öffentlichen Einkünfte wurde bei den Gemeindevorstandern durch den Landtag als vorläufig erledigt erklärt, daß der Landtag inzwischen bereits darüber verhandelt hat und dabei den ersten Teil der Petition verworfen, den zweiten der Regierung zur Erwägung überwiesen hat. Zwischenruf unserer Vertreter deuteten an, daß die Sache damit noch nicht endgültig abgetan sei. Der Gemeindevorstand hatte übrigens bereits durch örtliche Erhebungen wertvolle Unterlagen für die Behandlung der Frage geschaffen. Zwei nicht sterben wollende Verhandlungsgegenstände sind die Satzungen der zu gründenden Hypothekenanstalt und der Bebauungsplan des Geländes am Heibelampweg, beide wurden wieder einmal nach den Wünschen der Aufständischen abgeändert. — Angenommen wurden in der Sitzung die Satzungen einer neu zu errichtenden Gemeinde Sparkasse. Während hierbei ein Wunsch unserer Genossen, der sich auf die Prüfung der Anlageverträge bezog, Zustimmung fand, wurde ein anderer Wunsch auf Befestigung der Sparprämien an Dienstboten bei Stimmgleichheit abgelehnt. — Mehr soziale Tiefstufung ließ eine andere Vorlage erkennen, die

600 M. zur Einrichtung von Ferienspielen für Schulkinder anforderte. Die Anregung dazu ist bereits früher von unseren Vertretern gegeben und wohl jetzt wieder erneuert worden, als Frauen der Kinderschuttkommission den Gemeindevorstand um einen kleinen Zuschuß für ihre bereits vorhandene Spielanrichtung angingen. Der jetzige Vorschlag zeigt allerdings die ganze Unbilligkeit des amtlichen Apparats: Während unsere Frauen die Spielwochentage bereits jetzt ohne jede Entschädigung und ohne nach der Herkunft der Kinder zu fragen, leiten und das erbetene Geld ausschließlich nur für einen Zmbih der Kinder verwenden, sollen von den 600 M. nur 100 M. für Lieferung von Milch und 500 M. zur Entschädigung der aufsichtführenden Lehrer (die Stunde mit 2 M.) dienen. Unsere Genossen kritisierten darum dies Verhältnis und wünschten weitgehende Heranziehung ehrenamtlicher Helferinnen. Der Gesamtbetrag wurde bewilligt und die Ausführung dem Gemeindevorstand überwiesen, da es sich zunächst um einen Versuch handeln soll. Geplant ist, im Berliner Ortsteil Montags, Donnerstags und Freitags, in Baumschulweg dagegen täglich 2-3 Stunden zu spielen. Entgegen diesem geringen Fortschritt kam das Unrecht gegen die Arbeiterklasse bald wieder zum Ausbruch, indem der bürgerlichen Jugendpflege gegen Gebühr Turnhallen zur Benutzung überlassen wurden, die bekanntlich den Arbeiterturnen entzogen sind. Unsere Genossen wandten sich vergeblich gegen die darin liegende Bevorzugung einer Gruppe. — Das Bestreben der Behörde, unangenehmen sozialen Erscheinungen durch Polizeiverordnungen beizukommen, führte zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Eine vorliegende Verordnung verbietet Personen unter 16 Jahren die Beteiligung und das Zuschauen bei öffentlichen Tanzveranstaltungen. Unsere Vertreter wandten sich dagegen, weil solche Bestimmungen trotz aller Versicherungen lokaler Handhabung den unteren Organen Gelegenheit zu allerhand Schikanierungen bieten, um so mehr, als diese Altersgrenze sehr schwer festzustellen sei. Die Polizeiverordnung fand jedoch eine Mehrheit. — Eine andere neue Verordnung richtete sich gegen den Verkauf von Speiseeis und kalter Getränke an Kinder unter 14 Jahren auf öffentlichen Wegen zu sofortigem Genuß. Auf Einspruch wurde das Verbot beschränkt auf Speiseeis, Bier und Limonaden; frei bleiben Selters, Mineralwasser, Milch und dergleichen. — Neu geregelt wurden dann noch die Polizeiverordnungen über das Halten von Hunden und die Reinigung der Trinkgefäße in Gastwirtschaften. — Der Schluß der öffentlichen Sitzung brachte noch eine ganz andere Bedeutung wenig erbaulicher Vorgänge bei der verhaltenen Einweihungsfeier zum Gymnasium, über die in bürgerlichen Kreisen allenthalben getuschelt wird. Der Bürgermeister erklärte eine diesbezügliche sozialdemokratische Anfrage in geschlossener Sitzung beantworten zu wollen!

Ober-Schöneweide.

Gemeindevorstellung. In der letzten Sitzung teilte der Bürgermeister mit, daß die Petition des Gemeindevorstandes wegen Aenderung des Stationsnamens Niederschöneweide-Johannisthal in Ober-Niederschöneweide-Johannisthal vom Abgeordnetenhaus der zuständigen Kommission als Material überwiesen ist. Bei der Ausschreibung der Malerarbeiten an den Einrichtungsarbeiten der beiden Hochklassen für die 5. Gemeindefälle kam wieder eine treffliche Submissionsblüte zum Vorschein. Die Angebote schwankten zwischen 927 und 4037 M. Drei davon lauteten über 1200 M. Die Baukommission empfahl der Gemeindevorstellung, nicht dem Mindestfordernden, sondern dem Malermeister Bähmert zu einem Angebotspreis von 1270 M. die Arbeit zu übertragen. Mit der Herstellung der Befestigungsarbeiten des neuen Schulhofs wurde der Steinmetzmeister Scheibel zum Angebotspreis von 11079 M. beauftragt. Bei diesem Schulhof soll ein für unsere Gemeinde neues Verfahren, das der Oberflächenterrierung, zur Anwendung kommen. Ebenso wie Verträge mit Schul- und Zahnarzt abgeschlossen sind, wird nunmehr auch ein solcher mit dem Augenarzt Dr. Koch vollzogen werden. Der Arzt erhält für eine zweimalige Untersuchung der Schulkinder eine jährliche Entschädigung von 800 M. Ferner erhält er jährlich 400 M. zur Unterhaltung einer Poliklinik zu dem Zweck, die notwendige augenärztliche Behandlung der Schulkinder unentgeltlich Eltern, sowie auch unentgeltlich Erwachsenen kostenlos zu übernehmen. — Auch der Jahresabschluss ist für die Gemeinde kein ungünstiger. Es ist ein rechnermäßiger Ueberschuß von 127 000 M. erzielt worden. Nach Abzug von 28 000 M. Neberetrag aus den Kanalisationsgebühren, verbleiben der Gemeinde 99 000 M. zur freien Verfügung. Nachdem die Wahl einer Kommission zur Errichtung einer Gemeindefälle für zweite Hypotheken sowie die Wahl des beizuliehenden Schöffen, gewählt wurde der jetzige Bürgermeister von Ndar a. d. Rede, Herr Dr. Selge, vollzogen waren, trat die Gemeindevorstellung in eine geheime Sitzung ein.

Spandau.

Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte in ihrer letzten Sitzung vor den Ferien zunächst 7000 M. für die Herstellung einer Haltestelle der Pöhlbahn an der Widernstraße in Hakenfelde. Die Haltestelle soll besonders der Waldsiedlung zugute kommen. Als erste Rate zur Befestigung von Gaszählern wurden 15 000 M. aus dem Gaszähler-Reservefonds bewilligt. Für die Errichtung einer Wäscherei, sowie für die Einrichtung der Apotheke und des Konjunkturlaboratoriums im südlichen Krankenhaus wurde 111 000 M. verlangt. Nach kurzer Debatte, in der Gen. Viel betonte, daß die Stadt durch die Errichtung einer eigenen Apotheke jährlich 12 000 M. spare und auch die Wäscherei sich sehr gut rentieren werde, wurde die Vorlage angenommen. Die Mittel für diese Einrichtungen einschließlich einer schon früher bewilligten Kesselanlage sollen durch eine Anleihe von 181 000 M. beschafft werden. Die Festlegung der Nachhilfe für die nördliche Seite der Schmidt-Knobelsdorffstraße, die in voriger Sitzung zurückgestellt wurde, fand nach kurzer Debatte die Zustimmung der Versammlung. Die Vorlage über die Durchführung der Straßendehnung durch die Siemensstadt bis zum Verwaltungsgelände und zu den Verträgen zwischen Zwerdverband und den Siemenswerken sowie der Großen Berliner Straßenbahn rief eine lange Debatte hervor. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß Spandau durch seine große Vertrauenslosigkeit ordentlich über das Ohr gehauen worden ist. Die Vorlage war schon deshalb original, weil die „Große Berliner“ schon vier Wochen den Stadtteil Siemensstadt durchfährt und jetzt erst die Genehmigung bekommen soll. Der Referent Stadtb. Rund betonte, daß die großen Hoffnungen auf Einführung eines Gemeindefallesbetriebs bis Bahnhof Jungfernhöhe und die Einrichtung eines Umfahrgeländes zwischen Markt und Jungfernhöhe zu Wasser geworden seien. Die Stadtverordneten haben sich früher dadurch betören lassen, da immer die Meinung verbreitet war, die Firma Siemens bewirke ein besonderes Untergangkommen der Gemeinde, dem Verträge mit der Firma vorzeitig in Prinzip zugestimmt. Jetzt müsse die Stadt mit dem geringen Zuschuß der Firma Siemens zufrieden sein, einen jährlichen Zuschuß zu dem Betriebe der Konnenbahn in Höhe von 5000 M. zu zahlen und den Strompreis von 12 auf 10 Pf. für die Kilowattstunden herabzusetzen. In der weiteren Debatte wurde noch ausgeführt, daß Spandau an das Kreisstromnetz nur 6,5 Pf. für die Kilowattstunden bezahle. Selbst der Zwerdverband konnte gegen die Große Berliner Straßenbahn nicht aufstehen und lebte daher die Spandauer Anträge auf Einführung des Gemeindefallesbetriebs glatt ab. Kolgedrungen stimmten die Stadtverordneten hierauf beiden Verträgen nachträglich zu. Stillschweigend wurde einem Aufschubantrag zugestimmt, den Magistrat zu ersuchen, dem sozialdemokratischen Frauenverein eine Beihilfe von 300 M. zu den Kinderferienspielen zu gewähren, unter der Voraussetzung,

daß keine politischen Ziele verfolgt werden dürfen. In der getauenen Sitzung bestätigte Bürgermeister Wolf in einer abgegebenen Erklärung die seit einigen Tagen in der Stadt kursierenden Gerüchte, daß von einem höheren Beamten der Gasanstalt Unterabteilungen in Höhe von 1500 M. bezogen worden sind. Als Milderungsgrund führte der Bürgermeister an, daß der Beamte eine Familie von sieben Kindern habe, in letzter Zeit schwer nervenleidend gewesen sei. Eine Untersuchung darüber ist sofort eingeleitet worden.

Notawes.

Gemeindevorstellung. Die hiesige Ortsgruppe des Vaterländischen Frauenvereins hatte den Antrag gestellt, ihr zur Förderung ihrer gemeinnützigen Bestrebungen, besonders auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge, einen Beitrag zu bewilligen. Da eine Beratung des Antrages nicht möglich war, wurde derselbe für die nächste Sitzung zurückgestellt. Eine längere Debatte veranlaßte der Punkt „Aenderung der Straßenpolizeiverordnung“, und zwar beim § 8, der das Ausschlagen und Aufstellen von Verkaufsstellen und anderen Gegenständen vor Gebäuden, Türen, Fenstern, Umwehungen usw. an der Straße untersagt, während er die Anbringung von Schaukästen, Ausschlageshilfen, Markisen, Arnen und anderen in die Straße hineinragenden Gegenständen nur mit polizeilicher Genehmigung zuläßt. Gemeindevorsteher Böhm bezeichnete es als eine Ungerechtigkeit, das in vielen anderen Landgemeinden und Städten übliche Aufstellen von Verkaufsgegenständen vor dem Laden hiesigen Handel- und Gewerbetreibenden zu verbieten und ihnen dadurch eine wirksame Maßnahme zu vereiteln. Der Bürgermeister erwiderte, daß die angeführte Bestimmung lediglich dazu dienen solle, die Bürgersteige für den Verkehr freizuhalten; es sei mehrfach die Beobachtung gemacht worden, daß einige Geschäftsleute ihre Waren rücksichtslos bis an den Fahrdamm aufstellten und so die Passage behinderten. Ausnahmen würde er auf Ansuchen auch in Zukunft gewähren, so daß eine rigorose Durchführung der Bestimmung nicht zu befürchten sei. Die Gemeindevorsteher Rathen, Meiß und Ruh sprachen sich jedoch gleichfalls gegen ein prinzipielles Verbot aus und wünschten daher Aufhebung desselben. Gemeindevorsteher Reun gab der Meinung Ausdruck, daß die in Aussicht gestellte Gewährung von Ausnahmen den § 8 zu einem Nautschparagrafen stempeln würde, dessen Auslegung durch die unteren Polizeiorgane zu Schikanierungen der Geschäftsleute führen und somit öfter Anlaß zur Unzufriedenheit geben könnte. Genosse Reumann erklärte, daß er mit der Fassung des Paragraphen zufrieden wäre, wenn aus hygienischen Gründen das Aufstellen von Waren verboten würde; das sei jedoch nicht der Fall, und er halte deshalb die Aufhebung des Verbots für geboten. Ausnahmen in das Ermessen des Bürgermeisters zu stellen, sei nicht angängig, da dann die Geschäftsleute ständig im Zweifel wären, was eigentlich erlaubt oder nicht erlaubt ist. Sein Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage zwecks Aenderung des § 8 wurde schließlich angenommen. — Auf dem Friedhof an der Goethestraße soll ein Urnenhain zur Beilegung der Aschentreue geschaffen werden, und zwar wird einzuweisen ein Teil der Anlage ausgeführt, unter Berücksichtigung der Möglichkeit einer späteren Erweiterung. Es sind Reihenstellen und Rand- oder Parkstellen vorgesehen, mit einem in der Mitte anzulegenden Teich, dessen abfließende Wasser in Becken aufgefangen und zum Begießen der Gräber benutzt werden sollen. Um der Anlage den Charakter eines Urnenhains zu wahren, wird auf die Schonung des vorhandenen Baumbestandes besonders Bedacht genommen. Auch auf dem Friedhof an der Großbeerenstraße soll später eine derartige Anlage entstehen, weshalb für die notwendigen Aufplantungen betzzeiten gesorgt werden wird. Da das vorgelegte Projekt allseitige Zustimmung fand, wurden für die Bewässerungsanlage des Urnenhains an der Goethestraße 430 M., von denen 75 M. für die Anlage von Schöpfstellen auf dem Friedhof an der Großbeerenstraße Verwendung finden sollen, sowie weitere 400 M. für die Einrichtung eines Teiles des Urnenhains und für die Pflanzung bewilligt. — Bei Festlegung der Gebühren für Beilegung von Aschentreuen wurde nach längerer Debatte auf Vorschlag des Gemeindevorstehers Rathen beschloffen, Rand- oder Parkstellen nur bis zu einer Größe von 3 Quadratmeter abzugeben, während über die Abgabe größerer Beilegungsstellen die Gemeindevorstellung von Fall zu Fall entscheiden soll. Der Preis pro Quadratmeter bis zu 3 Quadratmeter soll 30 M. betragen. Auf eine Anfrage des Gemeindevorstehers Philipp, ob nicht die Gemeinde an den Bau eines eigenen Krematoriums denken wolle, da die Stadt Potsdam allem Anschein nach den gleichen Plan wieder hat fallen lassen, erwiderte der Bürgermeister, daß die Stadt Potsdam sich seinerzeit mit der Gemeinde in Verbindung gesetzt und ihr die Verbrennung der Leichen zu denselben Bedingungen, wie sie für die Stadt selbst gelten sollten, zugesichert habe. Solange daher keine amtliche Benachrichtigung seitens der Stadt über die Aufgabe ihres Projekts vorliege, könne er irgend eine Beschlußfassung der Gemeindevorstellung nicht empfehlen. — Zur Unterstützung der von hiesigen wirtschaftlichen Vereinen in verschiedenen Zeitungen betriebenen Ortspropaganda wurden auf Ansuchen 200 M. bewilligt. Für die von der Gemeindevorstellung selbst betriebene Ortskassette sind im neuen Etat bereits 300 M. angelegt, der betreffende Etatstitel erhöht sich also durch die bewilligte Summe auf 500 M.

Zernsdorf.

Der Gesangsverein „Freie Sänger“ veranstaltet am Sonntag, den 5. Juli, sein 11. Stiftungsfest. Da sich der Verein zu allen Veranstaltungen zur Verfügung stellt, so ersuchen wir um lebhafteste Beteiligung.

Jugendveranstaltungen.

Tempelhof-Mariedorf. Sonntag, den 5. Juli: Badepartie nach Friedrichshagen. Treffpunkt für Mariedorf 6 Uhr Kanalbrücke; für Tempelhof 7,7 Uhr Ringbahnhof. Federböcke, Prosalent und Kocher mitbringen! In allen Wochenlagen (außer Sonnabends) finden abends 8 Uhr im Freien an den Schängelbergen (östlich Burggrafenstraße) Ball.

Gerichtszeitung.

Eine feste Handelsstätte.

Vom Landgericht Berlin III (Strafkammer 4 unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ehreda) forderte gestern ein Metallarbeiter Karl Reumann Nachprüfung eines Schöffengerichtsurteils, das ihn 10 M. Geldstrafe auferlegte, weil er mit einem Ostwagen eine feste Handelsstätte eingenommen habe, trotz Aufforderung eines Schuhmannes nicht weitergefahren sei und bei der Sistierung durch Skandalieren einen Aufschub erregt haben sollte. Er selber war nicht Eigentümer des Wagens und der Ware, sondern nur der von der Händlerin angenommene Kutscher und Gehilfe, und er hatte damals auch nicht verkauft, sondern nur den Wagen beaufsichtigt, während die Händlerin ihr Einkellend wegbraute. Schuhmann Köppen, der dem Reumann die Anzeige besorgt hatte, sagte vor Gericht aus, er habe Reumann 20 Minuten hindurch an derselben Stelle halten sehen. Davon, daß Reumann auch verkauft hätte, wußte Köppen nichts. Die Händlerin, eine Frau Wollenberg, bezeugte, Reumann habe gar nicht verkaufen sollen und auch nicht verkaufen können, weil sie ihm kein Wechselgeld zurückgelassen hätte. Das Urteil lautete: Die Berufung des Angeklagten wird verworfen, es bleibt bei 10 Mark Geldstrafe. Das Gericht nahm an, daß Reumann „eine erste Handelsstätte“ einge-

nommen habe. Wenn er auch nicht verkauft habe, so hätte er doch — und zwar auch ohne Wechselgeld — verkaufen können. Das sei auch seine Absicht gewesen, wie seine dem Schuhmann gegebene Antwort: „Wo soll ich denn hingehen, um zu handeln!“ erkennen lasse. Die Händlerin habe ihm nicht ausdrücklich verboten, eventuell zu verkaufen, und „selbstverständlich“ würde er, wenn ein Käufer gekommen wäre, auch verkauft haben.

Das lästige Flugblatt.

Beim Bäderstreik in den Betrieben von Eduard Goldader und Hanke u. Co. wurden vor den Geschäften der bestreikten Firmen informierende Zettel verteilt. Das war lästig für die Inhaber dieser Firmen, doch sie konnten nichts dagegen tun. Ein paar Polizisten sahen aber einen anderen Grund, die Zettelverteiler von der Straße zu weisen. Sie fanden, die Zettel seien lästig auch dadurch, daß viele Passanten sie wegwarfen und so die Straße verunreinigten. Ein Zettelverteiler Otto Grünberg, der in der Schönhauser Allee die Aufforderung eines Schuhmannes, weiterzugehen und seine Zettel in einer anderen Straße zu verteilen, nicht befolgt hatte, mußte sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte (Abteilung 142 unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Koh) verantworten.

Grünberg hatte wegen Uebertretung der Straßenordnung einen Strafbefehl von 3 Mk. erhalten und forderte nun richterliche Entscheidung, weil er meinte, daß er, der als Zettelverteiler einen polizeilichen Erlaubnischein hatte, die gegen Entgelt übernommene Verpflichtung des Zettelverteilers an der ihm von seinem Auftraggeber benannten Stelle ausführen mußte. Ein Schuhmann beklagte, er habe den Zettelverteiler auf die zunehmende Verunreinigung der Straße aufmerksam gemacht und ihn aus diesem Grunde aufgefordert, anderswo zu verteilen. Grünberg aber habe an derselben Stelle weiter verteilt und auch ausdrücklich erklärt, daß er hier weiter verteilen werde. Eine Frage des Verteidigers Rechtsanwalt Karl Liebnecht, ob die Anweisung, gegen diesen Zettelverteiler einzuschreiten, vielleicht auf den unerwünschten Inhalt der Zettel zurückzuführen sei, wurde von dem Beamten verneint. Der Amtsanwalt hielt den Zettelverteiler für verpflichtet, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, nämlich in dem vorliegenden Fall für Sauberhaltung der Straße an ihn ergangene Weisung eines Schuhmannes zu befolgen. Die Nichtbefolgung sei mit 3 Mark Geldstrafe zu sühnen. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung. Er bestritt, daß der Zettelverteiler für die den Passanten zur Last zu legende Umherstreueung der Zettel verantwortlich sei. Der dem Verteiler gegebene Erlaubnischein habe ja keinen Sinn, wenn man aus solchen Gründen die Ausführung seines Auftrages vereiteln könne. Der Zettelverteiler sei durchaus berechtigt gewesen, an der ihm zugewiesenen Stelle weiter zu verteilen. Das Urteil lautete auf 3 Mark Geldstrafe. Grünberg sei zum Zettelverteilen an sich berechtigt gewesen, aber der Schuhmann habe die Verunreinigung der Straße nicht dulden dürfen. Der Aufforderung des Schuhmannes, die dem Gericht als durchaus rechtmäßig galt, habe der Zettelverteiler Folge leisten müssen.

In dem **Dionysprozess** vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts wurde der 18jährige Chemiker Jean François Hauße aus Jarville bei Nancy wegen versuchten Verbrechens gegen § 3 des alten Spionagegesetzes zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Drei Monate der erlittenen Untersuchungshaft wurden in Anrechnung gebracht. Aus der Urteilsbegründung geht nach dem offiziellen Bericht — die Öffentlichkeit war ausgeschlossen — hervor, daß der Angeklagte sich als Agent für das französische Spionagebureau hatte anwerben lassen und den Versuch gemacht hatte, einem deutschen Offizier geheim zu haltende Gegenstände zu stehlen, wobei er den Offizier durch ein Getränk zu betäuben versuchte, um zu seinem Ziel zu gelangen. Das Gericht glaubte ihm mildernde Umstände nicht zubilligen zu können. Nur sein jugendliches Alter habe ihn vor dem Zuchthaus bewahrt.

Aus aller Welt.

Wie ist die Zeitung so interessant. . .

Noch immer umkreisen die Schmöds wie Kasgeier die Nordhäute von Sarajewo. Immer neue Kapitel des Schauerromans werden für die sensationslüsterne Lesermwelt in die Heimat telegraphiert. Ein Schnäffler der „Adriatischen Zeitung“ ist sogar bis an die verwesenden Leichen vorgeedrungen, und das sogenannte Weltblatt feht nur am Freitagmorgen den liberalen Spiegelbürgern folgende Schilderung zum Frühstück vor:

Von einer Einbalsamierung kann nicht gesprochen werden; es wurde eine Konservierung mittels einer kräftigen antiseptischen Lösung, die den Fäulnisprozess hintanhält, vorgenommen. Hierzu werden meist Sublimatalkohol und Glycerin-

formalin verwendet; wir verwandten letzteres. Die Leichen wurden auf aus der Klosette beschaffte Mannschafstische gelegt und der Boden rings herum mit Sägespänen belegt, in denen wir standen. Hierauf wurden die Bauchhöhlen geöffnet, die Eingeweide und der Blutgefäßweg mit gelöstem Kochsalz ausgespült und mit Glycerinformalin gefüllt. . .

Und so weiter. Eine widerliche Gesellschaft, diese Schmöds.

Zigeunerschlacht.

In dem Dorfe Lieggarden bei Neckerminde spielte sich Donnerstagabend eine blutige Zigeunerschlacht ab. Zwei Zigeunersfamilien lebten seit längerer Zeit wegen eines Mädchens in Streit. Jetzt kam es zu einem Kampfe, bei dem dreißig bis vierzig Schüsse gewechselt wurden. Von den Zigeunern wurden zwei schwer verwundet; einer erhielt nicht weniger als fünf Schüsse. Ein anderer Zigeuner und eine Zigeunerin wurden leichter verletzt. Eine Unbeteiligte, eine 22 Jahre alte Frau Berger aus Berlin, die bei ihren Eltern zu Besuch weilte, wurde auf deren Grundstück von einer verirrten Kugel so schwer in den Unterleib getroffen, daß sie sofort nach Greifswald in die Klinik geschafft werden mußte. Die Zigeuner sind geflüchtet.

Ein Drama im Gerichtsgebäude.

Am Donnerstag wurde in Königsberg i. Pr. der Arbeiter Paul Fischer wegen einer Anzahl Einbruchsdiebstähle zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Als der an beiden Händen gefesselte Angeklagte durch einen Schuhmann abgeführt wurde, rief er sich los und schwang sich aus etwa 4 Stock Höhe über das Treppengeländer. Mit einem furchtbaren Aufschrei schlug Fischer auf den untersten Korridor auf. Er wurde schwer verletzt und dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Prachtvolles Juristendeutsch.

In einer ostpreussischen Gerichtsschreibererei ist folgende Klage angefertigt worden:

Heinrichswalde, den 5. 2. 14.

Klage des Besitzers A. S. 1. in I.

gegen

den Besitzer D. R. in 2.

Streitwert fünf Mark.

Der Beklagte hat im Sommer bei meinem Eber drei Säue gedeckt; hierfür beanspruche ich a 2 M. = 6 M. Eine Mark habe ich erhalten; mithin verschuldet mir derselbe (also der Eber!) nur noch fünf Mark.

Beweis: Eid, bezw. Eideszuschiebung.

Der Beklagte wird also der widernatürlichen Unzucht beschuldigt, und dem Eber wird nachgelagt, daß er dem Kläger fünf Mark schulde. Wirklich, ein prächtiges Deutsch. Und da wird den Leuten immer von den Behörden gelagt, sie sollten ihre Klagen nur nicht von Arbeitern und Parteisekretären anfertigen lassen, denn die Gerichtsschreiberereien wären darin viel kundiger. . .

Unwetter in Frankreich.

Aus Bourges wird gemeldet: Donnerstagabend ging über Bourges und Umgegend ein heftiges Gewitter nieder und verursachte eine wahre Katastrophe. Der Blitz schlug in ein Zelt ein, in dem sich zehn Soldaten und zwei Korporale des 85. Linienregiments befanden. Das Regiment hielt dort Scharschießübungen ab. Ein Korporal wurde getötet und vier Soldaten schwer verletzt, während alle übrigen mit leichten Verletzungen davonkamen. — Auch aus St. Niziel wird ein schweres Gewitter gemeldet. Dort wurde eine Schildwache des Forts von St. Niziel vom 168. Infanterieregiment vom Blitz erschlagen.

Kleine Notizen.

Opfer des Berufes. Die drei Arbeiter, die am Mittwoch bei dem Brande im Versuchslaboratorium der Leipziger Farbenfabrik Berger und Birck schwere Brandwunden erlitten hatten, sind im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen.

Todesstürze mit dem Flugzeuge. Der Fliegerkorporal Mirat unternahm am Freitag einen Flug mit seinem Begleiter, dem Korporal Godefroy. In 250 Meter Höhe stürzte das Flugzeug ab. Godefroy war auf der Stelle tot; Mirat erlag auch bald seinen Verletzungen. — Der holländische Militärflieger Leutnant Spandaw ist Donnerstagabend auf dem Flugplatz Soesterberg aus 50 Meter Höhe abstürzt. Freitag früh ist er seinen Verletzungen erlegen.

Folgeschwere Dynamitexplosion. Ein schrecklicher Unfall hat sich in Marseille zugetragen. Arbeiter standen im Begriff, eine Mine zu legen, um ein altes Haus zu sprengen, als eine Riste mit zehn Kilogramm Dynamit rechtzeitig explodierte. Der Werkmeister und zwei Arbeiter wurden auf der Stelle getötet. Alle drei Leichen wurden furchtbar verstümmelt.

Die Arbeiter sterben. Wie aus Nantes gemeldet wird, kamen zwei Arbeiter der dortigen Eisengießerei Trignac auf furchtbare Weise ums Leben. Sie hatten in einer Hütte den Abfluß der geschmolzenen Metallmassen zu überwachen, als die Hütte plötzlich Feuer fing. Um dem Verbrennungstode zu entgehen, verfielen sie durch die glühende Metallmasse zu waten, erlitten jedoch dabei so furchtbare Verletzungen, daß sie bald darauf starben.

Veranstaltungen.

Stralau. Die organisierten Frauen von Stralau veranstalten Sonntag, den 5. Juli, einen Familienausflug nach Sabota, Waldhänke. Treffpunkt vormittags 9 Uhr am Bahnhof Stralau-Kummelsburg. Gäste sind willkommen.

Zweiter Wahlkreis. Im Monat Juli fallen die Leichenfeierlichkeiten aus. Statt dessen veranstalten die Genossinnen: Lesabend Friedrichstadt: Dienstag, den 7. Juli, Kaffeeladen von nachm. 1 Uhr an in Treptow, 2. Herrhäusern. — Lesabend Westen: Donnerstag, den 9. Juli, Damenversammlung nach Woltersdorfer Schleie. Abfahrt 9 Uhr Rannowbrücke, Reederlei Nobiliting, Treffpunkt 8¹/₂ Uhr pünktlich an der Kasse. — Lesabend Süden: Dienstag, den 14. Juli, Ausflug nach Krampenburg. Abfahrt 8 Uhr 30 Min. vorm. vom Götlicher Bahnhof nach Grünau. Dort Lederfahrt nach Schmettersingst. Rast bis 11 Uhr. Dann Wanderung nach Krampenburg. — Lesabend Südwesten: Dienstag, den 28. Juli, von vorm. 10 Uhr an auf dem Fichteturmplat.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl — wochentäglich von 4¹/₂ bis 7¹/₂ Uhr abends, Sonnabends, von 4¹/₂ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Quittungs- und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Beifügliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Monumentsanstellung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

2. 46. Beantragen Sie bei der Landesversicherungsanstalt die Ausstellung eines Duplikats, außerdem das Heilverfahren. — G. 25. Monieren Sie bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission. — W. 11. 85. Die Scheidungsklage erscheint durchführbar, wenn Sie Ihre Behauptungen beweisen können. Der Klage muß ein Sühnetermin beim Amtsgericht Berlin-Mitte vorangehen. Zur Erhebung der Klage ist ein Anwalt erforderlich. Die Höhe der Kosten richtet sich nach der Höhe des Objekts, das vom Gericht festgesetzt wird. Das Urteil wird einen Monat nach Zustellung rechtskräftig. — G. 6. 72. 1. Nur dann nicht, wenn Sie durch Sachverständigenurteilen beweisen können, daß wesentliche Mängel vorhanden sind, andernfalls ja. 2. Falls Sie verpflichtet sind, die Sägen zu behalten, kann der Kaufpreis sofort in voller Höhe verlangt werden. — D. 2. 25. Nicht zu beantragen, da die Höhe Ihres Verdienstes und der Umfang Ihrer Unterhaltspflicht nicht angegeben ist. — D. 6. 22. 1. bis 4. Ihre Frau ist nicht versicherungspflichtig. Die Anmeldung durch Sie ist deswegen auch nicht zulässig. Ihre Frau ist aber berechtigt, der Allgemeinen Ortskrankenkasse selber beizutreten, sofern Sie nicht mehr als 2 Arbeiter beschäftigt. 5. In zwei Jahren, die jetzt beginnend mit Ende des Kalenderjahres, in dem die Forderung entstanden ist. — G. 1. Wir stellen anheim, sich mit einem Anwalt in Ostrode bezugsnehmende Altesbesten in Verbindung zu setzen, da hier die in Frage kommenden gültigen Bestimmungen nicht bekannt sind. — Hornig-Neudösch. Darüber bestehen gesetzliche Vorschriften nicht. — D. 6. 3a. — R. 2. 25. 1. Es empfiehlt sich ein Besuch an den Fiskus um Sonderunterstützung, eventuell ein Antrag an die Armenverwaltung. 2. Ja, in Höhe von etwa 5 Mark monatlich. 3. Nein. — Pflegekind. 30. 1. 30 bis 35 Mark. 2. Ja, nicht direkt vom Erzeuger, sondern vom Vormund. — R. 2. 100. B. 1. und 2. Ja, sofern Getreideanteil eine Folge der Dienstbeschäftigung ist. 3. 45 Mark monatlich. — G. 2. 100. 1. und 2. Ja. 2. § 63 Absatz 2 Handelsgesetzbuch. § 133c, letzter Absatz der Gewerbeordnung. — Richterberg. 1. Ja. 2. Mindestens 20 innerhalb zwei Jahren. 3. Die Unternehmung muß in mindestens Hochmaßständen erfolgen. — W. 2. 30. Etwa 25 Mark sind zu belassen. Die Frau kann für den Fall der Fälligkeit intervenieren. — R. 2. 25. Richten Sie ein Verbot an die Landesversicherungsanstalt. — H. 7. 25. 1. u. 4. Klage auf Herausgabe. 2. u. 3. Ja. — W. 38. 1. Ja, bis zum fünfzehnten mit Wirkung zum darauffolgenden Erlöse. 2. Nein. — R. 150. 1. Verlagsvertrag zwischen 10 und 6 Uhr, falls im Verlagsvertrag nichts anderes bestimmt ist. 2. Ja. — G. 1. u. b. u. c. Der Verleger wäre verantwortlich, falls ein zum Erlöse verpflichtendes Verzeichnis vorliegt. UnTERS Erachtens ist dies jedoch nicht der Fall. — W. 2. 50. Die Bestimmungen der Satzungen sind maßgebend. — P. 8. 9. Nein.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 2.7.	seit 1.7.	Wasserstand	am 2.7.	seit 1.7.
	cm	cm ²)		cm	cm ²)
Memel, Mühl	93	+5	Saalt, Großh.	90	-12
Regel, Inherburg	47	-5	Qabel, Spandau ²⁾	40	-0
Beißel, Thon	216	+14	Haldenow ²⁾	30	-3
Ober, Ratibor	92	-3	Spree, Spremberg ²⁾	80	+2
„ Kroyfen	70	-3	„ Beestow ²⁾	69	0
„ Frankfurt	78	-5	„ Wenden	149	-21
Wartbe, Schrum	-28	-2	„ Rindan	246	-2
„ Landsberg	-30	+1	„ Rixmüllersan	596	-4
Rege, Verbanau	-34	+2	„ Raub	319	-10
Gib, Leitmeritz	-48	-8	„ Rön	325	-14
„ Dresden	-161	-9	Redar, Heilbronn	110	-5
„ Barby	108	-9	Rain, Qanau	142	-14
„ Radeburg	99	-2	Rojel, Trier	65	-7

) + bedeutet Hoch, — Fall. — 2) Unterpegel.

Des starken Andranges wegen bitten wir, möglichst die **Vormittagstunden** zum Einkauf zu benutzen.

Saison-Ausverkauf

Sensationell niedrige Preise, zum Teil

unter der Hälfte des früheren Verkaufswertes

Kleiderstoffe

Waschstoffe

Seidenstoffe

Blusen

Röcke

Kleider

Kostüme

Jupons

Kinderkleider

Schuhwaren

Herren-Anzüge

Knaben-Anzüge

Putz

Strumpfwaren

Trikotagen

und andere Saison-Artikel.

H. Joseph & Co. Neukölln,

Berliner Straße 54-55.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. A. Bahnsch. Adress 174.
 O. Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Koppenstraße 82.
 R. Döngels, Warthe 36.
 NO. S. Zucht, Jannaschstraße 12. A. Real, Barnimstr. 42.
 N. H. Wolgast, Ballhofstr. 9. G. Fischer, Ballhofstr. 6.
 Karl Mars, Greifenhagenstr. 22. J. Gouffé, Wollfstr. 31a.
 G. Vogel, Heringsstr. 27. H. Ties, Invalidenstr. 124.
 NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagenstr. 43.
 SW. G. Schmidt, Körwalle 12. Tschu, Vogelberger Str. 27.
 S. St. Fritz, Pringelstr. 31. G. Schmann, Kottbuser Damm 8.
 SO. Paul Böhm, Lantierstr. 14/15. P. Gorch, Ungelerstr. 15.
 Adlershof. Karl Schwarzkopf, Bismarckstr. 28.
 Baumshulenev. G. Hornig, Varienbaler Str. 13, I.
 Borsigwalde. Paul Kienak, Mühlstr. 10.
 Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Seidenbinder Str. 1.
 Friedrichshagen. Ernst Werthmann, Köpenicker Str. 18.
 Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
 Johannisthal. Max Gouffé, Warthe 6.
 Karlshorst. Richard Küter, Köpenicker Str. 9, II.
 Köpenick. Emil Wähler, Köpenicker Str. 6, Laden.
 Lichtenberg. Otto Seiffel, Gartenbergstr. 1.
 Nieder-Schöneweide. Will. Hurnb. Brüdenstr. 10.
 Nowawes. Wilhelm Jappe, Lutherstr. 2.
 Ober-Schöneweide. Alfred Baber, Wilhelmshagenstr. 17, Laden.
 Pankow. Otto Rihmann, Mühlstr. 30.
 Reinickendorf. P. Gorch, Pringelstr. 56, Laden.
 Neukölln. W. Geurich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
 C. Rohr, Steglitzerstr. 28/29.
 Rummelsburg. A. Steintraub, Alt-Borghagen 56.
 Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
 Spandau. Köppen, Breiterstr. 64.
 Steglitz. G. Bernice, Wollfstr. 5.
 Tempelhof. Joh. Krohn, Büchsenstr. 62.
 Treptow. Robert Gramenz, Rieboldstr. 412, Laden.
 Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schillert, Berliner Allee 253.
 Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.

Spezialhaus für Photographie.

Paul Loewe jetzt **Dresdener Str. 124**
 zwischen Kottbuser Tor u. Oranienplatz.
 Großes Lager in Apparaten u. Bedarfsartikeln.
Löwen-Trocken-Platten
 4/6 6/9 8/12 10/15 12/16 14/18 18/24
 (Blau-Etikett) 0.30 0.45 0.65 1.00 1.65 2.00 3.50 M.
 (Rot-Etikett) 0.45 0.80 1.50 2.40 2.50 2.85 5.00 M.
 Die Marke Rot-Etikett ist auch 1. farbenempfindlich.
 2. lichtstark, 3. farbenempfindlich, lichtstark zu gleichen
 Preisen zu haben.
10 Celloidin-Postkarten **25 Pf.** Tel. Mpl. 10045.
 Verlangen Sie die neue Preisliste 1911.



ZUR REISE!



Touristen - Anzüge
 aus grünem Loden, Falten-
 joppe und kurze Hose
15-18-22-25
27-29-34

Falten - Joppen
 grüner Loden
4⁵⁰-6⁵⁰-8⁵⁰-12

Loden-Pelerinen
9-12-14-16
18-21-24-29

Gummi - Mäntel
21-24-25⁵⁰
27-29-34
36-38-40-50

Bozener Mäntel
 von 16 Mark an

Anfertigung nach Mass
 innerhalb 24 Stunden!

M. Schulmeister
Herren- und Knaben-Konfektionshaus
 Berlin SO 26, Dresdener Str. 4
 Kottbuser Tor
 Sonntags-Verkauf nur von 8-10 Uhr

Klopfe mit Luft!
Teppich-Reinigung
 und sämtliche Nebenarbeiten*)
Staeher & Co.
 Berlin S 42, Gitschiner Straße 80
 Fernspr.: Amt Moritzplatz 216 u. 225.
 *) Aufbewahrung. - Entmottung von Polster-
 möbeln. - Chemische Reinigung. - Kunst-
 stopferei. - Bettfedern-Reinigung.
 Vacuum-Entstaubung mit fahrbaren Apparaten.
Klopfe mit Luft!

H. & P. Uder, Berlin SO. 16.
 Engel-Ufer 5.
Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.
 Zigarren - Zigaretten - Rauchtabelle.
 Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen.
 Alleinverkauf der Fabrikate der Firma
F. J. Burrus St. Kreuz
 Größte deutsche Rauchtabellefabrikation.
 Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabelle.
 Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.

Max Klem's Sommertheater
 Al.: Ad. Schmidt Calenbeide 13/15
 Täglich:
 Große Theater- und Spezialitäten-
 Vorstellung auf 2 Bühnen.
 Jede Woche neues Programm.
 Anf. d. Sonz. 4 1/2 Uhr, d. Vorz. 6 1/2 Uhr.

Heines Werke
 3 Bände 4 Mark
 Buchhandlung Vorwärts

Rapp's Festsäle
 Dennewitzstraße 13
 städtischen Kurfürsten- u. Bölowstraße.
Der gemütlichste Ballsaal
des Westens!
 Jeden Sonnabend, Sonn- u. Gr. Ball.
 tag und Donnerstag:
 Treffpunkt der Sportgenossen!
 Säle zu Vereinstreffen und Versammlungen.

VORWÄRTS BIBLIOTHEK
Der Gotteslästerer
 Roman aus dem Leben der
 erzgebirgischen Waldarbeiter
 .. **Bon M. Ger** ..
:: Preis gut gebunden 1 Mark ::
 Zu beziehen durch die
 Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69

Bootswerft Paul Steinhock, Friedrichshagen, Friedrichstr. 5
 empfiehlt sich den meisten Arbeitersportgenossen zum Bau von modernen
 Segel- und Ruderbooten sowie Motorbooten jeder Art und eignet
 und gelieferten Zeichnungen. - Gebrauchte Boote stehen zum Verkauf.

Zöpfe 850
 a laugem
 Haar, en-
 70cm lang,
 nur
Doppelzopf „Edith“ 60 cm lang nur 5.- M.
Doppelzopf ohne Kopf, 110 cm lg., nur 12.- M.
 Verführung ohne Kaufzwang. - Weibl. Bedien.
 5% vergütet bei Vorzög. dieser Anzeige.
Haarhaus Richard Laub,
 Neukölln, Berliner Str. 103, a. Horn. - Pl.
 Belle-Alliance-Str. 95, zwisch. Baruther- u. Gneissaustr.
 Separ. Salons für Haarfarben, Kopfwaschen, Ondulieren usw.
 Man verlange diskrete Zusendung der Illustr. Preisliste.

Oswald Naefe
Färberei u. Chemische Wäscherei
 Fabrik: Britz Rudower Str. 34 Tel.: Nk. 208
 Färben und Reinigen von Garderoben,
 Innendekorationen, Polstermöbeln usw.
Gardinen-Wäscherei, Mehan. Teppich-Schüttelwerk.
 Kul. Bedienung. Bill. Preise. Abholung u. Zustellung kostenlos.
Filialen in Neukölln: Bergstr. 74, Bergstr. 161, Saale-
 straße 7, Kaiser-Friedrich-Str. 248 (Hermannplatz), Kaiser-
 Friedrich-Str. 82, Kaiser-Friedrich-Str. 185, Münchener
 Straße 36/37, Ecke Mainzer Straße, Steinmetzstr. 43, Friedel-
 straße 34, Knesbeckstr. 119, Ecke Hermannstr., Weserstr. 16,
 Emsierstr. 16/17, Teupitzer Str. 106.
 Berlin S: Gräfestr. 82.
 Schöneberg: Goltzstr. 12, Sedanstr. 1, Akazienstr. 5,
 Hauptstr. 108.

Grosser Saison-Ausverkauf

zu aussergewöhnlich billigen Preisen

Herrenstiefel gelb Kalb-
 leder und
 braun Boxcall, neueste
 Formen.
 orig. Good-Masch., ged. **1085**
Herrenstiefel pa. Box-
 call, Derby-
 Schnitt, auch Lackkappe, besonders
 empfehlenswertes Fabrikat. **935**
Herren - Halbschuh
 in schwarz u. farb., neueste Formen,
 nur erstkl. Fabrik. Good-Welt jetzt **1085**

Damenstiefel in braun,
 auch grau
 und beige, z Knöpf. u. Schnüren, nur
 erstklassig-Fabrik. Good-Welt, jetzt **1085**
Damenstiefel in braun,
 Boxcall u.
 Chevreaux, zum Knöpfen u. Schnü-
 ren, moderne Formen **985**
 Besonders preiswert.
Damenstiefel mit Lackkappe und
 Derbyschnitt, ganz
 moderne Ausführung **525**

Damen - Halbschuh
 l. all. denkbar, Ausführung. zum Knöpfen u.
 Schnüren, auch Soagenschuh l. allen Farben,
 letzte Neuschellen Good. Welt **985**
Damen - Halbschuh
 in schwarz u. braun, zum Knöpfen u. Schnüren,
 moderne Formen, erstklassiges Fabrikat
 Good. Welt **885**
Damen - Halbschuh
 braun echt Chevreaux, auch zum Knöpfen,
 sehr empfehlenswertes Strassenschuh. **785**

Besonders preiswert.
Damen-Halbschuh l. braun u.
 schwarz,
 z. Knöpf. u. Schnüren, l. viel. Ausführg., jetzt **495**
Damen-Leinenschuh
 ausgeschnitten, m. breit. Krawatten-
 schleife, sehr elegant **315**
Damen-Leinenschuh
 mit Lederabsatz, auch zum Knöpfen,
 in prima Ausführungen **495**

Kinderstiefel
Prima Rindbox-u. R. Chevreaux-Kinderstiefel Braun echt Boxcalf-Kinderstiefel Braune Gamsleder - Kinderstiefel
 in allen denkbaren Ausführun- Gr. 23/24 25/26 27/30 31/35 auch mit Derbyschnitt, Gr. 23/24 25/26 27/30 31/35 mit Lackkappe und Derby- Gr. 23/24 25/26 27/30 31/35
 gen, dauerhafter Schuistiefel, Gr. 23/24 25/26 27/30 31/35 prima Ausführung, sehr Gr. 23/24 25/26 27/30 31/35 schnitt, Naturformen, prima Gr. 23/24 25/26 27/30 31/35
 bequeme Formen **2⁷⁵ 2⁹⁵ 4³⁵ 4⁹⁵** empfehlenswert **4²⁵ 4⁷⁵ 6¹⁰ 6⁷⁵** Lederausführung **2⁹⁵ 3⁴⁵ 4⁹⁵ 5⁵⁰**

Turnschuhe vorschriftsmäss., in grau, braun u. schwarz,
 echte Chromledersohle, Naturformen
 Gr. 23/26 27/30 31/35 36/42 43/47
1³⁰ 1⁵⁰ 1⁸⁰ 2⁰⁵ 2³⁵

Sandalen braun und schwarz, Vachetteleder, sehr
 bequeme Formen, extra stabile Ausführung
 Gr. 23/26 27/30 31/35 36/42 43/47
2³⁵ 2⁷⁵ 3¹⁵ 3⁶⁵ 4³⁰

Wir bitten um Besichti-
 gung unseres Lagers, da
 alles ohne Kaufzwang be-
 reitwilligst vorgezeigt wird

Theodor David **Schuhwarenhaus**
 Zentrale:
 Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 117
 Filialen:
 Nowawes, Linden-
 strasse 88.
 Steglitz, Albrecht-
 strasse 12.
 Berlin - Moabit:
 Wilsnacker, Ecke
 Birkenstrasse.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen

Erscheint wöchentlich einmal.
Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Bäcker- und Konditoreien

Ul. Bette Großlichterfelde, Charoenstr. 72
Alfred Dickow Moabit, Jungw.-Str. 20
E. Friebe Akazienstr. 29, Tel. 1.6700
Franz Fröhlich Glienickerstr. 14
O. Handke Mansteinstr. 14
Otto Heinrich Schilderstr. 64
H. Liebelt Goethestr. 50
Meerzbauer H. Wilmersdorferstr. 143
G. Schmidt H. Wilmersdorferstr. 79
W. Schmidt H. Wilmersdorferstr. 79
H. Schoenher H. Wilmersdorferstr. 79
Otto Schütke Zwinglstr. 37
Jacob Simon Penitzplatz 64
Carl Sprengel Turmstr. 62
Oskar Ulbricht Schilderstr. 81
Rob. Wilmsky Lindenstr. 111
O. Ziesing G. Goethestr. 79, H. Wilmersdorferstr. 79

Blumen und Kränze

G. Kallner Belle Alliancestr. 21

Brauereien

W. Adelung & A. H. Wilmann Akt.-Brauerei Potsdam, Dan. N. O. 11, Brandenburgerstr. 11, Wilmersdorferstr. 112
W. Senst A. G. Potsdam, feinste Qualitäts-Biere

Butter, Eier, Käse

Georg Stracke 22 b. Steinhilberstr. 22 b, H. Wilmersdorferstr. 11

Butter und Fleischwaren

Otto Thürmann Butter und Fleischwaren, 14 Detailgeschäfte

Cigarrenhandlungen

Bruseberg Zigarren, Lindenstr. 97/98
Carl Baring Birkenstraße 12
Diana-Drogerie H. Wilmersdorferstr. 143
W. Köppen H. Wilmersdorferstr. 143
W. Köppen H. Wilmersdorferstr. 143

Delikatessen

Emil Meyer Hochkirchstr. 1

Eisen- u. Stahlwaren

G. Fiedler Knobelsdorferstr. 3, Eke Nohringstr.
Otto Hempel Rottenstr. 25
P. Inenda Moabit, Wilmersdorferstr. 14
Ad. Thiele Kaiserin-Augusta-Allee 64

Fahrräder u. Nähmaschinen

Willy Schönborn Wilmersdorferstr. 143
W. Schmidt H. Wilmersdorferstr. 79

Fleisch- u. Wurstwaren

A. Bösenberg Fleisch-Wurstwaren, H. Wilmersdorferstr. 143
Georg Dräbelow Potsdam, Strasse 76b
H. Ehrenpaul Fleisch-Wurstwaren, H. Wilmersdorferstr. 143
Fr. Gerlach Inh. Carl Friedmann, Tauroggenstr. 18
Fr. Giescke Fleisch-Wurstwaren, Fallastrasse 17
H. Klee Sickingenstr. 27
O. Lippert Kaiserwilmersdorferstr. 143
J. Menzel Rathenowerstr. 34
Fr. May Lehrterstr. 46
O. Preuss Albrechtstr. 119
G. Schlegel Potsdam, Strasse 76b
M. Schlenker Maxstr. 25
Leo Schmude Beudelerstr. 78
P. Seylar Gröllingstr. 31
W. Steuer Alt-Moabit 112
N. Traist Stephanstr. 46
O. Völzke Wandstr. 24

Fourage- und Viehhandlung

W. Pritzkow Vorn. Tschernsacker, Alt-Moabit 110

Gelegenheitskäufe

Rud. Flatauer Alt-Moabit 110

Grammophon

Herrenartikel Hüte, Mützen Herronartikel-Kauf, „Elite“ Wilmersdorf, Berliner Str. 27

Herren- und Knaben-Garderobe

J. Kosinsky G. Goethestr. 79
G. Richter Lichtenfelde, G. Goethestr. 79

Hüte, Mützen

Vereinigte Hut-Compagnie Turmstr. 61, Wilmersdorferstr. 124

Kaffee-Versand

Gerold Kaffee Bei gemeinsamem Bezug Preisermässigung, Berlin, Lützowstr. 94

Kolonialwar.

Georg Burow Stromstr. 39
O. Huschke Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 34
Ernst Kollow Wilmersdorferstr. 46
W. Kokert Wilmersdorferstr. 30
Artur Paulowski Friedrich, Karl Platz
Benno Rohrmoser H. Wilmersdorferstr. 143
Georg Schenk Potsdam, Strasse 76b

Kaufhäuser

M. Ludwig Charlottenburg, Helmholtzstr. 25

Kohlen, Koks, Briketts

Adolf Wilda G. m. b. H. Hallsches Ufer 39, T. Lützow 2525 u. 1094

Lederwaren

H. Schreiber Charlottenburg, Schloßstr. 29

Molkereien

Nord-West Milchwirtschaft Bredowstr. 36, Joghurt Spezial-Geschäft, G. Scholtze, Steglitzer Str. 86

Möbel-Magazine und -Fabriken

Möbelhaus Hanna Stromstr. 44
E. R. Koy & Co. Bundesrat-Ufer 5
O. Winter Lübeckerstr. 15

Obst, Gemüse

E. Hunds Möbeltransport, H. Wilmersdorferstr. 143

Schuhwaren

Carl Grieger Stendalerstr. 29
Leonh. Leeb Flottwellstr. 12
Otto Peters Lichtenfelde, G. Goethestr. 58
J. Teske Goltzstr. 15
Schuh-Vertrieb Turmstr. 37

Seifen

J. Harring Wilhelmshavenerstraße 21
J. Maniasek Neue Culmat. 1

Sprechmaschinen und Schallplatten

Uhren und Goldwaren Inh. W. Rindel, Wilmersdorferstr. 143
Otto Ebert Moabit, Hüttenstr. 67
E. Knak Friedmann, Knausstr. 14
J. G. Smolla E. K. M., Hauptstr. 6
Fr. Triest Goltzkowskystr. 7

Warenhäuser

Hugo Deutschland Moabit, Turmstr. 61

Weine, Fruchtsäfte, Liköre

E. & M. Leydicke Mansteinstr. 4

Weiß-, Woll-, Trikotagen

O. Haucke H. Wilmersdorferstr. 143
M. Lewerenz H. Wilmersdorferstr. 143
Fr. Host Wilmersdorferstr. 56

Zahnateliers

M. Darowski Lübeckerstr. 21
Schmiedel Schöneberg, Hauptstr. 113

Wirtschaften und Etablissements

Spandauerberg-Brauerei

Bock & Zibbe

Sommer- u. Winterlokale
H. Bier und Speisen
P. Eile A. Stegmeyer

Vergnüg.-Park Jungfernheide

Charlottenburg, Tegeler Herrl. Garten, 6000 Sitzpl.
Jeden Sonntag Konzert, Theater, großer Ball, Kaffeehölzer, Volksbelustigungen.
Jeden Donnerstag Bunte Bühne und Freizeig.
M. Zschiesche
Happold-Bier-Ausschank
Inh. P. Pfitzer, Tuisan Str. 41
Gut. bürgerl. Mittagstisch

Charlottenbg.

W. Weseloh Scharrenstr. 31
Vorzeiger erhält 10% Rabatt.
Nähmaschinen Sprechmaschinen, sämtl. System, Schallplatten, Reparat. u. Ersatzteile.
Osk. Alday Uhren, Goldwaren, Rep. Krammstr. 30
F. Rüstmann Wallstr. 1, Uhren u. Goldwar. Spez. Trauringe u. Reparaturen.
Optiker Brandt Wilmersdorfer Straße 48
„Elegant“
H. Wilmersdorf, Str. 48, Eke Schillerstr.

K. Gläser

Scharrenstraße 38
Gastwirtschafts-Artikel
H. Gumbel
Kaffeemaschinen, Beste, Besteck, für Mehl u. Landprodukte, Butter und Konserven.
Berlin-St. 147, Spandauerstr. 26

Juno-Drogerie

A. Dahms, Sophie-Charlottenstr. 51/52
5% Rabatt, Fern. Wilhelm 268

Gehr. Kießling

Kantstraße 59
Uhren u. Goldwar. Reparat.-Werkst.

Leibniz-Lichtspiele

Leibnizstraße 33

H. Schoder

Wilmersdorfer Str. 39
Alteide, Uhr u. Goldw.

Optiker Senger

Liefer. sämtl. Krankenkassen
Optische Geräte u. Stahlwar.-Büßg.
Kantstr. 107 u. Kais. Friedr.-Str. 1

Emilie Anklam

Ad. Arnt, H. Wilmersdorferstr. 143
H. Fleisch- u. Wurstwaren
Grampn., Sprechm., Molkerei
Wilmersdorfer-Str. 127

W. Becker

Wilmersdorfer-Str. 127

W. Dommenz

Wilmersdorfer-Str. 68

A. Friedrich

Schuhwaren, Potsdamstr. 25

P. Heinzelmann

Bäck.-Konditor, Kantstr. 97

W. Hubner

Uhren, Goldwar., Reparat., Kantstr. 97

Paul Keusch

Bäck.-Konditor, Keplerstr. 45

G. Knappe

Herrenschneiderei, Fritschestr. 59

Kino

Potsdamer-Ecke
Dankmannstr. Gust. Schlüter
H. Wilmersdorfer-Str. 143

E. Krause

Wilmersdorfer-Str. 143

H. Litzke

H. Fleisch- u. Wurstwaren, Osnabrückerstr. 4

G. Mühlhaupt

H. Fleisch- u. Wurstwaren, Osnabrückerstr. 3

Molk. Reichert

Wilmersdorfer-Str. 143

Alfr. Ritter

H. Fleisch- u. Wurstwaren, Kantstr. 89

B. Sabatke

Kais. Friedrichstr. 49
Drogen u. Farben

E. Spens

H. Wilmersdorfer-Str. 143

O. Stopke

H. Wilmersdorfer-Str. 143

C. Zeidler

Drogen u. Farben, Wallstr. 22

Nowawes

Bochmann H. Wilmersdorferstr. 143
P. Bothe Kolon.-War., Delikat., Bülowstr. 8
Fr. Brzoska Wirtschaft, Wilmersdorferstr. 26
W. Conrady Zahnateller, Lindenstr. 87
H. Delock H. Wilmersdorferstr. 7
H. Fuchs Fahrräder, Lindenstr. 89
C. George Priesterstr. 25, H. Wilmersdorferstr. 143
H. Haase Schlüterbäcker, Priesterstr. 6
Otto Holzvoigt Lindenstr. 81
P. Rieck Lindenstr. 30/31
Max Martin Grobbeerstr. 24
M. Meerholz Priesterstr. 24
Nord. Konfil.-Haus H. Wilmersdorferstr. 143
A. Richter Zigarren, Zigaretten, Eisenbahnstr. 9
P. Rösler Seifen u. Wirtschafts-Artikel, Mittelstr. 11
Schilde H. Wilmersdorferstr. 143
Schlegelmilch Bäck.-Konditor, Grobbeerstr. 24
M. Schultze Priesterstr. 25
Robert Spörl Kirschstr. 4
W. Ziegler H. Wilmersdorferstr. 143
Wiener Chick H. Wilmersdorferstr. 143
M. Martin Optik, L. Wilmersdorferstr. 143
F. W. Brose Potsdam, Cigarren und Zigaretten, Hauptbahnhof

Potsdam

Gust. Pflügg Charlottenstr. 69
Emil Müller Kolonialwaren, Mittelstr. 24

Steglitz

G. Hinderer Schillerstr. 12
Max Schaack Doppelstr. 10
Berg-Drogerie Fr. Schröder, Bergstr. 81
St. Hubertus-Drogerie Schloßstr. 110
Max Schröder Bäck.-u. Konditor, Tel. 674
Fr. Mallwitz Körnerstr. 3
Rud. Brett Schloßstr. 32
Gust. Pöhlke Schloßstr. 108
Göhlmann Bäck.-u. Konditor, Janstr. 2
Bernh. Hoff Goldschm., Uhrmach., Schloßstr. 24
Emil Krüger Wollhaus, Doppelstr. 40
R. Lüttschwager Schloßstr. 78
Franz Mey Schildhornstr. 104
Edis.-u. Stahlwar. Albrechtstr. 11
O. Scheer Herren-Ausstatt., Schloßstr. 19
Schildhorn-Drog. Schloßstr. 110
P. Schultka Schloßstr. 110
Rud. Sparmann Schloßstr. 104
F. Mackensy H. Wilmersdorferstr. 143

Teltow

Berl. Kaufhaus Moritz Cohn
F. Mackensy Schuhwaren und Beschleunigt.

Schöneberg

Das lebende Bild

Hauptstraße 121
Wöchentlich zweimal
Dienst- und Freitag
Programmwechsel
Mit Restaurationsbetrieb

Rob. Lehmann

Eisenacher Strasse 85,
Telefon: Lützow 5802.
H. Fleisch- und Wurstwaren,
Prima Fleisch,
Billigste Preise.

P. Pfeiffer H. Wilmersdorferstr. 143
Optiker Probst H. Wilmersdorferstr. 143
Drogerie Seifert G. Goethestr. 79
Pass. Vitascope Hauptstr. 139

Spandau

Max Bierwirth

Spandau, Falkenbergstr. 12
Wilmersdorferstr. 143
Mod. Wohnangelegenheiten
in jeder Preislage.
Vorwärtler bei Kasse 5%
Teilzahlungen gestattet.

Fischer

Potsdamerstr. 42/43
Schönwalderstr. 94

Warenhaus M. Hirsch

Breitestraße 26, 27, 28

Schulze-Hoppe

Mehle und Kolonialwaren
Putzer-Artikel

Möbel-Albrecht

Bielchendorferstr. 100
Bürg. Wohnungs-Einrichtung

Paul Gaege

Breitestraße 57, Schönwalderstr. 13/14, Bielchendorferstr. 12

Willy Kamnik

Schönwalderstr. 92
Haus- u. Kücheneinrichtung
Emaille, Glas, Porzellan, Lampen

Löschner

Beerdigungs-Institut
Marktplatz 2, Leichenwagen
kostenlos, Organisierte, Ernst
Haus- und Küchengeräte

Ernst Fincker

Eisenwar., Schönwalderstr. 87

Möbel-Ausstellung

C. Stahl, Heidestraße 23
Eigene Polsterwerkstatt

Spandauer Brauhaus

Inh. H. Petersen
Spez. Caramelbier v. Faß u.
Flasch., aus Weiß-Braunbier
Alfred Bartels, Breitestraße 25
Schirme, Leder-, Drechlerw.
H. Brügge, Tap., Wachs- u.
Farb.-, Lacke, F. Wilmersdorferstr. 143

Beerdigungs-Institut

W. Fiesner, Falkenbergstr. 12

Germ.-Drog.

A. Slerien, F. Wilmersdorferstr. 143

Georg Giesler

Drogerie, Schönwalderstr. 105

Ed. Holtzmann

Dauerw., Gaskand., Gummi, Berlinstr. 16

Oska Langner

Schneiderstr., Potsdam, St. 30

A. Markgraf

Brüderstr. 11 Eke
H. Wilmersdorferstr. 143

Erich Mayer

Uhren, Werkzeuge, Potsdamstr. 25/26

A. Naetebus

Tap., Wachs- u. Lacke, F. Wilmersdorferstr. 143

Aug. Pietzka

Butter, Kolonialwaren, Klosterstr. 22

W. Riemer

Rind- u. Schweine, Schl., Bismarckstr. 9

Fr. Rizer

Uhren u. Goldwar., Havelstraße 2

E. Schwarzkopf

Bäck.-Konditor, Schönwalderstr. 92

B. Stockmann

Möbel, Potsdamstr. 4

Jos. Schrott

Schuhwaren, F. Wilmersdorferstr. 143

Ad. Tornow

Goldschmiedem., Markt 110, geg. 1900

J. Wenzel

Bäckerei, Konditor, Moitkestraße 46

Hans Wilke

Neundorferstr. 3
Eisen u. Kränze

H. Wienstruck

Optiker, Potsdamstr. 19

G. Wollers

Herrnartikel, Klosterstr. 50

Zehlendorf

Kaufhaus Wolfenstein

Die beste Reklame ist ein Inserat im Bezugsquellen-Verzeichnis.

Advertisement grid with multiple columns listing various businesses such as 'Schweizerhof', 'Singer Nähmaschinen', 'Hagenbech', 'Kaiser-Brikett', and 'Deutscher Metallarbeiter-Verband'. Each entry includes the business name, address, and contact information.

Large advertisement for Kaiser-Brikett, featuring the brand name in a stylized font and the slogan 'die gern gekaufte Hausbrandmarke'. It includes images of the product blocks.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83/85.

Wahl von 2 Angestellten und die Urabstimmung über den Vorschlag der Generalversammlung betreffend Einführung der Hauskassierung in Berlin statt. In folgenden Lokalen wird abgestimmt: Kaczorowskis Restaurant, Waldts Restaurant, Büttners Festsäle, Glesches Restaurant, Swinemünder Gesellschaftshaus, Voigt-Theater, Frankes Festsäle, Nebels Restaurant, Funkes Festsäle, Kronen-Brauerei, Patzenhofer Brauerei, Wiemers Festsäle, Gewerkschaftshaus, Fröhlichs Restaurant, Nischkes Restaurant, Burdacks Restaurant, Schünemanns Restaurant, Späths Restaurant, Comenius-Säle.

Boeker, Weberstr. 17. Rott, Straßmannstr. 20. Neukölln, Bartsch, Hermannstr. 49. Kaiser, Wildenbruchstr. 85/86. Gaule, Harzer Str. 88. Rieckheim, Bergstr. 97. Krüger, Renterstr. 62. Schöneberg, Vereinshaus, Hauptstr. 5. Baumschulenweg, Boches Restaurant, Baumschulenstraße 67. Tempelhof, Grützmaker, Berliner Str. 160. Charlottenburg, Volkshaus, Roslaenstr. 3. Köpenick - Friedrichshagen, Käbner, Köpenick, Kaiserin-Augusta-Victoria-Straße 29. Stralau - Rummelsburg, Blume, Alt-Boxhagen 56. Lichtenberg, Kurkowsky, Pfarrstr. 74. Steglitz, Schellhases Festsäle, Ahornstr. 15a. Ober - Schöneweide, Warnicke, Wilhelminehofstraße 18. Wildau, Kordaneck, Wildauer Hof. Weißensee, Peukert, Berliner Allee 251. Tegel, Müllers Restaurant, Berliner Str. 84. Reinickendorf, Kohn, Schillingstraße, Ecke Auguste-Victoria-Allee. Spandau, Wilke, Linden-Ufer 17. Pankow, Rozyeki, Kreuzstr. 3/4.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.

Ladeneinrichtungs- und Kontormöbelbranche. Montag, den 6. Juli 1914, abends 8 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstraße 27: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag, 2. Bericht von der Generalversammlung, 3. Branchenanliegenheiten. Maschinensarbeiter. Die Vertrauensmänner-Versammlung findet am Montag, den 6. Juli 1914, abends 8 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstraße 27, statt. Achtung! Bibliothek. Achtung! Dieselbe bleibt wegen Inventur einige Zeit geschlossen. Die Kollegen werden ersucht, die Bibliotheksbücher einzuliefern. Die Ortsverwaltung. Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Sonntag, den 5. Juli, vormittags 10 Uhr: Sektionsversammlung d. Bauhilfsarbeiter. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Sektionsangelegenheiten. Dienstag, den 7. Juli 1914, abends 7 Uhr: Allgemeine Putzerträger-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Berichte, 3. Gruppenangelegenheiten. Beide Versammlungen tagen in Anton Voeterss Festsälen, Weberstraße 17. So bald möglich erscheinen erwartet. Der Zweigvereinsvorstand.

Soziales.

Unbefugte Dienstverlassung?

Unbefugten den Dienst verlassen haben sollte die Köchin Hundt, die in dem Restaurationsbetrieb von Hohn und Tschler tätig gewesen war und wegen freilöser Entlassung Restlohn sowie Entschädigung für Kost und Logis in der Höhe von 56 M. vor der 6. Kammer des Gewerbegerichts einlegte.

Als Klageeinwand brachte die Firma vor, die Klägerin habe das Oesterreich unbefugt ihren Dienst verlassen und sei deswegen von ihr mit Recht ohne Aufkündigung entlassen worden. Beweisaufnahme und Zeugenvernehmung ergaben aber, daß der Klageeinwand nicht in anderen Betrieben ähnlicher Art üblich ist, von der Firma selbst, bez. von einem ihrer Mitinhaber die Erlaubnis gegeben worden war, sich jeden Nachmittag eine Stunde zur Erholung nach der anstrengenden Mittagsarbeit in der heißen Küche frei zu nehmen, daß also von einem „unbefugten“ Verlassen des Dienstes auf keinem Fall die Rede sein konnte. Als die Beklagte sah, daß ihr Standpunkt nicht haltbar war, machte sie als weiteren Klageeinwand geltend, diese Freistunde sei der Klägerin nur von einem der Eheg. gewährt und deswegen von der Firma nicht anzuerkennen. Nicht ohne Humor lebte der vorsitzende Gewerbeichter auch diesen Einwand ab, indem er bemerkte, dann müsse eben der eine Mitinhaber der Firma den anderen für die ohne seine Zustimmung gewährten Freistunden der Köchin „verantwortlich“ machen. Da die Kammer die Beklagten nicht im Unklaren darüber ließ, wie ihr Urteil ausfallen würde, so entschloß sie sich — freilich erst nach längerem Zureden des Vorsitzenden Mag. Rath Dr. Gerth) und der Beisitzer, — den ihr nahe gelegten Vergleich anzunehmen. Sie zahlte die geforderten 56 M., darauf nahm die Klägerin ihre Klage zurück.

Rechtlosigkeit ausländischer Wanderarbeiter.

Bei dem Landwirt Kullmeier in Billingshausen (Lippe) war seit Februar der Arbeiter Stanislaw Turek aus Dubidze (Kreis Romoradomsk, Russisch-Polen) beschäftigt. Er erhielt den vereinbarten Lohn nicht, verließ deshalb ohne Kündigung die Stelle und trat bei dem Landwirt Körner in Stadthausen in Dienst. Auf Veranlassung des Kullmeier jun. wurde der Arbeiter polizeilich wieder zurückgebracht. Jetzt kündigte der Arbeiter, und nachdem die Zeit abgelaufen war, trat er wieder bei Körner in Dienst. Bei seinem Fortgange von Kullmeier verlangte er seinen verdienten Lohn, der ihm aber verweigert wurde. Er reichte hierauf Klage beim Amtsgericht Lage ein. Inzwischen hatte Kullmeier bei der Fürstlichen Regierung Beschwerde gegen den Arbeiter erhoben. Die Regierung verfügte darauf die Ausweisung des Arbeiters als lästigen Ausländer und forderte ihn auf, binnen drei Tagen das lippeische Land zu verlassen.

Aus Verzweiflung darüber und weil er seinen Lohn nicht bekam, begab sich der Arbeiter nach dem Hof des Landwirts Kullmeier und schloß sich vor dessen Haustüre eine Kugel in den Mund. Die Kugel wirkte nicht tödlich. Am nächsten Augenblick kam Kullmeier jun. aus der Tür, beschimpfte den Schwerverwundeten und, anstatt sich seiner anzunehmen, schlug er ihn mit einem harten Gegenstand und ließ ihn im bewußtlosen Zustand ande liegen. Gegen 3 Uhr morgens mochte ihm wohl das Krankenhaus nach Lage und gab sich dort als Bieregge aus Stadthausen aus. (Bieregge ist ein Nachbar Körners, bei dem Turek zuletzt beschäftigt war.) Kullmeier erklärte weiter, er habe den Schwerverletzten in Körners Garten aufgefunden!

Da der Verletzte der deutschen Sprache nicht mächtig ist, wurde ein Dolmetscher herbeigeholt. Bei der Vernehmung wurde der ganze skandalöse Sachverhalt an den Tag. Der Arbeiter befindet sich auf dem Wege der Besserung. Die Untersuchung ist eingeleitet worden und wird gegen Kullmeier jun. noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Gegen die Ausweisung des Arbeiters ist Beschwerde bei der Fürstlichen Regierung erhoben.

Vor mit Baukontrolleuren aus der Arbeiterklasse!

Die Bauarbeiter-Schutzkommission der freien Gewerkschaften von Köln und Umgebung hat in einer breitläufigen großen Kontrolle 874 Bauten besichtigt und dabei nicht weniger als 748 Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften und sonstige schwere Mängel ermittelt. Darunter befinden sich Hunderte von Fällen, wo durch die Veräußerung von Baumfällen begünstigt werden. Wie leichtsinnig die Unternehmer arbeiten, beweist die Tatsache, daß auf nicht weniger als 51 Bauten der Verbandskasten fehlt. Die sich immer wieder erweisende Unfähigkeit der Baukontrolleure, den Bauarbeiter-Schutzbestimmungen Geltung zu verschaffen, muß unsere Forderung nach der Anstellung von Baukontrolleuren aus der Arbeiterklasse verstärken.

Polizeiliche Streifverlohnungen.

Der preussische Minister des Innern hat die Grundzüge festgesetzt, unter welchen Polizeibeamte Belohnungen entgegennehmen dürfen. Mit dieser Frage befaßt sich der Dresdener Polizeipräsident Koettig. Er schreibt in der „Deutschen Strafrechtszeitung“:

„Man kann gewiß einerseits nur damit einverstanden sein, daß die unter allen Umständen erforderliche Genehmigung zur Annahme von Belohnungen dem Polizeibeamten in wohlwollender Weise erteilt werde, andererseits muß es grundsätzlich bedenklich fallen, daß Polizeibeamte, die aus Anlaß von gemischtartigen Kämpfen (Streiks, Ausperrungen) tätig geworden sind, die Genehmigung zur Annahme von Belohnungen erhalten, die von einer der am wirtschaftlichen Kampf beteiligten Parteien herrühren. Denn die Polizeibehörde sieht bei wirtschaftlichen Kämpfen über den Parteien, und es muß unter allen Umständen aus der Schein vermieden werden, als ob die Polizei nicht im öffentlichen Interesse, sondern im Privatinteresse eines Beteiligten tätig geworden sei.“

Die Annahme von Geschenken ist unter allen Umständen bevorzucht und bleibt trotz einer ministeriellen Genehmigung strafbar. Der Beamte desselben ein öffentliches Amt; er wird aus den Mitteln der Allgemeinheit bezahlt und besteht die Gefahr der Parteilichkeit, wenn Beamte für Amtshandlungen von dritter Seite Belohnungen annehmen dürfen. Namentlich bei Streiks steht die Polizei den Arbeitern von vornherein vielfach feindlich gegenüber und diese Feindseligkeit kann höchstens noch gemildert werden, wenn die Polizeibeamten wissen, daß sie von dem betreffenden Unternehmer auf eine Belohnung rechnen können.

Auf diesem Standpunkt der Verwerflichkeit der Annahme einer Belohnung steht auch das Gesetz. § 31 St.G.B. bedroht einen Beamten, der für eine in sein Amt einschlagende an sich nicht schickliche Handlung Geschenke oder andere Vorteile annimmt, mit Freiheitsstrafe oder Gefängnis.

Ein Minister, der trotzdem die Annahme von Geschenken gestattet, ist wegen Anstiftung, Beihilfe und Teilnahme an solchen Delikten strafbar. In Erinnerung sind die 3000 M. Belohnung, die die Köchinnen in Berlin den Polizeibeamten spendeten, die aus Anlaß des 1. Mai 1890 über Gebühr angestrengt waren. Damals wurde im Reichstag von keiner Partei bestritten, daß der Polizeipräsident, der die 8000 M. verteilt hatte, strafbar sei. Freilich angeklagt wurde er nicht. Werden denn in Preußen stets Schuldtige angeklagt?

Wichtige sozialpolitische Wahlen.

Nachdem allenthalben die Wahlen der Beisitzer für die Versicherungsämter erledigt sind, kommen nunmehr die Wahlen der Beisitzer für die Oberversicherungsämter zur Durchführung. Von den zuständigen Behörden sind bereits alle Vorbereitungen für die Wahlen getroffen worden.

Jedes Oberversicherungsamt besteht aus „Mitgliedern“ (darunter den Vorsitzenden), die von den Behörden ernannt werden, und „Beisitzern“, die je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Versicherten gewählt werden. Die Zahl der Beisitzer beträgt zusammen 40; sie kann von der obersten Verwaltungsbehörde erhöht oder vermindert werden. Bei den Oberversicherungsämtern für größere Gebiete ist die Zahl auch meist vermehrt worden, so allein die Zahl der Versicherungsvertreter in Dresden und Leipzig auf 84, in Berlin auf 60 usw. Die Beisitzer aus den Arbeitgebern werden zur Hälfte von den Arbeitgebervereinigungen im Ausschuss der zuständigen Versicherungsanstalt und zur Hälfte von den Vorständen der zuständigen landwirtschaftlichen und gewerblichen Berufsvereinigungen gewählt. Um das Wahlverfahren zu vereinfachen, ernennen die gewerblichen Berufsvereinigungen für den Bezirk jedes Oberversicherungsamtes eine Vertrauensberufsgenossenschaft, die das Wahlrecht ausübt.

Die Beisitzer aus den Versicherten werden von den Versichertenvertretern bei den Versicherungsämtern des Bezirkes des Oberversicherungsamtes nach den Grundätzen der Verhältniswahl gewählt. Die Stimmzahl der Versichertenvertreter, also der Wähler, wird nach der Zahl der Krankenversicherungsbeiträge des Bezirkes ihres Versicherungsamtes festgesetzt. Die Wahl geschieht schriftlich; der Vorsitzende des Oberversicherungsamtes leitet die Wahl. Wählbar sind nur Männer (also keine Frauen), die im Bezirke des Oberversicherungsamtes wohnen oder beschäftigt werden. In der gleichen Weise wie die Beisitzer werden Stellvertreter, und zwar in doppelter Zahl wie die Beisitzer, gewählt. Hat also ein Oberversicherungsamt die normale Zahl von 20 Versichertenbeisitzern angenommen, so sind noch 40 Stellvertreter dazu zu wählen.

In den einzelnen Bundesstaaten sind besondere Wahlordnungen für diese Wahlen erlassen worden. Sie sind bestrebt, das ohnehin unständliche Wahlverfahren noch komplizierter zu gestalten. Danach sollen die Beisitzer zu einem gewissen Teile (mindestens zur Hälfte) an der Unfallversicherung beteiligt sein. Verschiedentlich ist dieser Anteil wesentlich erhöht worden. Im übrigen sollen die hauptsächlichsten Erwerbszweige, insbesondere die Landwirtschaft, und die verschiedenen Teile des Bezirkes bei der Wahl berücksichtigt werden. Einzelne Wahlordnungen bestimmen z. B., daß die Versichertenvertreter zu einem Drittel der Landwirtschaft angehören müssen. Jedem Wähler ist mindestens 6 Wochen vor der Wahl eine Wahlaufrufung mit Wahllokal und -zeitpunkt, auf dem auch die Zahl der Stimmen angegeben ist, die er in die Wahlschale wirft. Die Wahl erfolgt auf die Dauer von vier Jahren.

Sie besitzen im Deutschen Reich rund 85 Oberversicherungsämter (wozu noch eine Anzahl „besondere“ Oberversicherungsämter für die Eisenbahn- und Bergarbeiter kommen). Nehmen wir an, daß überall auch nur die normale Zahl der Beisitzer beibehalten würde, so müßten im Deutschen Reich schon 5100 Beisitzer und Stellvertreter für sie gewählt werden. Die Vorbereitung der Wahlen ist daher ein sehr umfangreiches Unternehmen.

Die Vorbereitung der Wahl, insbesondere die Aufstellung der Kandidaten, liegt in den Händen der Bezirkskomitees, die von der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung im letzten Jahre geschaffen worden sind. Diese ganze Vorbereitung und Organisation der Wahl ist eine geringe Aufgabe; die hunderttausenden Wählergruppen, die sich an der Wahl beteiligen (die ärztlichen Gewerkschaften, Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaften usw.), haben die Sache leichter, weil sie meist die Hilfe der Behörden zur Verfügung haben. Leider ist das ganze Wahlverfahren nicht dazu angelegt, bei den freigewerkschaftlich organisierten Beteiligten große Wahlbegeisterung zu erzeugen.

Die Wahlen der Beisitzer zu den (unteren) Versicherungsämtern zeigen eine recht große Laubbild unserer Wähler. Öffentlich wird das bei den hier erörterten Wahlen, die bis Ende September erledigt sein müssen, besser.

Aus Industrie und Handel.

Versicherungsprofite.

Die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft veröffentlicht einen Prospekt über 3 Millionen Mark neue, mit 25 Proz. eingezahlte Aktien. Sie macht dabei folgende Aufstellung über die Entwicklung des Unternehmens:

	1909	1910	1911	1912	1913
Millionen Mark					
Prämieinnahmen	17,—	21,6	22,1	23,8	24,7
Schadenreserve	11,—	12,3	13,4	14,—	14,1
Andere Reserven	8,5	8,5	8,5	14,7	14,7
Eingezahltes Aktienkapital	3,—	3,—	3,—	4,—	4,—
Dividende in Prozent	46,—	50,—	50,—	50,—	50,—

Trotz der hohen Dividende konnten Reserven in Höhe von insgesamt 28,7 Millionen Mark angeammelt werden. Allein die Kapitalreserve ist über dreieinhalbmal so hoch als das eingezahlte Aktienkapital. Dabei haben die Aktionäre in den letzten 4 Jahren ihr Kapital schon doppelt als Dividende herausbekommen. Solche ungeheuren Gewinne aus einem Unternehmen, das eigentlich dem öffentlichen Wohle dienen sollte, erklärt den fanatischen Haß mit dem man alle Bestrebungen verfolgt, die darauf hinarbeiten, das Versicherungswesen den kapitalistischen Klauen zu entreißen. Daß man bei dem Kampf um die Erhaltung der Leute sogenannte nationale Interessen vorzieht, entspricht freilich der kapitalistischen Moral.

Witterungsüberblick vom 3. Juli 1914.

Stationen	Barometere-Höhe mm	Wetter	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometere-Höhe mm	Wetter	Temperatur in Grad C
Ewinemde	761	SD	21	Dakaranda	769	SB	16
Hamburg	757	SD	22	Petersburg	770	SD	20
Berlin	759	SD	22	Scilla	760	SB	13
Frankf. a. M.	757	SB	20	Rberdeen	756	SB	11
München	757	SB	19	Paris	757	SB	18
Wien	759	SD	21				

Wetterprognose für Sonnabend, den 4. Juli 1914.

Zunächst wieder vielfach heiter und sehr warm bei ziemlich lebhaften südlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und etwas Neigung zu Gewittern.

Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagmittag: Am Nordosten größtenteils heiter, trocken und sehr warm. Am Südwesten meist anfangs noch heiter und warm, dann härtere Bewölkung, vielfach Gewitter und etwas Abkühlung.

Nervöse Erscheinungen

werden oft durch Ermüdung des Körpers hervorgerufen. Absätze Continental machen Ihren Gang leicht und elastisch und verhindern vorzeitiges Ermüden. Verlangen Sie aber ausdrücklich von Ihrem Schuhmacher die enorm haltbaren

Continental-Absätze.

:: :: Die reellsten und solidesten :: ::

MÖBEL

Liefert anerkannt Möbelfabrik von Schulz, Reichenberger
seit 36 Jahren die
mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassenpreisen
und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung. :: ::
Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen
von 240 bis 10000 M. am Lager.

Arbeiter-

Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Keine Filialen.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante

Herren-Moden

fertig und nach Maß.
Garantie für tadellose Sitz.

Jonas Kurzberg

Oranienstr. 160
zwischen Moritz- u. Oranienplatz.

Bitte auf Hausnummer u. rote Schilder zu achten.

I.M.

wöchentl. Teilzahlung
liefere elegante

Herren-Moden

fertig und nach Maß
Garantie für tadellose Sitz
und feinste Verarbeitung

J. Kurzberg & Co.

Maß-Schneiderei
Begründet 1893
Rosenthaler Straße 36
I. Etage

Wir bitten genau auf Hausnummer 36 zu achten, da wir keine Filialen unterhalten.

In unserer ständigen Abteilung für zurückgesetzte Salamanderstiefel

N. Müllerstraße 4

verkaufen wir jedes Paar

für Damen
Mk. 7.50

für Herren
Mk. 8.50

Salamander Schuhgef. m. b. H. • Berlin

